

3,90 €

Salzburg morgen

Neun Entwicklungen, die Salzburg prägen werden

Erstellt von Silvia Traunwieser, Lukas Lengauer, Erich Mild,
Jakob Reichenberger, Walter Scherrer, Stefan Wally,
Waltraud Winkler-Rieder

In der Reihe S:Z:D Arbeitspapiere
der Robert-Jungk-Stiftung

Die AutorInnen: Silvia Traunwieser ist Juristin/Ethikerin im Bereich Rechts- und Sozialphilosophie der Juridischen Fakultät Salzburg. Schwerpunkte sind Wirtschafts- und Medizinethik; Lukas Lengauer ist Geograf und Ökonom. Er arbeitet in der ZIT-Die Technologieagentur der Stadt Wien GmbH; Erich Mild ist Politikwissenschaftler und publiziert v. a. zu Fragen der Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik; Jakob Reichenberger ist Studienleiter in St. Virgil Salzburg; Walter Scherrer ist Univ.-Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Salzburg; Stefan Wally ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung und unterrichtet Politikwissenschaften an verschiedenen Universitäten; Waltraud Winkler-Rieder ist Beraterin für Regionalentwicklung und Gesellschafterin der ÖAR Regionalberatung GmbH. Der Druck des Arbeitspapiers wurde ermöglicht vom Land Salzburg – Referat Hochschulen, Wissenschaft und Zukunftsfragen. Salzburg: JBZ-Verlag, 2014. ISBN 978-3-902876-22-5

Die Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek wieder, sie sollen Diskussionen anregen. Salzburg: JBZ-Verlag, 2013. ISBN 978-3-902876-18-8

Bisher erschienen:

- Nr. 1/David Röthler/Government 2.0
- Nr. 2/Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/Achim Eberspächer/Jungk: Zukunftsforscher u. Anführungszeichen
- Nr. 6/Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/Silvia Augeneder et al/Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/Reinhard Hofbauer/Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/Sandra Filzmoser/Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/Edgar Göll/Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/Martin Reindl/ Die Patientenverfügung
- Nr. 14/Iwan Pasuchin/Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer/Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfützner /Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Picher / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung

www.arbeitspapiere.org / www.iungk-bibliothek.at / www.robertjungk100.org

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
1. Stefan Wally: Der Verlust der Integrationsfähigkeit der Politik	10
2. Jakob Reichenberger: Die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen	24
3. Lukas Lengauer: Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu	34
4. Erich Mild: Klimawandel in Salzburg	45
5. Silvia Traunwieser: Gesundheit bis zum Jahr 2030	59
6. Waltraud Winkler-Rieder: Un/Gleich in Salzburg	76
7. Jakob Reichenberger: Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft	91
8. Stefan Wally: Die Alterung der Gesellschaft wird zu Verteilungskämpfen führen	101
9. Water Scherrer: Internationalisierung und ökonomische Globalisierung	117

Einführung

Auf der Basis von 41 Diskussionen im Rahmen der Veranstaltungsreihe JBZ-Montagsrunden hat ein Redaktionsteam versucht, Entwicklungen auszuwählen, die Salzburg bis zum Jahr 2030 prägen werden.

Wenn wir von Salzburg reden, meinen wir das Bundesland Salzburg mit seinen ökonomischen, ökologischen, gesellschaftlichen und kulturellen Merkmalen. Unter Entwicklungen verstehen wir die Veränderung von einzelnen Merkmalen. Solche Entwicklungen verstehen wir als "prägend", wenn die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets direkte oder indirekte Auswirkungen dieser Entwicklungen als für sie bedeutend einstufen würden.

Bei einer Befragung der TeilnehmerInnen der Montagsrunden wurde erhoben, welche anderen Entwicklungen bis 2030 von besonderer Bedeutung sein werden. Folgende Hinweise wurden dabei zusätzlich gegeben:

Die beiden Notizen: "Klimaauswirkungen durch vermehrte und heftigere Unwetersituationen" und "saubere Umwelt durch Autofreie Kernzone, 30 km/h fürs Stadtgebiet, Fernwärme" werden in dem vorliegenden Papier im Kapitel Klima- veränderungen behandelt.

Die Hinweise "Die Kluft zwischen sehr wohlhabenden und prekären Schichten wird massiv zunehmen", "Der ökonomische Druck auf Familien wird weiter steigen", "Armut, Armutsgefährdung und mangelnde Existenzsicherung nehmen zu", "soziale Umverteilung von Arbeit, Geld, Macht muss deutlicher spürbar sein" und "Rückläufige Wirtschaft durch mangelnde Innovationsfreudigkeit" werden im kommenden Papier unter dem Kapitel "Soziale Polarisierung" behandelt.

Die Meinung "Die Generationengerechtigkeit wird weiter abnehmen und sich verschärfen", wird im Kapitel "Alterung der Bevölkerung" bearbeitet.

Der Hinweis "Die Diversität der Bevölkerung nimmt zu. Parallelgesellschaften entstehen" fließt in das Kapitel "Zunehmende kulturelle Vielfalt" ein.

Die These "Die Gesellschaft wird sich immer mehr individualisieren" wird in verschiedenen Kapiteln berücksichtigt, vor allem in Kapitel zur "kulturellen Vielfalt". Abschließend stellte ein AutorInnenteam die nun folgenden 9 Entwicklungen zusammen.

Neun Entwicklungen bis 2030

Es wird eine Öffnung des politischen Systems geben,
erzwungen durch sinkende Wahlbeteiligung, weniger Parteimitglieder, mehr WechselwählerInnen und weniger KandidatInnen.

Es kommt zu einer Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen.
Immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens werden durch spezialisierte, den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe angepasste, Marktangebote bedient.

Die Unterschiede zwischen Zentralraum und Süden des Landes nehmen zu. In einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie wird die Abwanderung aus den ländlichen Regionen zunehmen.

Der Klimaerwärmung wird sich auswirken,
besonders auf den Tourismus Innergebirg, wo die Temperaturen schneller steigen werden.

Das Gesundheitssystem wird grundlegend reformiert sein,
mehr Gesundheitsdienstleistungen und mehr Gesundheitsvorsorge sowie -erhaltung werden durch allgemeine Entwicklungen erzwungen werden.

Die soziale Polarisierung nimmt in Salzburg zu
durch Verknappung von Wohnraum, "Ethnisierung" von Armut und stärkerer Distinktion zwischen sozialen Schichten.

Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft,
unter anderem aufgrund des Nachrückens von Generationen mit Menschen mit Migrationshintergrund und der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung.

Steigendes durchschnittliches Alter der Bevölkerung
und daraus folgende Anforderungen u. a. an öffentliche Wohlfahrt, Finanzen, Kultur und Politik.

Internationalisierung des Lebens in Salzburg
durch die ökonomische Globalisierung, die Massenmedien, die berufliche Spezialisierung und die Bildung.

Zukunftsforschung

In der Tradition der sozial orientierten Zukunftsforschung, wie sie vor allem von Robert Jungk propagiert wurde, geht es den Autorinnen und Autoren darum, mögliche Zukunftsentwicklungen aufzuzeichnen und dadurch Zukunft gestaltbar zu machen. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Zukunftsforschung in der Lage ist, zu sagen, was sein wird. In den wissenschaftstheoretischen Diskursen ist ein Vielzahl von Einwänden gegen die Möglichkeit vorgebracht worden, solche Aussagen zu treffen. Die Zukunft ist kein "Erfahrungsobjekt", das "vermessen" werden kann. Die Zukunftsforschung steckt bei der Bestimmung eines Methodenkanons in den Kinderschuhen, die Falsifizierbarkeit von Aussagen der Zukunftsforschung besteht erst zu dem Zeitpunkt, an dem es sich nicht mehr um zukünftige Ereignisse handelt.

Gerade Robert Jungk hat dies reflektiert, aber darauf bestanden, dass trotzdem versucht werden muss, Aussagen über mögliche Zukünfte zu machen. In der Gegenwart wird der Konflikt um die Qualitätssicherung vor allem zwischen der kommerziellen Trendforschung und der Gruppe der Zukunftsforscher ausgetragen, die sich akademischen Standards verpflichtet fühlt. Während die Kritik an der kommerziellen Trendforschung umfangreich und gut dokumentiert ist, ist weniger Klarheit vorhanden, was genau die "seriöse Zukunftsforschung" ausmacht. Holger Rust hat die Position der zweiten Gruppe in seinem Buch "Zukunftssillusionen" klar gemacht: "Wo ist die Antwort? Ganz einfach: Sie ist da, wo sich die anderen bedienen, wo all diese Gurus, Powertrainer und Trendforscher sich freigiebig Bruchstücke heraushauen, um sie auf dem Markt der Wissenswilligen zu verkaufen, fremdes geistiges Eigentum, dem sie einfach nur das bunte Fähnchen eines anmutigen Anglizismus umhängen. Dieser Steinbruch ist die Wissenschaft. Nun also müsste man fragen, wie denn die Wissenschaft mit diesen Fragen umgehen würde. Und man würde den einfachsten Weg finden: die Sekundäranalyse, allerdings mit seriösen Methoden der repräsentativen Forschung. Und einer Fragestellung, die klar und präzise ist."¹

"Der Zukunftsforscher will also nicht recht behalten, und das unterscheidet ihn von Propheten anderer Zeiten. Er will nicht sagen was sein *wird*, sondern was sein

¹ Rust, H., Klares Denken statt Trendgemunkel, in: Über Morgen, Politikentwicklung und Zukunftsforschung, hg. v. Sandner, G./Vlastos, M., Wien: Verlag des ÖGB, S. 64 -102, S. 80f

kann."² Für die Zukunftsforschung nach Jungk geht es um die Darstellung von Zukünften, der Darstellung der möglichen Entwicklungen, die immer noch dem Eingriff der Menschen unterworfen sind.

Die Darstellung von möglichen Zukünften soll nicht nur der Befriedigung der Neugierde dienen. In der Geschichte der Zukunftsforschung war die Verbesserung der demokratischen Qualität der Gesellschaft ein zentraler Bezugspunkt. "Erst im Besitze von Informationen, die nicht nur den gegenwärtigen Stand der Dinge, sondern auch die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten auf Grund verschiedener Tendenzen, Wünsche, Ziele zum Inhalt haben, kann der Staatsbürger wieder zum Mitbestimmenden werden," argumentierte Jungk.³ Er baute damit vor allem auf Überlegungen der französischen Zukunftsforschung auf. Bertrand de Jouvenel hatte schon in den 1960er-Jahren die Schaffung eines dem Parlament vorgeschalteten Beratungsgremiums vorgeschlagen, das künftige Möglichkeiten auszuloten und zu beschreiben hätte. Erneut im Unterschied zur Prophetie spricht Jungk von der "Demokratisierung des utopischen Denkens".⁴

Methodisch hatte Jungk vor allem drei Präferenzen:

Die Zukunftsforschung muss interdisziplinär sein. Zukünftige Entwicklungen werde man nur abschätzen können, wenn die Zusammenhänge zwischen den Entwicklungen in den verschiedenen Forschungsgebieten gesehen werden. Der "Zerfall in immer kleinere Spezialgebiete (ist) durch Zusammensicht auf höherer Stufe komplementär zu kompensieren", schreibt Jungk.⁵ H. W. Opaschowski formulierte es so: Die Zukunftsforschung versuche, "aus einer Fülle von Fakten und Aspekten ein zusammenhängendes Bild der Zukunft zu zeichnen."⁶

² Jungk, R., Mehr Fantasie für das Morgen, in: Zukunftsbezogenen Politik – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen, hg. von Benda E./Dahrendorf R./Jungk, R., Bad Godesberg: Deutscher Beamtenverlag, 1969, S. 52.

³ Jungk, R., Die Zukunft gehört allen, in: Offene Welt 97/98 (1968). S. 282.

⁴ Jungk, R., Statt auf den großen Tag zu warten, in: Kursbuch 53 (1978), S. 12.

⁵ Jungk, R., Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung – Plädoyer für eine neue Wissenschaft, in: Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, hg. v. Grosser, A./Jäckel, E./Jungk, R./Ludz, C. P./Penzkofer, P., Stuttgart: J.B. Metzler, 1974, S. 251.

⁶ Opaschowski, H.W., Zukunft neu denken, in: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung, Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, hg. v. Popp, R./Schüll, E., Berlin, Heidelberg: Springer, 2009, S. 17-24, S. 21.

Die Partizipation von möglichst Vielen. In der Auseinandersetzung mit der traditionellen Zukunftsforschung kritisierte Jungk von Anfang an, dass Entwicklungen und Auswirkungen nur von einer begrenzten Gruppe von Menschen gemacht wurden. Jungk nannte diese die "Schicksalsmacher" und führte eine Vielzahl von Belegen an, dass das Ausschließen von Betroffenen bei Planungen zu negativen Auswirkungen auf die Qualität des Neuen führte.⁷

Die Rückkoppelung zur Weiterentwicklung der Ergebnisse. Jungk nannte dies "forecasting in feed-back". Damit war gemeint, dass man sich nicht an Ergebnisse oder gesetzte Ziele klammere, sondern regelmäßige Anpassung der Ziele und Ergebnisse erlaube.⁸ Geht man von der Unbestimmbarkeit der Zukunft aus, so kann die Abschätzung von Szenarien nur dann eine hohe Treffsicherheit haben, wenn sie stets auf der Basis der neuen Informationen überprüft und angepasst wird. Gutachten sind deswegen stets nach kurzer Zeit überholt, ihre Qualität kann nur gesichert werden, wenn sie regelmäßig revidiert werden. Dies war übrigens auch ein Grund, warum Jungk sich in seinem gesamten Leben darum bemühte, Einrichtungen zu schaffen, die diese konstante Revision leisten könnten. Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen ist eines der Ergebnisse dieses Bemühens.

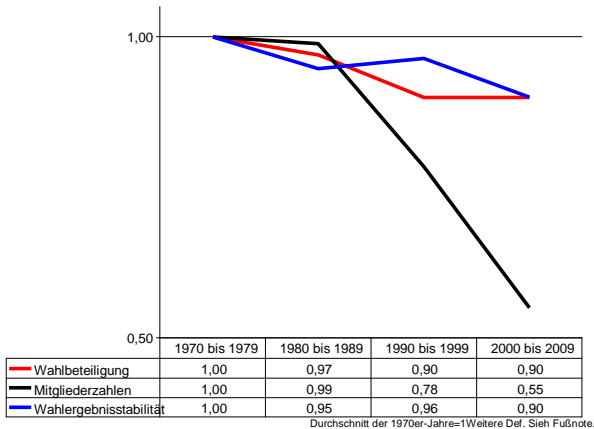
An dem vorliegenden Arbeitspapier haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus sehr verschiedenen Bereichen Anteil. Das Papier basiert zum Zeitpunkt seines Redaktionsschlusses auf den Vorträgen von 23 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Bereichen der Chemie, der Ethik, der Frauenforschung, der Geografie, der Physik, der Politikwissenschaft, der Politischen Ökonomie, der Sportwissenschaft, der Volkskunde und der Zukunftsforschung im engeren Sinn. Eingeflossen sind auch die Diskussionsbeiträge von rund 150 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Um diese möglichst große Zahl der Mitwirkenden zu Beteiligten zu machen, wurden und werden bei der Ausformulierung jedes Entwicklungstrends TeilnehmerInnen in die Ausformulierung involviert. Die gesammelten Trends wurden den TeilnehmerInnen zur Kritik, Ergänzung und Reihung übermittelt.

⁷ Jungk, R./Müllert, N.R., Zukunftswerkstätten, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1981, S. 13 -17.

⁸ Jungk, R., Mehr Fantasie für das Morgen, in: Zukunftsbezogenen Politik – Notwendigkeit, Möglichkeiten, Grenzen, hg. von Benda E./Dahrendorf R./Jungk, R., Bad Godesberg: Deutscher Beamtenverlag, 1969, S. 60.

Der Anspruch des Papiers ist es, auf der Grundlage von interdisziplinärer Zusammenarbeit, möglichst breitem Input und unter Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse Zukunftsentwicklungen für die Region Salzburg abzuschätzen. Wir sind, im Einklang mit der Debatte über die Methoden der Zukunftsforschung, der Auffassung, dass unsere Erkenntnisse der Revision unterzogen werden müssen, im Einklang mit Robert Jungk aber von der demokratischen Nützlichkeit der Arbeit überzeugt.

Desintegration des traditionellen politischen Systems in Salzburg



1. Der Verlust der Integrationsfähigkeit im politischen System in Salzburg

(Autor: Stefan Wally) Bis zum Jahr 2030 wird das bestehende politische System in Salzburg sich stark verändern. Die Wahlbeteiligung sinkt seit langem und wird weiter zurückgehen. Dasselbe gilt für die die Mitgliederzahlen der politischen Parteien und die Bereitschaft, sich für die Parteien als KandidatIn für öffentliche Ämter zur Verfügung zu stellen. Die geringer werdenden Bindungen führen, wie schon beobachtbar, zu immer stärkeren Veränderungen bei Wahlergebnissen. Diese Volatilität widerspricht dem Interesse der Entscheidungsträger an stabilen Verhältnissen. Dies und die Rekrutierungsprobleme der Parteien erzwingen eine Öffnung des politischen Systems, wobei die Parteien in einer ersten Phase versuchen werden, ihre Position in einem offeneren politischen System zu behaupten.⁹

⁹ Dank für Kritik und Hinweise an Dr. Franz Fallend. Grafik: Wahlbeteiligung: Durchschnitt der Wahlbeteiligungen bei Nationalratswahlen und Landtagswahlen in Relation zum Vergleichswert der Jahre

1.1 Weiter sinkende Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Salzburg betrug 1974 noch 83,4 Prozent. 2009 waren es 74,4 Prozent. Bei den Wahlen zum Nationalrat machten in Salzburg 1970 90,3 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 2008 waren es 78,6 Prozent. Bei den Bundespräsidentenwahlen 1971 stimmten 96,1 Prozent der Wahlberechtigten ab, 2010 waren es 52,9 Prozent. Auch bei den Gemeindevertretungswahlen in Salzburg sank die Wahlbeteiligung seit der ersten Wahl in den 70ern und der letzten Wahl bis einschließlich 2009.

Um einen klaren Trend zu erkennen, müssen einige Anomalien bei der Wahlbeteiligung ausgeschlossen werden. Bei den Bundespräsidentenwahlen verzichteten große Parteien wiederholt auf eigene Kandidaten, was eine niedrigere Wahlbeteiligung erklärt. Wahlen zum Europäischen Parlament gab es in Salzburg erst ab der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Bei Gemeindevertretungswahlen wurde die Direktwahl der Bürgermeister eingeführt¹⁰, Klare langfristige Tendenzen sind deswegen vor allem beim Salzburger Wahlverhalten bei Landtags- und Nationalratswahlen zu erkennen. Vergleicht man hier die Wahlbeteiligung in den jeweiligen Jahrzehnten zeigt sich, dass diese in den Jahren 2000 bis 2009 im Durchschnitt um zehn Prozent niedriger lag als in den Siebziger-Jahren.

Salzburg stellt beim Rückgang der Wahlbeteiligung keine Ausnahme dar. Der Rückgang entspricht der österreichweiten Entwicklung. Bei den Nationalratswahlen sank die durchschnittliche Beteiligung von 90,1 auf 79,7 Prozent im Vergleich der beiden Jahrzehnte. Und auch die österreichische Entwicklung stellt keine Ausnahme unter den europäischen Staaten dar.¹¹ Österreich wird in der Politikwissenschaft zu einer Gruppe von europäischen Staaten gezählt, die vergleichs-

1970 bis 1979. Mitgliederzahlen: Summe der Durchschnitte der vorliegenden Mitgliederzahlen der Salzburger Parteien im jeweiligen Zeitraum im Verhältnis zu Vergleichssumme der Jahre 1970 bis 1979. Wahlergebnisstabilität: Welche Stimmanteile konnten bei den Wahlen in einem Jahrzehnt im Durchschnitt von den Parteien verteidigt werden? (Nationalrats- und Landtagswahlen in Salzburg) Wie entwickelte sich dieser Wert im Jahrzehntevergleich? Begründung der Datenauswahl und Differenzierung z.B. nach Mitgliederzahlen bei Groß- und Kleinparteien in den folgenden Unterkapiteln.

¹⁰ Das könnte Auswirkungen auf die Beteiligung bei Gemeindevertretungswahlen gehabt haben.

¹¹ Filzmaier, P., *Ein unaufhaltsamer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo*, in: Der WählerInnenwille, Informationen zur politischen Bildung. Bd. 27, hg. v. Forum politische Bildung (Hg.), Innsbruck, Bozen, Wien: 2007

weise hohe Wahlbeteiligung ohne Wahlpflicht erreichen. Dazu gehören Dänemark, Deutschland, Italien, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Auch in dieser Gruppe geht die Wahlbeteiligung zurück. In den siebziger Jahren betrug die Wahlbeteiligung 88,1 Prozent, zwischen 2000 und 2009 80,4 Prozent.

	Mit Österreich vergleichbare Staaten ¹²	Österreich (Nationalrat)	Salzburg (Nationalrat)	Salzburg (Landtag)
1970 bis 1979	88,1%	92,3%	90,1%	82,9%
2000 bis 2009	80,4%	81,5%	79,3%	75,9%

In der politikwissenschaftlichen Literatur gibt es eine sehr große Anzahl von Studien, in denen versucht wird, diesen Rückgang zu erklären. Zum einen gibt es theoretische Arbeiten zum anderen empirische.

In den theoretischen Arbeiten konkurrieren zwei Thesen, warum es zum Rückgang der Wahlbeteiligung kommt. Die "Normalisierungsthese" besagt, dass Zufriedenheit in der Bevölkerung die Wahlbeteiligung reduziert und politisch Uninteressierte sich kaum mehr an Wahlen beteiligen. Staaten wie Österreich passten sich dabei einem normalen Niveau der Wahlbeteiligung an, wie er in den meisten Demokratien vorzufinden sei. Die "Krisenthese" sieht die sinkende Wahlbeteiligung als Ausdruck einer Abwendung vom politischen System.¹³

Es gibt auch eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen, bei denen die Wahlbeteiligung mit sehr verschiedenen Variablen korreliert wurde. Eine Übersicht von 83 solchen Untersuchungen wurde 2005 von Benny Geys zusammengestellt.¹⁴ Am

¹² Gruppenbildung auf der Basis von: Freitag, M., Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Heft 4/1996. Eigene Kalkulationen auf der Basis der Voter-Turnout Database vom International Institute For Democracy and Electoral Assistance (2011)

¹³ Eilfort, M., Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn, Wien: Ferdinand Schöningh, 1994.

¹⁴ Geys, B., Explaining voter turnout: A review of aggregate-level research, in: *Electoral Studies* 25 (2006), S. 637-663.

häufigsten bestanden demnach Thesen den empirischen Test, wenn sie die Entwicklung der Wahlbeteiligung mit "Stabiler Bevölkerung", "Lagged turnout", "Campaign expenditure" und Wahlpflicht erklärten.

Ein anderer Aspekt, der nur kursorisch eingeführt wird, da er anderorts ausgearbeitet wurde: Schichtenspezifisch kann konstatiert werden, dass die Wahlbeteiligung in ökonomisch schwachen Gruppen zurückgeht, wenn das Wahlsystem kompliziert ist.¹⁵

Die Wahlbeteiligung ist demnach höher,

- wenn die Wahlberechtigten schon lange im Wahlgebiet wohnen, der Anteil der Eigenheimbesitzer hoch und die Geburtenrate höher als die Sterberate ist.
- wenn schon bisher die Wahlbeteiligung hoch war. Wer einmal wählen gegangen ist, wird dies sehr wahrscheinlich wieder tun. Wer Wahlen einmal ignoriert hat, wird sich an dieses Verhalten gewöhnen. Man kann hier von Kohortenerfahrungen sprechen.¹⁶
- wenn die Kandidierenden viel in die Wahlkampagne investieren.
- wenn Wahlpflicht besteht.

Ein Einfluss des Wahlsystems, der Anzahl der kandidierenden Parteien oder sozialer Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung ist hingegen wesentlich umstrittener. Die Anzahl der empirischen Tests, die diesen Zusammenhang widerlegen, ist nicht vernachlässigbar.

Diese Hinweise aus der Forschung legen nahe, dass sich der Rückgang der Wahlbeteiligung in Staaten wie Österreich fortsetzen wird. Das bedeutet, dass man in Salzburg mit dem Szenario weiter sinkender Beteiligung umgehen müssen. Konkret wird dieses Szenario unterstützt durch folgende Argumente.

Im Analogschluss kann angenommen werden, dass Österreich eine Entwicklung wie in vergleichbaren Staaten nehmen wird. In Staaten, die sich bislang in ähnli-

¹⁵ Gallego, A., Understanding Unequal Turnout: Education and Voting in Comparative Perspective, in: *Electoral Studies* 29 (2010), S. 239–248.

¹⁶ Dieses Argument wird gestärkt durch neue Untersuchungen: Vgl. Franklin, M. N./Hobolt, S. B., Electoral Democracy in the European Union. *Electoral Studies* 30 (2011). S. 67 - 76

cher Weise wie Österreich verhalten haben, ist der Trend zu sinkender Wahlbeteiligung ungebrochen und zum Teil bereits weiter vorangeschritten.

Im Nachvollzug der theoretischen Debatte über Wahlbeteiligung ist bei Unterstützung beider Thesen mit sinkender Wahlbeteiligung zu rechnen. Laut "Normalisierungstheorie" hat Österreich nach wie vor eine "unnatürlich" hohe Wahlbeteiligung. Laut „Krisentheorie“ hängt die Wahlbeteiligung vom Ausmaß der politischen Unzufriedenheit ab. Es wird schlicht weniger Personen geben, die sich mit den Akteuren (Politikern und Parteien) in einer Form verbunden sehen, so dass sie diese im zivilgesellschaftlichen Diskurs verteidigen würden.¹⁷

Wenn empirische Untersuchungen zeigen, dass Wahlgewohnheiten ausschlaggebend sind, so bedeutet dies, dass in Salzburg Generationen mit hoher Wahldisziplin durch Generationen mit der Erfahrung der Nichtbeteiligung an Wahlen ersetzt werden.

Die Spezialisierung der Berufsanforderungen wird von nachrückenden Generationen höhere geografische Mobilität erzwingen als von bisherigen. Das bedeutet, dass der Anteil der Menschen ohne langfristige Erfahrungen mit lokalen Parteien und Politikern zunehmen wird. Das wird ebenfalls die Wahlbeteiligung reduzieren. Eine Ausweitung der Wahlkampffinanzierung ist angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte ebenso unwahrscheinlich wie die Wiedereinführung der Wahlpflicht.

Aktuelle Milieuuntersuchungen, wie sie zuletzt auch für Salzburg vorgelegt wurden, deuten auf das Anwachsen von Milieus hin, die politikfern sind. Vor allem in ökonomisch schwächeren Gruppen werden traditionelle Milieus durch neue Milieus ersetzt, die sich durch eine deutlich höhere Distanz zur politischen Beteiligung auszeichnen.¹⁸

Sinkende Wahlbeteiligung bedeutet den Legitimitätsverlust für demokratische Einrichtungen. Weiters konnte anhand von detaillierten Untersuchungen nachgewiesen werden, dass in Österreich vor allem die Gruppen der urbanen, weniger gebildeten und ökonomisch schwächeren Personen bei sinkender Wahlbeteili-

¹⁷ Vgl. dazu die Entwicklung der Parteiidentifikation.

¹⁸ Hofer, Karin und Wally, Stefan (2011): Die Salzburger Milieulandschaft. Salzburg: Neue Forschungsgesellschaft, 2011.

gung weniger Gewicht haben werden.¹⁹ Sie sind als Zielgruppe für die Politik kleiner als ihr Anteil an der Bevölkerung es erlauben würde.

1.2. Weiter sinkende Mitgliedszahlen in Parteien

Die Beteiligung an Wahlen nimmt allerdings in Salzburg weniger schnell ab als die Bereitschaft, in Parteien Mitglied zu werden. Die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei sank in Salzburg von 1970 bis 2011 von 25.000 auf 8.000, die Zahl der Mitglieder in der ÖVP und ihren Bündnen sank von 56.000 (1976) auf 36.000 (2011), die Anzahl der FPÖ-Mitglieder liegt wie 1970 bei rund 4.000. Die Grünen haben 2011 ca. 500 Mitglieder.²⁰

Errechnet man anhand der durchschnittlichen Mitgliedszahlen jedes Jahrzehnts einen Index, so kann man ablesen, dass die Anzahl der Mitglieder in Salzburger Parteien zwischen den 1970er-Jahren und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts um etwa 45 Prozent gesunken ist.

Österreich und Salzburg beginnen diesen Trend freilich auf einem sehr hohen Niveau. Die Anzahl der Parteimitglieder in Österreich liegt noch immer deutlich über den Niveau anderer Staaten Westeuropas.²¹

Die überregionale Einbettung dieses Wertes bestätigt, dass es sich auch hier um keinen Salzburger Sonderfall handelt. Die Anzahl der Parteimitglieder in Österreich ist ebenfalls deutlich gesunken, genaue Kalkulationen sind allerdings aufgrund der bündischen Struktur der ÖVP schwierig.²² Der Trend liegt europaweit vor.²³ Paul Whiteley von der University of Essex untersuchte 25 Staaten der Welt für die Periode 1989 bis 1999 im Verhältnis zur Periode 1999 bis 2004 und konnte

¹⁹ Vgl. die Übersicht bei Bauer, W. T., *Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung*, Papier der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 2004

²⁰ Daten zur Zahl der Parteimitglieder in Salzburg: Dachs, H., *Die Salzburger Parteienarena 1975 - 1989*, in: *Die Ära Haslauer*, hg. v. Dachs, H. Wien: Böhlau, 2001, S. 53-116. *Salzburger Nachrichten* 26.4.1997, 14.4. 1998 und 7.2.2011.

²¹ Mair, Peter und van Biezen, Ingrid, *Party Membership in Twenty European Democracies, 1980 – 2000*, in: *Party Politics* Vol. 7 No. , 1, S. 5-21, S. 9.

²² Daten zur Zahl der Parteimitglieder in Österreich: Dachs, H., *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, Wien: Manz, 2006. Der Standard 31.10.2008.

²³ Umfangeiche Daten auch in: Saalfeld, T., *Parteien und Wahlen*, Baden-Baden: Nomos, 2007.

dabei in 19 sinkende Mitgliedzahlen feststellen. Die Mitgliedszahlen stiegen deutlich nur in den USA (Sonderfall der Registrierung für Vorwahlen), Japan (Umbruch des Parteiensystems nach jahrzehntelanger Dominanz der Liberaldemokraten) und der Slowakei (wiederholter Umbruch des Parteiensystems). Die deutlichsten Einbrüche gibt es in Deutschland, Finnland, Portugal und dem Vereinigten Königreich.²⁴

Gute abgesicherte und aktuelle Daten liegen für die Parteien in Deutschland vor. Die SPD verlor allein zwischen 1990 und 2010 47 Prozent der Mitglieder, die CDU 36 Prozent. In absoluten Zahlen waren dies insgesamt 725.000 Personen. Zuwachs an Mitgliedern gab es lediglich bei den Grünen, nämlich um 12.000.²⁵ Interessant ist, dass die Anzahl der Jungen in den Parteien noch schneller schrumpft als die Gesamtparteien. Waren 1990 noch 147.000 Deutsche unter 30 Jahren in CDU und SPD aktiv, so waren es 2010 nur noch 55.000. Auch das Wachstum der Grünen setzt dem nichts entgegen. Dort sind 2010 7.000 Junge unter 30 als Mitglieder registriert (Vergleichszahlen 1990 liegen nicht vor).²⁶ Daten der SPÖ Wien legen nahe, dass dieser Trend in Österreich zumindest so dramatisch vor sich geht. Der Anteil der Jungen (bis 30 Jahre) nahm im Zeitraum 1997 bis 2004 weiter ab.²⁷

Unterlegt ist der Rückgang der Parteimitglieder in Österreich mit einer generellen Abwendung von den Parteien. Wenn jemand einer Partei beitrifft, so motiviert ihn dazu einerseits ein generelles Verantwortungsgefühl als Bürger, andererseits der Wille, den Einfluss einer bestimmten Partei zu stärken, sich für die Ziele der Partei einzusetzen und die Sympathie für die Partei zu zeigen.²⁸ Die Voraussetzung dazu ist die Bereitschaft, sich öffentlich mit einer Partei zu identifizieren. Die Parteidentifikation sank allerdings in Österreich zwischen 1969 und 2004 von 75 Pro-

²⁴ Whitekey, P., *Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World*. Paper presented at the Panel on Party Membership and Activism in Comparative Perspective, Political Studies Association Meeting, University of Manchester, Manchester, 2009.

²⁵ Daten für Deutschland. Niedermayer, O., *Parteimitglieder in Deutschland. Version 2011*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18. Berlin, 2011.

²⁶ Eigene Berechnung auf der Basis Niedermayer.

²⁷ Von 6,78 Prozent auf 3,12 Prozent. Daten nach Bauer, W. T., *Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung*, Papier der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 2004.

²⁸ Klein, Markus und Tim Spier, Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 44-45/2011, S. 33-39, S. 36.

zent auf 50 Prozent.²⁹ In einer vergleichenden Studie zur Lage in Deutschland, Frankreich, Finnland, Australien, Irland, Norwegen, Schweden und der Schweiz wurde festgestellt, dass sich in keinem dieser Länder so viele Bürgerinnen von keiner der Parteien gut vertreten fühlten wie in Österreich (44 Prozent).³⁰ Besonders deutlich ist die Abwendung von den Parteien bei den Jugendlichen: Konstant hatten 1989 bis 1997 lediglich 16 bis 19 Prozent der Jugendlichen gesteigertes Vertrauen in die politischen Parteien. Über die vier Untersuchungswellen war dies der geringste Wert aller abgefragten Einrichtungen.³¹

	Deutschland (vor und nach Wiedervereinigung)	Österreich	Salzburg
1970 bis 1979	1.600.000	1.477.000	88.000
2000 bis 2009	1.350.000	968.000	48.500

Daten: Summe der Durchschnitte der innerhalb des jeweiligen Jahrzehnts vorliegenden Jahreswerte der jeweiligen Parteien. Niedermayer (2011), Dachs (2006), Der Standard 31.10.2008, Dachs (2001), Salzburger Nachrichten 26.4.1997, 14.4.1998 und 7.2.2011.

Dass der Trend sinkender Mitgliederzahlen in Salzburg anhalten wird, ist aufgrund folgender Überlegungen mehr als nur wahrscheinlich:

Österreich hat nach wie vor überdurchschnittliche Niveaus an Parteimitgliedern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Der Wert ist in Österreich um ein Vielfaches höher als in Staaten wie Schweden, Deutschland, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich.³²

²⁹ Plasser, F./Ullrich, P. A., Wahlverhalten, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. Dachs, H., Wien: Manz, 2006, S. 550-561, S. 555.

³⁰ Daten: *The Comparative Study of Electoral Systems* (www.cses.org). CSES Module 3. March 31, 2011 version.

³¹ Ullrich, P. A, Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v. Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 123.

³² Daten nach Whitekey, P., *Is the Party Over? The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World*. Paper presented at the Panel on Party Membership and Activism in Compara-

Ältere Generationen mit Parteiloyalitäten werden zunehmend von jüngeren mit Parteidistanz abgelöst. Das Misstrauen gegenüber den Parteien bei jungen Menschen in Österreich ist unverändert hoch.

Verschiedene Studien zeigen, dass die kulturelle Einstellung gegenüber den Parteien nachhaltig distanziert ist.

1.3. Zunehmende Schwierigkeiten, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden

Die geringere Anzahl der Parteimitglieder führt auch dazu, dass sich weniger Salzburgerinnen und Salzburger bereit erklären, als Kandidaten zur Verfügung zu stehen.

„Die Bereitschaft der Leute, sich in der Parteipolitik zu engagieren, wird immer geringer. Dieses Problem haben alle Parteien“, sagt der Mittersilller Bürgermeister Wolfgang Viertler.³³ 2007 gab es etliche Gemeinden, in denen es sehr schwierig war, geeignete Interessenten für den Ortschefposten zu finden, berichtete Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer (ÖVP). Er wisse, dass es in ganz Österreich auch immer schwieriger werde, Gemeindevertreter zu finden.³⁴ „Laut einer Umfrage des Gemeindebunds unter Österreichs Bürgermeistern gibt es in zwei von drei Gemeinden Probleme bei der Besetzung der Wahlkommissionen. 70 Prozent der Bürgermeister meinen, es werde immer schwieriger, geeignete Personen für kommunale Funktionen zu finden. 40 Prozent mussten selbst lange überredet werden, den oft unbedankten Posten zu übernehmen“, so das Nachrichtenmagazin profil.³⁵

In Staaten und Regionen mit geringeren Mitgliederzahlen der Parteien kann man ablesen, was angesichts sinkender Mitgliederzahlen geschehen könnte. Ein Beispiel ist die schwach organisierte SPD in Ostdeutschland. Dort haben bereits 57

tive Perspective, Political Studies Association Meeting, University of Manchester, Manchester, 2009. Perspective. Political Studies Association Meeting, University of Manchester. Manchester.

³³ *Salzburger Nachrichten* 26.2.2008.

³⁴ *Salzburger Nachrichten* 24.10.2007.

³⁵ *profil* 4. 4. 2001

Prozent der Mitglieder ein öffentliches Amt inne. Immer mehr Parteilose sind auf den Listen der SPD zu finden, in vielen Gemeinden werden keine Listen aufgestellt. In anderen deutschen Bundesländern wurde erhoben, dass zwischen der Übernahme eines öffentlichen Amtes und dem Eintritt in eine Partei lediglich 5 bis 8 Jahre vergangen sind. In Deutschland sind 21 Prozent der BürgermeisterInnen bereits parteilos.³⁶

In Salzburg wird sich das Problem der Rekrutierung von Bürgerinnen und Bürgern für öffentliche Ämter verschärfen.

Die Mitgliederzahlen sinken, es schrumpft auch das Reservoir, aus dem ausgewählt werden kann.

Das kulturelle Prestige, das mit politischen Ämtern verbunden ist, ist gering und es gibt keine Hinweise, dass sich dies ändert.³⁷

1.4 Zunehmend starke Schwankungen bei Wahlergebnissen

Die geringere Parteibindung spiegelt sich auch im Wahlverhalten wieder.³⁸ Immer häufiger kommt es bei Wahlergebnissen zu starken Ausschlägen. In den Jahren 2000 bis 2009 änderten sich die Wahlergebnisse der Parteien im Vergleich zur Wahl davor um zehn Prozent, stärker als dies noch in den 1970er-Jahren der Fall war. Diese Berechnung basiert auf dem Wahlverhalten der Salzburgerinnen und Salzburger bei Landtags- und Nationalratswahlen. Die theoretische Basis für die Berechnung ist der Pedersen-Index.³⁹

Der Pederson-Index addiert die Differenzen zwischen zwei Wahlen für jede Partei und dividiert sie schließlich durch zwei. Dies ergab in Salzburg in den 1970er-Jahren den Wert von 4,3 Prozent, zwischen 2000 und 2009 den Wert von 13,9

³⁶ Vgl. Holtkamp, L., *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister*. Wiesbaden: VS Verlag, 2008.

³⁷ Vgl. z. B. *profil* 4. 4. 2001

³⁸ Ausführlich dazu: Dalton, R.J./McAllister I./Wattenberg, M.P., *The Consequences of Partisan De-alignment*, in: *Parties without Partisans, Political Change in Advanced Industrial Democracies*, hg. v. Dalton R.J./Wattenberg, M.P., Oxford: Oxford University Press, 2000, S. 37-63.

³⁹ Pedersen, M. S., *Electoral Volatility in Western Europe 1948 – 1977*, in: *European Journal of Political Research*, 7 (1979), S. 1–26.

Prozent. Der massive Anstieg spiegelt sich auch bei der Auswertung den österreichischen Nationalratswahlen wieder.⁴⁰

Auch europaweit ist die zunehmende Bereitschaft, das Wahlverhalten zu ändern, feststellbar. Das „Center für the Study of Democracy“ in Irvine veröffentlichte eine Überblicksuntersuchung, die zeigt, dass die Anzahl der Parteien, die sich stabil halten, immer geringer wird. Nur mehr jede zweite Partei auf dem europäischen Festland konnte zwischen 1970 und 1995 ihr Niveau an Mitgliedern halten. Zwischen 1945 und 1970 waren es immerhin noch zwei Drittel der Parteien gewesen.⁴¹

Die Zunahme der Bereitschaft, verschiedene Parteien bei aufeinanderfolgenden Wahlen zu wählen, ist auch das Ergebnis eines konstanten Meinungsumschwungs. In Österreich etwa nimmt die Anzahl der Personen kontinuierlich ab, die sagen, dass sie "immer dieselbe Partei wählen, auch wenn sie nicht vollständig mit ihr zufrieden sind." Die Anzahl sank von 65 Prozent (1969) auf 27 Prozent (2004).⁴²

Eine Studie zu politischen Einstellungen von Jungwählerinnen und Jungwählern hat 2008 darüber hinaus eine wichtige Erkenntnis empirisch abgesichert⁴³: Ein entscheidender Faktor bei der parteipolitischen Prägung ist das Elternhaus. Da aber Kinder immer seltener in parteipolitisch geprägte Familien geboren werden, entwickelt sich eine sich selbst verstärkende Spiralkwirkung.

Der Trend zu häufigerem Wechsel bei Wahlen wird sich fortsetzen, weil die Bindung an Parteien allgemein abnimmt.

⁴⁰ Vgl. z. B. Luther, K. R., *The Self-Deconstruction of Right-Wing Populism? Austria's Election of the 24th* Keele: European Parties Research Unit, 2003.

⁴¹ Drummond, A., *Electoral Volatility and Party Decline in Western Democracies: 1970 – 1995*. Irvine: Center for the Study of Democracy, 2002, S. 5.

⁴² Plasser F./Ulram, P. A., Wahlverhalten, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. Dachs, H., Wien: Manz, 2006, S. 550-561, S. 555.

⁴³ Meerschitz, P., *Politische Einstellungen von Jungwählern und Jungwählerinnen in Österreich. Eine empirische Studie*, Wien: Transparenz Verlag, 2000, S. 191ff.

Dazu kommt, dass ein Generationeneffekt eintreten wird. Während die Jungen sich als Wechselwähler verstehen, verschwinden sukzessive Generationen von der Bildfläche, die sich noch als Stammwähler bezeichneten.⁴⁴

1.5. Die Öffentlichkeit verliert das Interesse

Der Rückgang bei der Wahlbeteiligung, bei den Parteimitgliedschaften, der Bereitschaft für Parteien zu kandidieren und der Loyalität der WählerInnen zu Parteien darf nicht falsch interpretiert werden. Diese Entwicklungen sind nicht identisch mit der Entpolitisierung oder auch nur Abwendung von gesellschaftlichem Engagement.

Die vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass bis etwa zum Jahr 2000 die Abwendungen von den (Groß-)Parteien von keiner generelle Abnahme der Teilnahme an politischen Beteiligungsformen und des Interesses begleitet war.

Beteiligung am politischen Prozess ist mehr als die Wahlbeteiligung. Gabriel Almond et al. ziehen zur Bewertung der Partizipation auch die Faktoren der Beteiligung an politischen Diskussionen, an Parteiaktivitäten, Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen heran.⁴⁵ Tatsächlich nimmt die Partizipationsbereitschaft in bestimmter Hinsicht zu: Ende der neunziger Jahr hatte ein Fünftel der ÖsterreicherInnen bei Bürgerinitiativen mitgearbeitet oder an Demonstrationen teilgenommen, 1980 lagen diese Prozentsätze noch bei 5 bis 8 Prozent, so Ulram.⁴⁶ Auch Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger schreiben, dass parallel zur Abnahme der Wahlbeteiligung eine Entwicklung direktdemokratischer Partizipation und zur sogenannten nicht konventioneller Beteiligungsformen beobachtbar sei.⁴⁷

⁴⁴ Vergleich die Daten von Fessel-GfK, in Plasser, F./Ulram, P. A., Hg., *Wahlverhalten in Bewegung, Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien: WUV, S. 220.

⁴⁵ Almond, Gabriel, G. Binham Powell, Russel J. Dalton, Kaare Strom, *Comparative Politics Today*. New York: Longham, 2010.

⁴⁶ Ulram, P. A, *Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung*, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v. Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 113.

⁴⁷ Pelinka, A./Rosenberger, S., *Österreichische Politik, Grundlagen – Strukturen – Trends*. 3., aktualisierte Auflage. Wien: facultas, 2007, S. 82f.

Auch ist die geringere Beteiligung nicht als Ablehnung der Demokratie zu werten. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bleibt übersichtlich (28 Prozent 2001⁴⁸) Im internationalen Vergleich stimmen in Österreich besonders viele Menschen dem Satz "Die Demokratie ist auf jeden Fall besser als eine Diktatur" zu (93 Prozent).⁴⁹ Das politische Interesse ist in Österreich zwischen 1974 und 1999 sogar deutlich gestiegen. Sehr stark waren 1999 24 Prozent interessiert, 1974 lediglich 14 Prozent, kaum oder überhaupt nicht waren damals 47 Prozent und 1999 35 Prozent interessiert.⁵⁰

In den vergangenen Jahren verzeichnen Meinungsforscher aber auch einen deutlichen Rückgang der Aufmerksamkeit für Politik. Das IMAS-Institut fragt seit 2000 regelmäßig ab, wie sehr man sich gedanklich mit der österreichischen Innenpolitik beschäftigt. Im Jahr 2011 beschäftigten sich nur 26 Prozent "sehr stark" oder "ziemlich stark" mit der Innenpolitik. Im Jahr 2000 waren es (im Durchschnitt bei vier Befragungen) noch 48 Prozent gewesen, 2005 (zwei Befragungen) 37 Prozent.⁵¹

1.6. Die Öffnung des politischen Systems in Salzburg

Allfällige Änderungen des Parteiensystems müssen durch politische Beschlüsse herbeigeführt werden. Ein Szenario ist, dass darauf bewusst verzichtet wird. Politische Eliten könnten ein Interesse daran haben, die Teilnahme an den politischen Auseinandersetzungen begrenzt zu halten, um eigene Interessen zu verfolgen. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da eine weitere Abnahme der formalen Beteiligung das Risiko erhöht, dass Interessen außerhalb kontrollierbarer Strukturen artikuliert werden. Zunehmende Instabilität des politischen Systems wäre sehr unattraktiv für die verbleibenden politischen Eliten.

⁴⁸ Ullrich, P. A., Politische Kultur der österreichischen Bevölkerung, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. H. Dachs, Wien: Manz, 2006, S. 512-524, S. 516.

⁴⁹ Zahl aus dem Jahr 2001. Ullrich, P. A., Politische Kultur der österreichischen Bevölkerung, in: *Politik in Österreich, Ein Handbuch*, hg. v. H. Dachs, Wien: Manz, 2006, S. 512-524, S. 518.

⁵⁰ Ullrich, P. A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*, hg. v. Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, Wien; Signum Verlag, 2000, S.103-140, S. 105.

⁵¹ IMAS, Massenflucht vor der Politik, Wien: IMAS-Report, 2011.

<http://www.imas.at/index.php/de/imas-report-de/aktuelle-reports/120-imas-report-massenflucht-vor-politik>

Daher ist es wahrscheinlich, dass die politischen Eliten Reformen des politischen Systems einleiten, die dieses erheblich verändern werden. Es wird neue Formen der Beteiligung für Nicht-Parteimitglieder innerhalb von Parteien geben, um diese zu stabilisieren. In der Folge wird diese Offenheit auf die Wahrnehmung von Ämtern, die über offene Parteilisten gewonnen werden, ausgeweitet werden.

Das Angebot der Beteiligung wird zunehmend dem Bedürfnis Rechnung tragen, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr langfristig binden wollen. Befristete Beteiligungsmodelle in Parteien werden auf die Tagesordnung kommen.

Das bestehende Parteiensystem wird zudem von neuen Parteigründungen verändert werden. Abnehmende Parteibindungen werden populistischen Parteien oder charismatischen Persönlichkeiten den Eintritt in das politische System erleichtern, die Stabilisierung populistischer Parteien wird allerdings noch schwieriger sein als heute.

Dadurch steigt die Unsicherheit, ob eine Partei langfristig so machtvoll bleibt wie jetzt. Dies macht Parteien noch unattraktiver, weil sie ihren Mitgliedern weniger langfristige Versprechen machen können. Um das bürgerschaftliche Engagement zu nutzen, wird es neue Beteiligungsformen geben müssen. Diese können informell sein wie Konsultationen mit Bürgerinnen, glaubwürdige Web 2.0-Formen, können aber auch formalisiert werden wie Rederechte im Landesparlament, auf Parteitag etc.

Die Wahlbeteiligung wird nicht wieder Niveaus wie in den 1970er-Jahren erreichen, dagegen sprechen die Ergebnisse der Kohortenforschung. Einziger Weg dies zu erreichen, wäre die Einführung der Wahlpflicht oder die Verbindung der Wahlen mit anderen ökonomischen Anreizen. Auch könnte es zu Vereinfachungen des Wahlvorgangs (Anzahl der Wahltermine, Flexibilität des Ortes der Stimmabgabe etc) kommen, um die Beteiligung von ökonomisch schwächeren Gruppen zu erleichtern.

2. Die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen

(Autor: Jakob Reichenberger)

Über die Erwerbsarbeit und ihren großen Stellenwert in der Gesellschaft hält die Logik der Ökonomie – eine Logik des immer Größer, immer Besser, immer Mehr – auch in den privaten Lebenswelten Einzug: Um mithalten zu können, müssen Menschen einen großen Teil ihrer Lebenszeit in den Beruf investieren; Ausbildungs-, Spezialisierungs- und Qualifizierungszeiten mitgerechnet. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung auch für den privaten Bereich und für die knapp bemessene Freizeit.

V. a. in den städtischen Bereichen wird die Anzahl von alleine lebenden Menschen, die nur über kleine private Netzwerke verfügen, weiter zunehmen. Durch knappe Zeitressourcen, hohe Spezialisierungsgrade und das Wegfallen tragfähiger Netzwerke muss „Lebenskompetenz“ zugekauft werden, was einen Markt für neue (Lebens-)Angebote eröffnet. Immer mehr Bereiche Berufs- und Alltagsgestaltung

werden so durch spezialisierte, den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe angepasste Marktangebote bedient.

2.1. Trendherleitung

"Die Fun-City war ein Freizeitort von enormer Dimension, eine Erlebniswelt, in der das einzige Produkt Unterhaltung hieß – und das wurde in allen Facetten angeboten, portioniert, verabreicht. In den zahlreichen und unterschiedlichsten Game-Halls, Shopping-Centers, Feeling-Clubs und Virtual-Reality-Rooms sorgten Gefühl-ingenieure und Stimmungsmanager für einen Programmmix aus Spannung, Entspannung, Erotik, Exotik, Ablenkung und Kitsch. In automatisierten Exciters-Shops wurden zudem unbedenkliche Designerdrogen und Erlebnisverstärker angeboten. Virtueller Sex, virtuelle Natur, virtuelle Liebe, virtuelle Sorglosigkeit und virtuelle Mystik sowie virtuelle Religiosität wurden so zu einem realen Erlebnis, wie es die Realität nie und nimmer zu bieten vermocht hätte. Präzise und garantiert ohne Nebenwirkungen bekamen Konsumenten exakt jene Gefühle, Welten, Erlebnisse geliefert, die sie auswählten."⁵²

Was Thomas Sautner hier in seinem Roman „Fremdes Land“ – eine düstere Sozialutopie eines Überwachungsstaates mit vielen Anknüpfungspunkten in aktuellen politischen Debatten – beschreibt, bietet ein gutes Beispiel für ein Verständnis von Kommerzialisierung: Dinge, die zuvor nicht oder nur eingeschränkt für Geld erhältlich waren, werden zu Gütern und Dienstleistungen, die nun auf dem Markt gegen Geld eingetauscht werden können. Mit dieser lapidaren Definition von Kommerzialisierung will dieser Beitrag arbeiten und die oben formulierte These genauer erläutern.

2.1.1. Zwei Beispiele

Kommerzialisierung der Kindheit

Ein erstes Beispiel ist die „Kommerzialisierung der Kindheit“. Hier sind zwei Phänomene zu beobachten: Zum einen eine besondere, bereits vor der Geburt beginnende Förderung der Kinder. Wenn etwa werdende Eltern Dienste in Anspruch nehmen, die das noch ungeborene Kind bereits wettbewerbsfähiger machen sollen (die Palette reicht von pränataldiagnostischen Methoden, über besondere

⁵² Sautner, Thomas, Fremdes Land, Berlin 2010, 131.

Ernährungspläne während der Schwangerschaft, bis hin zu „Pränatal-Schulen“). Zum anderen kann durch den vermehrten Einsatz von elektronischen Medien eine Veränderung im Spielverhalten der Kinder beobachtet werden, die Susan Linn in Zusammenhang mit der Spielzeug- und Medienindustrie bringt:⁵³ Neue Medien haben unbestritten positiven Einfluss auf die Entwicklung bestimmter Fähigkeiten von Kindern (logisches Denken, Verstehen von komplexen Zusammenhängen etc.).⁵⁴ Einige Studien deuten aber darauf hin, dass andere Fähigkeiten, wie die Fähigkeit zu kreativem Spiel, verloren gehen bzw. nicht entwickelt werden. Computerspiele und Fernsehen machen Kinder mehr und mehr zu nur Reagierenden anstatt zu selbstbewussten Akteuren. „Die Fähigkeit zu kreativem Spiel ist entscheidend für die Fähigkeit des Menschen zu experimentieren, zu agieren statt nur zu reagieren, und sich selbst von seiner Umwelt zu unterscheiden.“⁵⁵ Somit droht durch den reinen Konsum von Zeitvertreib eine wesentliche Komponente in der Entwicklung verloren zu gehen. Pädagog/inn/en weisen darauf hin, dass diese Kinder wichtige Fähigkeiten nicht erlernen. Linn führt Studien aus den USA an, die belegen, dass Kinder (die Altersspanne bleibt Linn hier schuldig) 40 Stunden pro Woche Fernsehen.⁵⁶

Kommerzialisierte Partnervermittlung

Ein weiteres, bereits alltägliches Beispiel ist die Partnervermittlung im Internet: Gegen Bezahlung (zumindest bei jenen Anbietern, die für Niveau und Diskretion stehen wollen) werden Profile erstellt, die möglichst genau die Bedürfnisse der jeweiligen Person ermitteln und so eine bedürfnisgerechte Vermittlung an potenzielle Partner/innen ermöglichen. Laut einer auf 2006 zurückgehende Studie von Hans Geser bündelten an die 2700 Dating-Sites im deutschsprachigen Raum ein geschätztes Marktvolumen von 55 bis 75 Millionen Euro.⁵⁷ Der Vorteil dieser An-

⁵³ Vgl. den Beitrag von Linn, Susan, Der Kommerz im Leben von Kindern, in: Worldwatch Institute (Hg.), Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil, München 2010, 109-118; hier: 112.

⁵⁴ Vgl. dazu auch: Rapp, Inga, Machen Computer intelligent? Einflüsse digitaler Medien auf die Entwicklung von Kindern, Onlinequelle: <http://www.heise.de/ct/artikel/Machen-Computer-intelligent-288286.html>; 30.09.11.

⁵⁵ Linn, Kommerz, 109.

⁵⁶ Vgl. Linn, Kommerz, 113. Vgl. auch: Conrad, Susanna, Veränderte Kindheit - andere Kinder - andere Räume - andere Möglichkeiten, Onlinepublikation: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/940.html>; 11.10.11.

⁵⁷ Vgl. Geser, Hans, Partnerwahl Online. In: Sociology in Switzerland: Towards Cybersociety and

gebote im Vergleich zur „offline-Welt“ besteht darin, dass bereits im Vorfeld Eigenschaften, Wünsche etc. abgeklärt werden können. So wird sowohl Zeit gespart als auch versucht, das Ergebnis zu optimieren. „Als ‚ineffizient‘ werden konventionelle Felder der Partnersuche vor allem deshalb empfunden, weil wechselseitige Unkenntnis darüber besteht, wer überhaupt subjektiv motiviert und objektiv dazu disponiert ist, eine exklusive Partnerbeziehung einzugehen.“⁵⁸ Der Zeitfaktor scheint eine große Rolle zu spielen, zudem gibt es diverse Gründe, warum konventionelle Wege, Partner/innen zu finden, nicht mehr ausreichen.⁵⁹ Als weiterer Grund, für die hohe Attraktivität von Partnervermittlungsplattformen kann angeführt werden, dass das Feld der Partner/innen-Wahl zunehmend von einem Optimierungsdruk gekennzeichnet ist..

2.1.2. Drei Spuren

Spur 1: Hoher Stellenwert der Erwerbsarbeit ermöglicht das Eindringen der Logik der Ökonomie in den privaten Bereich

Was die beschriebenen Beispiele gemeinsam haben, ist, neben einer neuen „Machbarkeit“ durch technischen Fortschritt, die große Bedeutung der Faktoren Zeit, Leistung und Optimierung. Diese Faktoren stehen in Zusammenhang mit aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die uns auch in Zukunft beschäftigen werden und die vor allem mit hohen Anforderungen in einer zunehmend von der Logik der Ökonomie geprägten Welt zu tun haben.

Peter Zellmann beschreibt in seinen „Zukunftsfallen“ das Ende der klassischen Aufteilung von Arbeit und Freizeit.⁶⁰ Wir leben in einer Übergangsgesellschaft, in der Freizeitorientierung einen sehr großen Wert besitzt. Gemeint ist kein hedonistisches, rein konsumorientiertes Freizeitverhalten, sondern Freizeit ist „Komplementärzeit“: „Freizeit ist demnach nicht nur Erholung von (und zur) Arbeit, Freizeit ist ein zentraler Ort identitätsstiftender Lebenspraxis geworden.“⁶¹ Die klassi-

Vireal Social Relations. Online Publikationen. Zuerich, Oktober 2006,
http://socio.ch/intcom/t_hgeser15.pdf, 31.08.11.

⁵⁸ Geser, Partnerwahl, 5.

⁵⁹ Geser führt an, dass durch längere Ausbildungszeiten das Heiratsalter ansteigt wodurch traditionelle Orte, wie Schulen und Ausbildungseinrichtungen, als Orte, wo die Partnerin/der Partner gefunden wird, ausscheiden. Vgl. Geser, Partnerwahl, 4.

⁶⁰ Vgl. Zellmann, Peter, Die Zukunftsfallen. Wo sie sich verbergen. Wie wir sie umgehen, Wien 2007.

⁶¹ Zellmann, Zukunftsfallen, 10.

sche Trennung von Arbeit und Freizeit wird in immer mehr Bereichen aufgeweicht und unter dem Kriterium „Lebensqualität“ neu zusammengeführt: Es entwickeln sich neue, dynamische Lebensstile, die versuchen Lebensqualität zu erhalten bzw. zu schaffen.⁶² Dabei wird auch der Begriff ‚Lebensqualität‘ inhaltlich neu besetzt: Vieles muss im Leben gleichzeitig erreichbar sein, das Leben muss zum Erlebnis werden. Dass diese Entwicklungen durch neue, oft prekäre Arbeitsverhältnisse erforderlich werden und von einem besonderen, nach wie vor ungebrochenen Stellenwert der Erwerbsarbeit gestützt werden, bleibt oft unerwähnt:⁶³ „Entgegen zahlreichen früheren Zukunftsvorstellungen und -wünschen stellt die Erwerbsarbeit nach wie vor die fundamentale Quelle sozialer Anerkennung, von Selbstwertgefühl, Identität und Sinnstiftung, von Lebensentwürfen, gesellschaftlicher Teilhabe und letztlich menschlicher Würde dar.“⁶⁴ Auch die ganz reale Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg in Armutsmilieus hält den Wert der Erwerbsarbeit auf hohem Niveau. Das hat seinen Preis: Aus- und Weiterbildung wird in die „Komplementärzeit“ verlagert – die eigene Arbeitskraft muss für den Markt attraktiv gehalten werden.

Diese Punkte haben mit Leistung zu tun. Der Begriff der „Leistungsgesellschaft“, so Zellmann, bilde laut einer Umfrage unsere „gesellschaftliche Realität“ am besten ab.⁶⁵ Die Kehrseite ist ein starkes „Wellness-Bedürfnis“ der Menschen, aber auch ein Bedürfnis nach Sinn. Zellmann beschreibt Wellness- und Sinnorientierung als die Trends der nächsten Jahre. Sie lösen eine übermäßig ausgeprägte Konsumhaltung bzw. Erlebnisorientierung ab.⁶⁶

Dass ein Mehr an Wellness- bzw. Sinnorientierung die Konsum- und Erlebnisorientierung tatsächlich ablösen wird, darf bezweifelt werden. Vielmehr werden diese Trends miteinander verschmelzen – so die These dieses Beitrags: Der Konsum – also der Erwerb von Gütern und Dienstleistungen – wird in den nächsten Jahren

⁶² Vgl. Zellmann, Zukunftsfallen, 23-30.

⁶³ Vgl. den Überblick über die Auswirkungen von prekären Beschäftigungsverhältnissen bei: Schweiger, Gottfried, Arbeit im Strukturwandel, in: Böhler, Thomas u. a. (Hg.), Menschenwürdiges Arbeiten. Eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Wiesbaden 2009, 56-65.

⁶⁴ Czock, Heidrun, u. a., Die Zukunft der Gesellschaft – Verwaltet oder gestaltet? In: Böllhoff, Christian, u. a. (Hg.) Der Zukunft auf der Spur. Analysen und Prognosen für Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 2009.

⁶⁵ Vgl. Zellmann, Zukunftsfallen, 22. Laut einer nicht näher beschriebenen Umfrage beschreiben zwei Drittel der Befragten unsere Gesellschaft mit dem Begriff ‚Leistungsgesellschaft‘.

⁶⁶ Vgl. Zellmann, Zukunftsfallen, 31.

durch den hohen Wert, den Zeit in einer Leistungsgesellschaft besitzt, auch auf andere Lebensbereiche übergreifen. Es wird eine gesellschaftliche Schicht geben, die ihre Bedürfnisse (auch nach Erholung und Sinn) auf hohem Niveau befriedigen will. Aufgrund von Zeitmangel (Zeitmangel führt dazu, dass gewisse Fähigkeiten entweder nicht erlernt oder nicht angewendet werden können), wird „Lebenskompetenz“ für unterschiedliche Bereiche zugekauft werden müssen.

Spur 2: Veränderung in der individuellen Priorisierung ermöglicht neue „Lebenskompetenz-Angebote“

Auf der Angebots-Seite bietet eine immer ausdifferenziertere, spezialisierte Gesellschaft mehr Platz für ein neues Expert/inn/entum, das sein Wissen nutzt, um wirtschaftlichen Profit daraus zu ziehen: Neue Marktangebote versprechen durch den Verweis auf besondere Professionalität die bestmögliche Bearbeitung des jeweiligen Themas und füllen so eine (reale oder generierte) Bedarfs- und Bedürfnislücke.

Beispielhaft soll noch einmal versucht werden, mögliche Entwicklungstendenzen nachzuzeichnen: Der Druck, im eigenen Erwerbsarbeitsbereich gute Ergebnisse zu erzielen steigt beständig. Schul- und Berufsbildung konzentriert sich zunehmend auf die Vermittlung ganz bestimmter Skills (Ausbildung) und geht weg vom Angebot einer möglichst breiten Bildung.⁶⁷ Im Berufsalltag heißt das: ständig am Ball bleiben zu müssen. Für den Blick über den eigenen fachlichen Tellerrand fehlt immer häufiger die Zeit. Auch die Zeit für „Alltägliches“ muss gut eingeteilt werden. Manches kann (aufgrund fehlenden Wissens bzw. fehlender Zeit) nicht mehr persönlich „erledigt“ werden. Das muss nicht unbedingt zu einem subjektiv gefühlten Zeitmangel führen. 40,3% der Österreicherinnen und Österreicher stimmen der Aussage „Ich wünsche mir mehr Zeit für mich selbst“ nicht zu. Die Liste jener Personengruppen oder Tätigkeiten, für die „in den letzten vier Wochen nicht ausreichend Zeit zur Verfügung gestanden“ ist, wird angeführt von „ehrenamtlichen Tätigkeiten“ (15,6%), „persönlichen Interessen“ (7,6%) und sonstigen Familienangehörigen (6,6%).⁶⁸ Diese Gegenüberstellung lässt den Schluss auf andere

⁶⁷ Vgl. Liessmann, Konrad P., Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, München 2008, 34f.

⁶⁸ Vgl. Statistik Austria, Zeitwohlstand 2008/09,

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/zeitverwendung/zeitwohlstand/index.html;

Wertigkeiten in der Zeitplanung zu. Hätten die Menschen mehr Zeit zur Verfügung, würden sie mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten, dem Nachgehen persönlicher Interessen oder der Kontaktpflege mit Familienangehörigen außerhalb der Kernfamilie widmen. Aufgrund der tatsächlichen Zeitsituation werden andere Tätigkeiten priorisiert, d. h. auch höher bewertet.

Spur 3: Wegbrechen der Netzwerke durch Individualisierung und zunehmendem Abbau von langfristigen, tragfähigen Netzwerken

Auch die Lebensformen der Menschen ändern sich – wahrscheinlich rückgekoppelt an die Entwicklungen in der Erwerbsarbeitswelt und die Bedingungen der Leistungsorientierung. Laut Erhebungen der Statistik Austria aus dem Jahr 2007 ist die Zahl der Personen in Singlehaushalten im Vergleich zu 1985 um 61% auf 1,24 Millionen gestiegen. Ein Achtel davon (12,8%, 354.000 Personen) fällt in die Altersgruppe der 15- bis 39-Jährigen.⁶⁹ Zwangsläufig wird diese „Auswirkungen auf bisher funktionierende, tragfähige soziale Netzwerke zeigen: Familienstrukturen, Freundeskreise und Nachbarschaftsnetzwerke werden sich umstrukturieren. Die Zahl jener Menschen, die in besonderen Bedarfssituationen auf helfende familiäre Netzwerke zurückgreifen können, wird abnehmen, bzw. werden diese Netzwerke anders aussehen als heute. Die betroffenen Menschen müssen andere Formen finden, um Ausfälle familiärer Netzwerke zu kompensieren bzw. in andere Netzwerke investieren. Hier kann ein neuer Markt entstehen, wo eingekauft werden kann, was bisher durch soziale Netzwerke kostenlos abgedeckt war: Rundumpackages für werdende bzw. Eltern mit Neugeborenen, „Partnervermittlung mit Niveau“, Weddingplaner, Versicherungen, die mit All-In-Packages versuchen, Übergangssituationen im Leben des Menschen (Trennungen, Verlusterfahrungen, Lebensende) abzufedern, sind vorstellbar oder bereits Realität.

31.08.11. Die Antwortmöglichkeiten waren in eine fünfstufige Skala zwischen „ausreichend“ und „nicht ausreichend“ gegliedert.

⁶⁹ Vgl. Statistik Austria 9.147-116/08,

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/031187; 31.08.11

2.2. Auswirkungen

Anonymes Dorf im Dorf: Die Kommerzialisierung von Lebensbereichen wird zunächst in städtischen Bereichen sichtbar werden, wo soziale Bindungen generell loser gestaltet sind und deshalb auch der Zukaufs-Bedarf größer sein wird. Aber auch in ländlichen Bereichen in Stadtnähe, die als attraktiver Wohnraum gehandelt werden, werden sich Strukturen ändern. Es wird zur Entstehung von anonymen Siedlungen kommen, in denen die Menschen wohnen und teilweise ihre Komplementärzeit verbringen. Ihr Interesse, sich am Gemeinschaftsleben vor Ort zu beteiligen wird relativ gering sein.

Strukturveränderung für freiwilliges Engagement

Derzeit ist die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft zu engagieren noch relativ hoch. 2011, im Jahr der Freiwilligenarbeit, arbeiten rund drei Millionen Österreicher/innen 720 Millionen Stunden pro Jahr „ehrenamtlich“ für eine Organisation. Dabei liegt Österreich im EU Spitzenfeld.⁷⁰ Diese Zahl zeugt von einem sehr hohen Stellenwert von Gemeinschaft und Gemeinwohl. In den kommenden Jahren wird relevant sein, ob und wie sich diese Einstellungen ändern, wenn die „Komplementärzeit“ zur Arbeit immer mehr von ökonomischen Zwängen bestimmt wird. Vielleicht wird man zwischen eigennütziger und uneigennütziger Freiwilligenarbeit unterscheiden. Das wird einen höheren Druck auf Institutionen zur Folge haben, die auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind. Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie attraktiv ist und auch den Freiwilligen nützt, bzw. muss sie eine gewisse „Erlebnisqualität“ besitzen.

Geteilte Gesellschaft

In erster Linie ist es die Logik der Ökonomie und erst in zweiter Linie die Kommerzialisierung der Lebensbereiche, die auch die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern wird. Nicht jeder wird für die Leistungsanforderungen und das Optimierungs-Paradigma stark genug sein. Trotz des eben dargelegten hohen Wertes der Erwerbsarbeit wird eine große Zahl der Menschen mit kürzeren und längeren

⁷⁰ Vgl. eine Studie der FH Salzburg – hier zitiert nach: Österreichs Ehrenamtliche sind EU Spitzenreiter, in: Der Standard online: <http://derstandard.at/1293370065328/Freiwillige-Arbeit-Oesterreichs-Ehrenamtliche-sind-EU-Spitzenreiter>, 31.08.11.

Phasen der Erwerbsarbeitslosigkeit umgehen müssen. Viele werden auch über zu wenige monetäre Mittel verfügen, um die neuen Angebote nutzen zu können.

Eine zunehmende Kommerzialisierung der Lebensbereiche birgt die Gefahr in sich, dass durch steigende Ungleichheit der soziale Kitt der Gesellschaft verloren geht und somit auch ein Gefahrenpotenzial für im Hinblick auf die Stabilität demokratischer Prozesse entsteht. „Die Demokratie verpflichtet uns zu viel mehr Solidarität und zu einem viel stärkeren wechselseitigen Engagement für das gemeinsame politische Unternehmen, als von den auf hierarchische Ordnung und Unterwerfung gegründeten Gesellschaften früherer Zeiten verlangt wurde“⁷¹, schreibt der kanadische Philosoph Charles Taylor. Doch warum noch solidarisch sein, wenn die Lebensqualität durch individuelle Konsummöglichkeiten immer unabhängiger von Umwelt-Faktoren wird? Mögliche Antworten auf diese Frage werden die Zukunft demokratischer Gesellschaften wesentlich mitprägen.

2.3. Handlungsoptionen

Reflexionsprozesse ermöglichen: Die oberste Handlungsmaxime im Hinblick auf künftige Entwicklungen ist und bleibt Achtsamkeit. Das Bild vom Menschen in unseren Köpfen lässt sich in den Werten, die wir leben wiederfinden. Wenn wir es verändern, ändern sich auch die Werte. Die Entscheidung, ob die jeweiligen Entwicklungen gut oder schlecht sind, kann uns niemand abnehmen. Die Zeit zur Reflexion dafür sollten wir uns nehmen, um uns nicht von der Geschwindigkeit der neuen Zeit überrollen zu lassen.

Freiräume für Kreativität schaffen: Gefahren liegen vielleicht weniger in der Kommerzialisierung von Lebensbereichen, als vielmehr in der daraus folgenden Beschränkung der menschlichen Fähigkeiten und Anlagen, sowie der menschlichen Freiheit, wie am Beispiel der Kommerzialisierung der Kindheit deutlich wird. Der Mensch braucht Freiheiten, um seine Kreativität leben zu können. Kreativität ist Zukunftskompetenz. Ein besonderes Augenmerk muss daher auf die Förderung von „Kreativitätsräumen“ gelegt werden.

Neue Formen der Arbeit erproben: Erwerbsarbeit passiert heute oft unter großem existentiellen Druck. Zukunft positiv zu gestalten heißt auch, diesen Druck zu min-

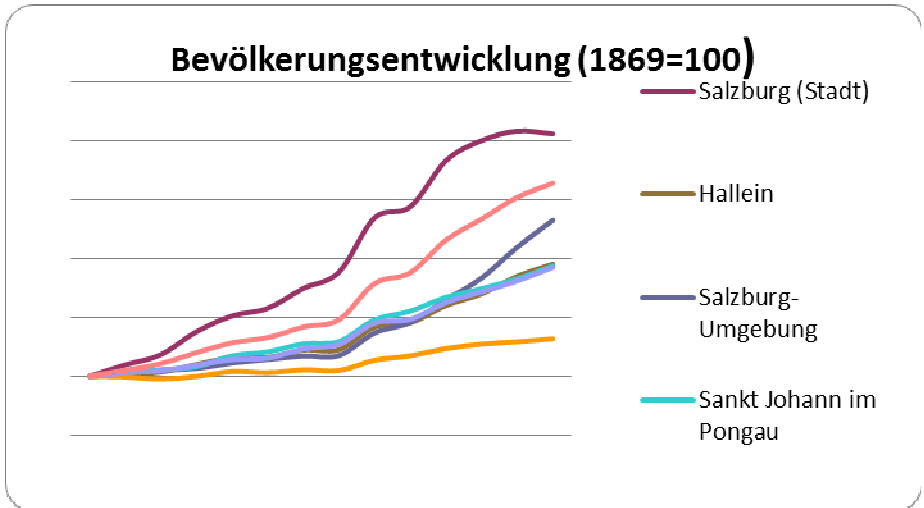
⁷¹ Taylor, Charles, Für einen neuen Säkularismus, in: Transit (39/2010), 5-28; hier: 15.

dern und dadurch neue Freiräume zu schaffen. Eine Neubewertung von (Erwerbs-)Arbeit und die Honorierung von Formen der Arbeit für das Gemeinwesen sind dringend erforderlich.

Dadurch entstehen ganz neue Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement. Menschen, die wissen, was sie gerne tun, können dieses Wissen auch gewinnbringend für die Gesellschaft einbringen.⁷²

Priorität der Benachteiligten: Die Kommerzialisierung der Lebensbereiche führt unweigerlich zu einer Ökonomisierung: Lebenskompetenz-Angebote unterliegen den Spielregeln des Marktes. Dabei kommt es zu einem neuen Ausschlussverfahren gegenüber von Armut betroffene Personengruppen. Im Sinne einer Sicherung von Lebenszufriedenheit und Lebensqualität müssen diese Personengruppen einen besonderen Schutz erfahren, um auch sozialpolitisch einer Zwei-Klassen-Gesellschaft entgegenzuwirken.

⁷² Vgl. die Theorie zum Sozialkapital: Eine Zusammenfassung: Deindl, Christian, Soziale Netzwerke und soziales Kapital. Einflüsse auf Lebenszufriedenheit und Vertrauen, Diskussionspapier der Arbeitsgruppe Arbeit, Generationen und Sozialstruktur der Universität Zürich, 2005. online: <http://www.suz.uzh.ch/ages/pages/PAGES-05.pdf>; 11.10.11.



Quelle: Statistik Austria⁷³

3. Regionale Disparitäten in Salzburg nehmen zu

(Autor: Lukas Lengauer)

Die Frage, wie sich räumliche Strukturen in der Zukunft entwickeln werden, ist hoch komplex, da diese von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Historisch waren es häufig technologische Entwicklungen, die die räumliche Organisation von Gesellschaften revolutioniert haben. Basisinnovationen wie die Eisenbahn, die Elektrizität und später das Automobil oder Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Art, wie wir leben und arbeiten, tiefgreifend ver-

⁷³http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/index.html (1.9.2011)

ändert. Mit der industriellen Revolution und der Nutzung fossiler Energieträger wurde es möglich, große energieintensive Produktionsstätten zu errichten, was Wanderungsbewegungen von ländlichen Regionen in die entstehenden Industriestädte auslöste. Technologische Entwicklungen sind immer in gesellschaftliche und politische Zusammenhänge eingebettet. Damit die Industrialisierung in England in Gang kommen konnte, bedurfte es nicht nur der Dampfmaschine, sondern wesentlich der Einhegungen von landwirtschaftlichem Grund und Boden durch den englischen Adel, die Bauern um ihr Land brachte und so ein riesiges Arbeitskräftereservoir schuf, das in die Städte strömte und das Industrieproletariat bildete. Seit der industriellen Revolution prägen Investitionsentscheidungen von privaten Unternehmen maßgeblich den sozialen Raum. Wo investiert wird, entstehen Arbeitsplätze und werden Gewinne erzielt, Steuern gezahlt und damit öffentliche Infrastrukturen ausgebaut. Wo nicht investiert wird, verfallen gewachsenen Strukturen.

In modernen Wohlfahrtsstaaten wird die räumliche Entwicklung nicht allein den Marktkräften überlassen. Ein Vielzahl von rechtlichen Bestimmungen greifen steuernd in das Marktgeschehen ein: die Flächenwidmung gibt vor, wo Produktionsstätten errichtet werden können, weist Schutz- und Wohngebiete aus. Finanzausgleichsregelungen sorgen dafür, dass Steuergelder aus wirtschaftsstarken Regionen in Peripherien fließen, damit auch dort Gemeindeämter, Schulen und Krankenhäuser finanziert werden können.

Im österreichischen Bundesstaat mit seinem föderalen System, geprägt von zwei Großparteien, wovon die eine ihre Hausmacht in den Städten, die andere am Land hat, hat sich ein ausbalanciertes System entwickelt, das ländliche Strukturen über Jahrzehnte zu konservieren versuchte. In den letzten Jahren wird dieser Konsens brüchig: es ist nicht mehr selbstverständlich, dass in jeder Kleingemeinde ein Postamt betrieben wird, dass die ÖBB Nebenbahnen unterhält. Die Ausdünnung des ländlichen Raums wird zwar routiniert beklagt, etwas dagegen zu unternehmen scheint jedoch keine politische Priorität zu sein. In diesem Beitrag vertreten wir die These, dass sich der Trend zu zunehmender Polarisierung zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen verschärfen wird, was im Wesentlichen auf drei Ursachenkomplexe zurückzuführen ist, die in der Folge erläutert werden.

Erstens verändert der europäische Binnenmarkt die Spielregeln. Unternehmen konkurrieren zunehmend international, und ballen sich, um ihre Wettbewerbsfä-

higkeit zu steigern, in städtischen Zentren. Dies führt wiederum zu zentripetalen Migrationsströmen. Zweitens scheint sich die Politik von ihrer ausgleichsorientierten Regionalpolitik schleichend zu verabschieden. Drittens, werden diese Entwicklungen von weiteren sozialen und technologischen Trends modifiziert, die der Tendenz nach ebenfalls weitere Urbanisierung erwarten lassen.

3.1. Konvergenz und Divergenz

Das Gefühl, der ländlichen Raum und die ländliche Lebensweise seien ständig in ihrer Existenz bedroht, ist ein allgegenwärtiger Topos in der österreichischen politischen Debatte. Innerhalb der Regionalökonomie, jenem Teil der Wirtschaftswissenschaften, der sich mit räumlichen Fragestellungen beschäftigt, werden die Entwicklungschancen peripherer Regionen keineswegs so einheitlich negativ gesehen. Es gibt vielmehr konkurrierende Positionen, die zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen über die langfristige Entwicklung wirtschaftsräumlicher Strukturen gelangen.

Die neoklassische Theorie der Regionalökonomie, die lange ziemlich uneingeschränkt dominierte, geht langfristig von einem Ausgleich von Entwicklungsunterschieden zwischen Zentren und Peripherien aus. Räumliche Disparitäten seien nur temporäre Phänomene, die nach einiger Zeit verschwinden, wenn die Marktkräfte ungestört wirken können⁷⁴. Warum sollte das so sein? Neoklassiker argumentieren mit einem einfachen Zwei-Regionen Modell, um die ausgleichende Wirkung des Marktes zu demonstrieren. Region A sei eine zentrale, wohlhabende Region, in der viele Unternehmen ansässig sind. Diese konkurrieren um eine begrenzte Anzahl von Arbeitskräften, was zu einem hohen Lohnniveau und entsprechend geringeren Profiten führt. Die periphere Region B sei durch eine geringe Zahl von Unternehmen und einen Überschuss an Arbeitskräften geprägt. Hier ist die Situation genau umgekehrt: Viele ArbeitnehmerInnen konkurrieren um Jobs, was das Lohnniveau drückt und den wenigen Unternehmen hohe Gewinne ermöglicht. Sind nun Kapital und Arbeitskräfte mobil, was in einem gemeinsamen Markt prinzipiell zutrifft, werden Unternehmen von Region A nach Region B wandern, um höhere Profite zu erzielen, also vom Zentrum in die Peripherie. Umgekehrt werden ArbeitnehmerInnen in der Hoffnung auf höhere Löhne von der Peripherie ins

⁷⁴ Maier, G./Tödting, F., Regional- und Stadtökonomik 2, Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Wien, New York: Springer, 2002.

Zentrum wandern. Diese gegensätzlichen Migrationsbewegungen werden, so die Neoklassiker, solange anhalten, bis ein Gleichgewicht erreicht ist und in beiden Regionen das gleiche Lohnniveau und die gleiche Kapitalverzinsung gegeben sind.⁷⁵

Ein grober Blick auf die Weltwirtschaft lässt diese Vorstellung als nicht unrealistisch erscheinen, haben doch Länder Ost- und Südasiens vom Kapitalzufluss aus den Industrieländern profitiert und einen stetigen Wohlstandszuwachs erfahren. Das Beispiel Afrika wiederum zeigt, dass Ausgleichsprozesse nicht das einzig mögliche Ergebnis wirtschaftlicher Integration sind, sondern es auch zum Auseinanderdriften von Zentren und Peripherien kommen kann. Auch innerstaatlich – und und hier sind wir beim eigentlichen Thema des Beitrags, den Ungleichgewichten zwischen Stadt – Land – sind derart reibungslose Ausgleichsprozesse kaum zu beobachten.

Die Polarisierungstheorie⁷⁶ vertritt die Gegenposition zur Neoklassik. Sie geht davon aus, dass entfesselte Marktkräfte keineswegs zum Ausgleich bestehender Entwicklungsunterschiede führen, sondern diese noch verstärken. Nur durch gezielte politische Intervention könne räumliche Polarisierung verhindert werden. Gunnar Myrdal argumentiert mit dem Konzept der kumulativ-zirkulären Verursachung und zeigt an einem suggestiven Beispiel, warum seiner Meinung nach räumliche Divergenz die Regel und nicht die Ausnahme darstellt. Stellen wir uns eine periphere Region vor, in der ein großer Teil der Bevölkerung in einem Betrieb arbeitet. Schließt dieser Betrieb, werden die Beschäftigten arbeitslos. Dies führt zu einem Nachfragerückgang, da die Arbeitslosen weniger ausgeben können, was sich unmittelbar auf die lokale Wirtschaft, z. B. Geschäfte, Gasthäuser auswirkt. Diese Betriebe werden in der Folge ebenfalls MitarbeiterInnen entlassen, was die lokale Nachfrage weiter schwächt. Einige der Arbeitslosen werden die Region verlassen – die lokale Nachfrage sinkt weiter. Die wirtschaftliche Krise hat die Region erfasst, was zu sinkenden Steuereinnahmen führt, wodurch wiederum die

⁷⁵ Da in der EU freier Kapital- und Personenverkehr herrschen, beschränken wir uns hier auf eine Darstellung von Ausgleichsprozessen bei Faktomobilität. Die neoklassische Handelstheorie argumentiert, dass Ausgleichsbewegungen auch einzig durch Handel und Spezialisierung erreicht werden können, selbst wenn keine Faktormobilität besteht, also Kapital und Arbeitskräfte immobil sind.

⁷⁶ Hirschman, A., *The Strategy of Economic Development*, New Haven: Yale University Press, 1958; Myrdal, G., *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Frankfurt am Main: Fischer, 1974.

öffentliche und soziale Infrastruktur unter Druck gerät und zu verfallen droht. Das Image der Region verfällt und immer mehr Junge und gut ausgebildete BewohnerInnen suchen ihr Glück woanders. Zurück bleibt eine erschöpfte Region ohne Entwicklungsperspektiven. Mag dieses Beispiel auch überzeichnet erscheinen, so beschreibt es die Entwicklung vieler alter Industriegebiete in Europa und Nordamerika sehr treffend, z. B. den Verfall Detroits, des Ruhrgebiets und des Saarlands oder der Mur-Mürz-Furche. Auch das österreichische Grenzgebiet, das Mühlviertel und das Waldviertel und einige inneralpine Regionen, etwa der Lungau, sind von derartigen Tendenzen betroffen.

3.2. Warum kommt es nicht zum Ausgleich?

Warum werden Unternehmen aber nicht ab einem gewissen Zeitpunkt vom niedrigeren Lohnniveau in den Peripherien angezogen und kehren den Städten den Rücken? Was macht den Vorteil der Agglomerationen aus, wo die Löhne hoch und die Grundstücke teuer sind?

Der Ökonom Paul Krugman⁷⁷ gilt als Begründer der New Economic Geography, die zeigt, dass es für streng nutzenmaximierende Unternehmen rational ist, in teure Ballungsräume zu ziehen, statt in günstigere periphere Lagen. Das liegt daran, dass in Agglomerationen positive externe Effekte entstehen, die den Nachteil hoher Faktorkosten überkompensieren. Durch die Ballung von Unternehmen und Arbeitskräften entsteht ein differenzierter Arbeitsmarkt, auf dem vielfältige Fähigkeiten verfügbar sind. Arbeitskräfte haben die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Arbeitgebern zu wählen, nehmen ihr Wissen mit und sorgen so für die Verbreitung von Know how. Dieses implizite Wissen der Arbeitskräfte ist wenig mobil, da sich die Arbeitsplatzsuche in der Regel auf eine relativ eng begrenzte Region beschränkt. Weitere Vorteile der Ballung liegen in der dynamisierenden Wirkung des Wettbewerbs, der in Agglomerationen ausgeprägter ist als in dünn besiedelten Gebieten. Michael Porter⁷⁸, zentraler Vertreter der Clustertheorie, betont speziell diesen Wettbewerbsaspekt, der Unternehmen in Agglomerationen dazu zwingt, ständig zu innovieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Es ist jedoch nicht nur die Konkurrenz, die urbane Ökonomien leistungsfähiger

⁷⁷ Krugman, P., *Development, Geography and Economic Theory*, Cambridge, London: MIT Press, 1995.

⁷⁸ Porter, M., *The Competitive Advantage of Nations*, New York: The Free Press, 1990.

macht. Agglomerationen ermöglichen außerdem kooperatives Verhalten. Aufgrund der vielfältigen Wirtschaftsstruktur von Städten finden hier Produzenten und Kunden leichter zusammen und gerade der enge Austausch zwischen diesen erweist sich als innovationsfördernd. Selbiges gilt für den Austausch mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die sich vor allem in Städten finden.

Diese Agglomerationsvorteile sind wichtige Variablen, die zur Erklärung der räumlich Ballung von Wirtschaftsaktivitäten im Kapitalismus beitragen. Politökonomische Ansätze betonen darüber hinaus die Bedeutung von Interessenspolitik, die räumliche Entwicklung auf elementare Weise prägt (vgl. Maier und Tödtling 2002). So seien es nicht rein ökonomische Gesetze, die ein bestimmtes räumliches Muster hervorbringen, räumliche Konfigurationen seien vielmehr Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, unterschiedlichen Kapitalfraktionen und anderen gesellschaftlichen Akteuren, dem Staat, NGOs und sozialen Bewegungen. Dass diese Auseinandersetzung eine wichtige Rolle spielen, wird etwa am Beispiel des Gebietsschutzes deutlich. Ein bestimmtes politisches Kräfteverhältnis hat – bleiben wir in Österreich – etwa den Bau des Kernkraftwerks Zwentendorf verhindert, oder die Salzburger Grünraumdeklaration ermöglicht. Aus politökonomischer Sicht ist damit auch die Frage, ob es zu räumlicher Ballung oder zum Ausgleich kommt, eine Frage von politischen Kräfteverhältnissen; die räumliche Entwicklung folgt demnach nicht einem linearen Trend, getrieben durch sich entfaltende Marktkräfte, sondern ist prinzipiell gestaltbar.

3.3. Stadt-Land Disparitäten im Bundesland Salzburg

Wie hat sich das Verhältnis zwischen den zentralen Landesteilen und den Gebirgs- gauen im Bundesland Salzburg in den letzten Jahrzehnten entwickelt und welche Schlüssen können für die Zukunft gezogen werden?

Die Bevölkerung im Bundesland Salzburg hat seit Beginn der Volkszählungen im Jahr 1869 stark zugenommen. Das Bevölkerungswachstum ist jedoch räumlich sehr ungleich verteilt. Während sich die Einwohnerzahl Salzburgs in dieser Periode mehr als verfünffacht hat, wuchs sie im Lungau (Bezirk Tamsweg) lediglich um 64%. Die Wachstumsdynamik in der Stadt Salzburg war zwischen 1939 und 1971 am stärksten, seitdem aber stagniert die Bevölkerung der Landeshauptstadt. Dieser Umstand sollte jedoch nicht als ein Nachlassen der Attraktivität der Stadt

missverstanden werden, sind es doch die unmittelbar an die Hauptstadt angrenzenden Bezirke, deren Bevölkerung seit den 1970er am stärksten zunimmt. Grenz man die Stadtregion etwas weiter ab und definiert die Stadt Salzburg und den Bezirk Salzburg und Umgebung als den Agglomerationsraum, dann wird deutlich, dass dieser ununterbrochen das stärkste Bevölkerungswachstum verzeichnet⁷⁹.

Die absolute Bevölkerungsveränderung ist bereits ein erster Hinweis auf die Attraktivität der urbanen und suburbanen Raumes und der vergleichsweise geringen Dynamik in den Gebirgsgauen. Sie zeigt jedoch nicht, dass das starke Bevölkerungswachstum im Zentralraum überwiegend durch Zuwanderung (Binnenwanderung und internationale Migration) zu erklären ist, während vor allem der Lungau von einer starken Abwanderung betroffen ist. Die Migrationsforschung hat gezeigt, dass Migrationsverhalten sozial differenziert ist. Tendenziell wandern mehr Junge als Alte, mehr besser ausgebildete als niedrigqualifizierte Menschen. Diese selektiven Wanderungsprozesse stärken in der Tendenz die städtischen Zuwanderungsgebiete, während die Entwicklungspotenziale peripherer Regionen geschwächt werden.

3.4. Das Auseinanderdriften wird sich beschleunigen

Wie wir gesehen haben, ist das stärkere Bevölkerungswachstum im Zentralraum keine neue Entwicklung, sondern ein lange andauernder Prozess, gekennzeichnet durch Phasen stärkerer und schwächerer Intensität. Durch die Veränderung verschiedener Rahmenbedingungen erscheint es als wahrscheinlich, dass diese räumlich ungleiche, zentripetale Entwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten erneut an Dynamik gewinnen wird.

Europäische Integration

Durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes hat sich der kleine österreichische Markt internationalisiert, wodurch auch die Absatzmärkte und der Arbeitsmarkt für Salzburger Firmen gewachsen sind. Aufgrund der zuvor diskutier-

⁷⁹ Aufgrund der schwierigen Datenlage beschränken wir uns in diesem Text auf eine stark vereinfachte Abgrenzung des Agglomerationsraums. Eine Abgrenzung der Agglomeration nach funktionalen Kriterien wie der Größe des lokalen Arbeitsmarkts bzw. der Pendelverflechtungen würde weitere Salzburger und bayrische Gemeinden umfassen und die Dominanz des Zentralraums noch stärker unterstreichen.

ten positiven externen Effekte in Städten (Agglomerationsvorteile) ist es wahrscheinlich, dass ein größeres Hinterland, Investitionen und damit das Wachstum von etablierten Zentren begünstigt. Große Binnenmärkte bringen große Städte hervor: Wien hatte zu Zeiten der Donaumonarchie über zwei Millionen Einwohner, schrumpfte bis in die 1990er-Jahre auf gut 1,5 Millionen und verzeichnet seit EU Integration und Osterweiterung eine starke Wachstumsphase. Ähnliches ist für den Agglomerationsraum Salzburg zu erwarten, dessen starke lokale Ökonomie eine Sogwirkung auf die Gebirgsgaue und Teile des angrenzenden Oberösterreichs und Bayern entwickelt.

Wissensökonomie

Der ökonomische Strukturwandel der letzten Jahrzehnte deutet ebenfalls auf eine wachsende Bedeutung der Städte hin. Nach dem zweiten Weltkrieg durchlief Österreich eine Phase nachholender Industrialisierung, die das Land an das Entwicklungsniveau anderer westlicher Industrieländer heranführte. Die Unternehmen setzten auf etablierte Technologien, die adaptiert und verbessert wurden. Die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen waren im Vergleich zur gegenwärtigen Situation gering, weshalb Industriebetriebe relativ problemlos arbeitsintensive Fertigungsschritte in nationale Peripherien mit niedrigem Lohnniveau verlagern konnten. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und dem Eintritt neuer Konkurrenten in den Weltmarkt in den 1970er-Jahren relativierten sich Österreichs Vorteile in mittleren Technologiesegmenen. Seit damals versuchen Industrieländer den Sprung zu einem stärker wissens- und innovationsgetriebenen Wachstumsmodell mit höherem Dienstleistungsanteil zu schaffen. Voraussetzung dafür sind wachsende Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sowohl des Staates als auch der Unternehmen, Kooperationen zwischen Betrieben und Forschungseinrichtungen, ein höheres Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und Firmengründungen in zukunftssträchtigen Technologiebranchen. Wie sich unschwer erkennen lässt, sind Städte mit ihren Universitäten und Bildungseinrichtungen dafür in einer besseren Ausgangsposition als periphere Regionen. Umso mehr als sich gezeigt hat, dass Kooperation auf face-to-face-Kontakt und damit räumlicher Nähe beruht.

Clusterpolitik statt ausgleichsorientierter Regionalpolitik

Die Einsicht, dass Wachstumsimpulse und ökonomischer Strukturwandel von urbanen Zentren ausgehen, hat zu einem Umdenken in der Regionalpolitik geführt. Stand bis in die 1970er-Jahre der Ausgleichsgedanke im Vordergrund, so wurde seit damals verstärkt nach der Effizienz regionalpolitischer Interventionen gefragt. Bringt Wirtschaftsförderung in peripheren Regionen nicht nur vor Ort Vorteile, sondern auch gesamtwirtschaftlich? Oder ist es aus Sicht des Staates nicht sinnvoller, dort zu investieren, wo die Voraussetzungen gut sind, selbst wenn zentrale und periphere Regionen auseinanderdriften? Mit der Hinwendung zu Clusterpolitik wird seit den 1990er-Jahren sukzessive ein Wandel vollzogen. Es gilt die „Starken zu stärken“, also jene Regionen und Unternehmen, von denen erwartet wird, dass sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dies sind vor allem Städte und etablierte Industrieregionen. Selbstverständlich fließt nach wie vor viel Geld in ausgleichsorientierte Maßnahmen, etwa über die Instrumente der EU-Agrarpolitik und der Regionalpolitik, denen jedoch hohe zentripetale Geldflüsse gegenübersehen, z. B. die Ausgaben für Universitäten und Bildungseinrichtungen oder die Technologieförderung. Gerade letztere zählen zu den wenigen Ausgabenbereichen, die auch in Zeiten knapper Budgets hohe Steigerungsraten aufweisen.

Steigende Mobilitätskosten

Die Phase der fordistischen Expansion ging mit der massenhaften Verbreitung des Autos einher. Die gestiegene Mobilität ermöglichte es, dass längere Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort zurückgelegt werden konnten. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur: viele Kernstädte schrumpften, während sich der suburbane Speckgürtel immer weiter ausbreitete. Diese „urban sprawl“ wird aufgrund des tendenziell steigenden Ölpreises und den damit einhergehenden erhöhten Mobilitätskosten an Dynamik verlieren. Dichte Siedlungsformen werden dagegen an Attraktivität gewinnen.

Demografischer Wandel

Bislang waren es vor allem junge Familien, die aus den Städten aufs Land ziehen. Mit sinkenden Kinderzahlen schrumpft das Potenzial an abwanderungswilligen StädterInnen. Für ältere Menschen bieten Städte zahlreiche Vorteile, vor allem im

Bereich der Gesundheitsversorgung. Daher ist sogar mit einer Rückwanderung älterer Menschen aus suburbanen Gebieten in die Städte zu rechnen. Betrachtet man die internationale Migration, sind ebenfalls städtische Zentren die bevorzugten Zielgebiete.

3.5. Schlussfolgerungen

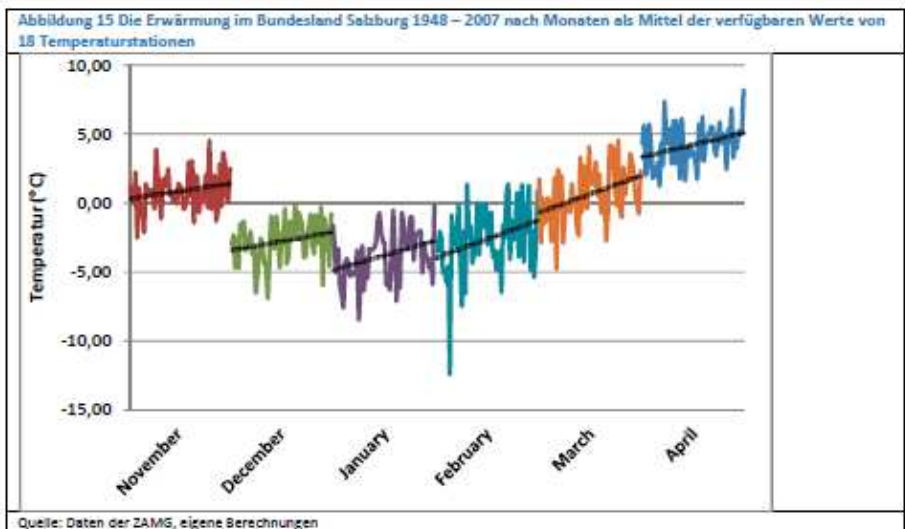
Obwohl Vorhersagen räumlicher Entwicklungen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind, überwiegen die Hinweise, die eine stärker polarisierte Raumstruktur mit wachsenden Städten und stagnierenden Peripherien in Europa erwarten lassen. Dies trifft auch auf das Bundesland Salzburg zu. Wenn sich die gegenwärtigen soziökonomischen Trends fortsetzen, wird es zu einer weiteren Konzentration der Bevölkerung und von Arbeitsplätzen in Salzburg und Umgebung kommen, während die Gebirgsgaue und hier vor allem der Lungau, ökonomisch zurückfallen werden, da sie erhebliche Standortnachteile im Bereich neuer, wissensintensiver Branchen aufweisen.

Die skizzierte Entwicklung ist nicht unvermeidlich. Klassische ausgleichsorientierte Regionalpolitik und räumliche Umverteilung über Finanzausgleichsregelungen können zentripetale Trends erheblich abmildern, wenn auch nicht stoppen. Das haben Jahrzehnte der ausgleichsorientierten Regionalpolitik bewiesen, allerdings vor dem Hintergrund geschützter Binnenmärkte. Durch Etablierung zunehmend globalisierter Märkte wurde ausgleichsorientierte Regionalpolitik deutlich erschwert, da größerer Binnenmärkte stärkere zentripetale Kräfte entfalten. Zudem gerät das Ziel eines Ausgleichs im nationalen Territorium in Österreich wie auch in vielen anderen Industriestaaten gegenüber der Schaffung von international wettbewerbsfähigen Wachstumspolen in den Hintergrund.

Ob das skizzierte Szenario als bedrohlich oder wünschenswert betrachtet werden sollte, ist keine analytische, sondern eine normative Frage. In Österreich ist die Vorstellung wachsender Städte und eines ausgedünnten ländlichen Raumes überwiegend negativ konnotiert. Romantische Vorstellungen vom Landleben und speziell vom Leben in den Alpen sind tief im kollektiven Bewusstsein verankert. Die Politik setzt lediglich auf die teure Abschwächung und Verzögerung zentripetaler Trends und nährt die Illusion, den ländlichen Raum ohne noch massiveren Kapitaltransfer stabilisieren zu können. Offen eine Politik des Städtewachstums

und des kontrollierten Schrumpfens ländlicher Peripherien zu verfolgen, scheint derzeit politisch zu riskant zu sein.

Eine solche Politik könnte der Bevölkerung durchaus Vorteile bringen, da Städte bessere Bildungschancen und Karrieremöglichkeiten eröffnen. Umgekehrt könnte sich der Nutzungsdruck in den Peripherien im Bereich von Landwirtschaft und Tourismus verringern. Der ländliche Raum als Kulturraum würde dadurch aber unweigerlich geschwächt. Ohne in dieser diffizilen Frage Stellung beziehen zu wollen, scheint es uns hoch an der Zeit, diese Debatte endlich offen zu führen und die unterschiedlichen Optionen abzuwiegen. Räumliche Strukturen sind politisch gestaltbar, wobei unterschiedliche Zielvorstellungen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Kosten erreicht werden können.



Quelle: Suklitsch, M. et al., Klimaschutz Salzburg..., S. 32.

4. Klimawandel in Salzburg

(Autor: Erich Mild)

4.1 Klimaerwärmung international und regional⁸⁰

Es besteht in Wissenschaftlerkreisen kein begründeter Zweifel, dass weltweit eine Klimaerwärmung im Gange ist, welche hauptsächlich durch von Menschen verursachte Emissionen von Treibhausgasen verursacht wird. Die weltweite Durchschnittstemperatur ist seit 1880 um ca. 1 Grad gestiegen und der Anstieg geht weiter.⁸¹ Ungeachtet der Komplexität des Themas und großer Bandbreiten der

⁸⁰ Besonderen Dank an Dr. Gunter Sperka für seine Hinweise.

⁸¹ Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 103: 14288-14293, siehe <http://www.pnas.org/content/103/39/14288.full>. Subjektiv bewusst ist dieser Prozess vielen Angehörigen der mittleren und älteren Generation durch persönliche Erinnerungen und Erlebnisse. Einer der Autoren war z. B. gewohnt, vor ca. 40 Jahren in seiner Kindheit vom Hahnbaum, dem St. Johanner Hausberg, mit den Schiern auf schneebedeckten Nebenstraßen bis in den Untermarkt (600 m Seehöhe) nach Hause zu fahren. Das ist schon seit vielen Jahren undenkbar geworden.

Szenarien, was die Schnelligkeit der Erwärmung betrifft, ist der grundsätzliche Trend durch eine Fülle von Daten abgesichert.⁸² Trotz inzwischen jahrzehntelanger politischer Bekenntnisse, diesen Trend zu bremsen bzw. umzukehren, weisen folgende Faktoren sogar auf eine weitere Fortsetzung, ja sogar eine Beschleunigung der Erwärmung hin:

Erstens wird ein weiterer starker Anstieg des Energieverbrauchs prognostiziert, der mehrheitlich durch die Verbrennung fossiler Energien gedeckt werden soll: die IEA geht für den Zeitraum 2008-2035 von einer weltweiten Steigerung des Energieverbrauchs um 36% aus.⁸³ Zweitens gibt es bisher bei den internationalen Bemühungen zur Begrenzung der Emissionen von Treibhausgasen kaum Erfolge. 2010 stiegen diese weltweit sogar um 5,8% an.⁸⁴

Drittens weist das Klimasystem der Erde eine große Trägheit auf, was bedeutet, dass allein die bereits ausgestoßenen Treibhausgase eine noch viele Jahrzehnte andauernde Erwärmung bewirken.⁸⁵

a) Klimaveränderungen im Alpenraum

Salzburg wird bis zum Jahr 2030 in steigendem Ausmaß mit den Folgen der zu erwartenden Klimaerwärmung konfrontiert sein. Durch die Lage in den Ostalpen ist unser Bundesland von dieser Entwicklung besonders betroffen, da im Alpenraum die Temperaturen 1,5 bis 2 mal so schnell steigen wie im weltweiten Durchschnitt. Messungen ergeben hier einen Anstieg der Temperaturen seit Ende des 19. Jahrhunderts um 1,8 Grad (0,8 Grad weltweit).⁸⁶ Bereits die derzeit beobachtbare Klimaänderung verursacht wesentliche Veränderungen im Alpenraum, der bekannteste Aspekt ist der Rückgang der Gletscher. Die wichtigsten globalen Klimamodelle lassen auch für die nächsten Jahrzehnte in den Alpen größere Temperaturanstiege als im weltweiten Mittel erwarten. Davon ist der Winter noch stärker betroffen als der Sommer.⁸⁷

⁸² Zu den Argumenten der sogenannten Klimaskeptiker siehe Kromp-Kolb, H./Formayer, H., Schwarzbuch Klimawandel, Salzburg: ecowin, 2005, S. 113-121.

⁸³ Siehe IEA, World Energy Outlook 2010 Factsheet, Seite 1.

⁸⁴ Siehe Stricker, M., Australien führt CO₂-Steuer ein, in: SN, 09.11.2011, S. 5.

⁸⁵ Das Ziel der Einschränkung der Erwärmung auf maximal 2 Grad im Vergleich zum Ende des 19. Jahrhunderts wird damit immer unwahrscheinlicher, was die Gefahr des Überschreitens von Kipp-Punkten erhöht, welche unvorhersehbare und unkontrollierbare Effekte haben. Dazu siehe Mäder, C., Kipp-Punkte im Klimasystem. Umweltbundesamt, Dessau, Juli 2008.

⁸⁶ Vgl. Kromp-Kolb, H./Formayer, H., Schwarzbuch Klimawandel, Salzburg: ecowin, 2005, 41-47.

⁸⁷ Ebda, S. 46 f. und S. 99-111.

b) Regionale Klimamodelle für das Bundesland Salzburg

Um für kleine Regionen wie das Bundesland Salzburg differenziertere Aussagen über zu erwartende Entwicklungen treffen zu können, ist die Regionalisierung und höhere räumliche Auflösung von Klimaszenarien notwendig. Hier liegen aus jüngerer Zeit zwei Studien vor, welche, obwohl von verschiedenen methodischen Ansätzen ausgehend, zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Das Grazer Wegener Zentrum legte im November 2007 ein regionales Klimaszenario für Salzburg vor, welches auf den Tagesmittelwerten der Temperatur und auf Tagessummen des Niederschlags beruht.⁸⁸ Beschrieben werden die zu erwartenden Veränderungen zwischen 1981-1990 und 2041-2050, wobei der Gitteraster in einer Feinheit von 10 x 10 km vorliegt (globale Modelle arbeiten mit Gitterastern von 100 – 200 km). Während die Temperaturänderungen als Mittelwert für das gesamte Bundesland gelten können, sind die Unterschiede der Niederschlagsmengen so groß, dass unterschiedliche Aussagen für einzelne Subregionen sinnvoll sind. Bei den Temperaturen beträgt die Zunahme der mittleren Temperatur im Land Salzburg zwischen 2,0 Grad im Winter und 2,8 Grad im Herbst, in den Hochgebirgsregionen bis zu 3,0 Grad im Sommer.⁸⁹

Ganz wesentliche Auswirkungen auf viele Lebensumstände haben das Ausmaß und die Intensität der Niederschläge. Im Winter weisen die Szenarien im ganzen Bundesland auf eine Zunahme der Niederschläge bei gleichzeitig längeren Trockenperioden hin, was eine Zunahme von Starkregenereignissen bedeutet. Im Frühling wird keine signifikante Änderung der Niederschlagsmengen und -intensitäten erwartet. Im Sommer und noch verstärkt im Herbst wird es zu einer Abnahme der mittleren Niederschlagsmengen und zu einer Verlängerung der Trockenperioden kommen.⁹⁰

⁸⁸ Suklitsch, M. et al., Klimaschutz Salzburg: Ein regionales Klimaszenario für das Bundesland Salzburg, Ergebnisse, Graz: Wegener Zentrum für Klima und globalen Wandel, November 2007

⁸⁹ Ebda., S. 8 f.

⁹⁰ Ebda., S. 9-13.

Eine zweite Studie wurde im Auftrag der Salzburger Grünen von der TU Wien im Mai 2008 fertiggestellt.⁹¹ Diese basiert auf den Auswertungen von 18 Klimastationen im ganzen Bundesland, welche Tageswerte für sechs verschiedene Klimaparameter lieferten. Ausgehend von diesen Daten wurden Vorhersagen für das Erreichen von 2 Grad Erwärmung im Vergleich zur Referenzperiode 1970-2000 getroffen. Im Falle eines linearen Anstiegs der Temperaturen würde dieser Anstieg im Zeitraum 2055-2075 erreicht. Wahrscheinlicher ist jedoch aufgrund der steigenden Treibhausgaskonzentrationen eine beschleunigte Entwicklung, sodass die 2 Grad-Erwärmung bereits in den Jahren 2025-2030 erreicht werden könnte.⁹² Die Auswirkungen auf die zeitliche Länge und die Dicke der Schneedecken können bildlich so zusammengefasst werden, dass die im Referenzzeitraum in 1.100 Meter Seehöhe gewohnte Situation dann in einer Höhe von 1.600 Metern vorzufinden wäre.⁹³

4.2 Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Natur

Eine stichwortartige Aufzählung der Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Natur verdeutlicht die Bandbreite der zu erwartenden Entwicklungen.

Rückgang der Gletscher

Bereits heute sind z. B. die Gletscher rund um den Sonnblick auf rund ein Viertel des Höchststandes von 1850 geschrumpft.⁹⁴

Auftauen des Permafrosts

Durch die erhöhten Temperaturen kommt es zum Auftauen des Permafrosts, damit verbunden ist eine erhöhte Felssturz- und Murengefahr. Im Obersulzbachtal im Pinzgau geriet ein ganzer Hang ins Rutschen und verschüttete die Zufahrt zur Postalm. Die Straße musste unter hohen Kosten auf die gegenüberliegende

⁹¹ Breinling, M./Charamza, P./Feilmayr, W., Klimasensibilität des Salzburger Wintertourismus nach Bezirken. Die Bedeutung eines Klimawandels und Strategien der Anpassung, Wien: Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen, TU Wien, E-260L, Mai 2007.

⁹² Ebda., Kurzfassung, S. 4.

⁹³ Ebda., Kurzfassung, S. 10.

⁹⁴ Vgl. Sonnenstrahlung setzt Gletschern zu, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2011, S. 21.

Talseite verlegt werden.⁹⁵ Murenabgänge bilden auch ein Gefahrenpotenzial für Speicherkraftwerke.⁹⁶

Verringerung der Schneedecke

Die Dauer und die Dichte der Schneedecke sinkt besonders in Tal- und mittleren Höhenlagen, was vor allem die Randmonate des Winters betrifft. Bei einem Temperaturanstieg von 1 Grad gegenüber 2007 würden nur mehr 75% der heute bestehenden Schigebiete in den Alpen als natürlich schneesicher gelten, bei einem Anstieg um 2 Grad wären es noch 61%.⁹⁷

Zunahme von Wetter-Extremereignissen

Die Häufigkeit und Intensität von Hitze- bzw. Trockenperioden sowie von Starkregen steigt. Der heiße Sommer 2003 führte im August europaweit zu einer Erhöhung der Sterberaten.⁹⁸

Verstärkte Stressphänomene der Vegetation/Artensterben

Durch den beispiellos schnellen Anstieg der Temperaturen geraten eine Vielzahl von heimischen Pflanzen und Tieren in einen ihren Lebensraum betreffenden Anpassungsdruck, dem sie nicht oder nur teilweise gewachsen sind (die Möglichkeit, im alpinen Raum nach oben auszuweichen, ist begrenzt). Ein Schweizer Forschungsprojekt ergibt, dass bereits ein Drittel aller Vogelarten in den Alpen in höhere Gebiete gezogen ist.⁹⁹ Allerdings deutet eine Untersuchung darauf hin, dass Pflanzen Anpassungsleistungen an höhere Temperaturen schneller als bisher vermutet erbringen könnten.¹⁰⁰

Vermehrtes Auftreten von Neophyten

Es kommt zur Einwanderung von bisher nicht heimischen Pflanzen aus wärmeren

⁹⁵ Vgl. Eine Familie kämpft mit dem Klimawandel, in: Salzburger Nachrichten, 11.07.2011, S. 19. Die markante Erfahrung der Klimaerwärmung hat die Pächter der Postalm, Ernst und Trudi Pichler, zu Ökopianieren werden lassen.

⁹⁶ Vgl. Folgen der Klimaerwärmung: Stresstest für die Wasserkraft, in: Salzburger Fenster 26/2011, 20.07.2011, S. 1, 4-5.

⁹⁷ Vgl. CIPRA International (Hg), Tourismus im Klimawandel, COMPACT Nr. 08/2011, S. 6.

⁹⁸ Kromp-Kolb, H., Bedingt der Klimawandel Katastrophen? In: *Wissenschaft & Umwelt 2006* – INTERDISZIPLINÄR Nr. 10, S. 79-88, hier S. 82.

⁹⁹ Siehe Klimawandel bedroht Alpenvögel, in: Salzburger Nachrichten, 12.09.2011, S. 22.

¹⁰⁰ Indizien dafür liefert eine im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlichte Studie. Vgl. Gene an Klimawandel angepasst, in: Salzburger Nachrichten, 07.10.2011, S. 11.

Gebieten, welche verstärkt in Salzburg geeignete Lebensbedingungen vorfinden. Darunter sind Schädlinge und krankheitsverursachende Arten, wie z. B. das stark allergene Ambrosia-Traubenkraut. Oft fehlen diesen Arten natürliche Feinde, was die Ausbreitung begünstigt. Altbekannte Schädlinge können plötzlich an Relevanz gewinnen.¹⁰¹

Veränderung der Zusammensetzung der Wälder

Rund 52% der Salzburger Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Die heimischen Wälder sind für den Schutz natürlicher Ressourcen (Wasser und Boden) und für die Aufrechterhaltung der Biodiversität von großer Bedeutung. Durch höhere Temperaturen und längere Trockenperioden werden die heimischen Baumarten verschieden stark von Stresssymptomen betroffen.¹⁰² Die am häufigsten vorkommende Fichte ist gegenüber Hitze und Trockenheit besonders empfindlich und vor allem in Monokulturen gegen Windwurf anfällig.

Veränderung der Gewässer

Durch die Erwärmung der Flüsse und Seen schrumpfen Lebensräume für heimische Fischarten, vor allem für Kaltwasserfische. Bereits akut gefährdet sind u. a. Äsche, Huchen und Bachforelle.

Im Sommer wird es zu einer Abnahme der Gletscherabflüsse und einer Zunahme von Hochwasserereignissen kommen. Diese stärkere Dynamik der Gewässer trägt zur Bedrohung der Artenvielfalt an und in den Gewässern bei.¹⁰³

4.3 Folgen für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Haushalte

Die Folgen der Klimaerwärmung haben eine mehrfache gesellschaftliche Bedeutung. Erstens stellen sie für Teile der Bevölkerung ein Gesundheits-, Sicherheits- und soziales Risiko dar. Zweitens ist die Wirtschaftskraft des Landes sehr stark mit der Nutzung der natürlichen Landschaft verknüpft. Drittens werden die öffentli-

¹⁰¹ Siehe z. B. das Forschungsprojekt Schädlinge und Klimawandel. Details unter www.bioforschung.at/Projektinfos.317.0.html.

¹⁰² Nähere Informationen dazu siehe www.wabo.boku.ac.at/wald-klimawandel.html.

¹⁰³ Siehe Niedermair, M. et al., Klimawandel und Artenvielfalt. Wie klimafit sind Österreichs Wälder, Flüsse und Alpenlandschaften? Auftraggeber Österreichische Bundesforste AG, o. O., o. J. (2007), S. 13 f.

chen Haushalte verstärkt durch die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen bzw. für Zahlungen zur Schadensbeseitigung beansprucht werden.

Folgen für die Bevölkerung

Gesundheit: Die Zunahme von Extremwetterereignissen und der Zuzug von Tier- und Pflanzenarten, welche Krankheiten verursachen können, werden eine zusätzliche Belastung für Kinder, ältere sowie gesundheitlich geschwächte Personen darstellen.

Sicherheit: Die Bewohner von Gebieten in exponierten Lagen (an Gewässern, in Gebirgstälern) werden verstärkt mit Hochwässern, Murenabgängen und Steinschlägen konfrontiert sein.

Soziale Absicherung: Finanzielle Belastungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in verschiedenen Bereichen denkbar. Zum Beispiel als Betroffene von extremen Wetterereignissen (Dürren, Überschwemmungen, Murenabgängen) oder im Falle von Arbeitslosigkeit oder Insolvenz bei eventuellen Rückgängen im Wintertourismus.

Folgen für die Wirtschaft

Am meisten wird der für Salzburg wirtschaftlich sehr bedeutende *Tourismus* vom Klimawandel betroffen sein. Salzburg verzeichnet im tendenziell an Bedeutung noch zunehmenden Wintertourismus pro Saison bei ca. 200.000 Gästebetten ca. 14 Mio. Nächtigungen, in der Sommersaison bei ca. 190.000 Gästebetten ca. 10 Mio. Nächtigungen.¹⁰⁴ Besonders die drei Bezirke „Innergebirg“ (Pongau, Pinzgau und Lungau), welche drei Viertel der Landesfläche ausmachen und in denen ein Drittel der rund 550.000 Einwohner lebt, sind stark vom Wintertourismus abhängig. Im Winter 2006/07 betragen die direkten Einnahmen durch den Wintertourismus im Pongau 26%, im Pinzgau 23% und im Lungau 13% (im übrigen Salzburg nur 2%). Allein durch den Wintertourismus wird rund ein Zehntel des Bruttoregionalprodukts Salzburgs erwirtschaftet.¹⁰⁵

Den größten Anteil am Wintertourismus hat der Skisport und damit verwandte Aktivitäten. Das Vorhandensein einer geschlossenen Schneedecke ist dabei enorm

¹⁰⁴ Siehe WKO, *Tourismus in Zahlen. Österreichische und internationale Tourismus- und Wirtschaftsdaten*, 47. Ausgabe, Wien April 2011, S. 24 und 39.

¹⁰⁵ Siehe Breiling et al., Kurzfassung S. 11.

wichtig. So ist für 72% der österreichischen Winterurlauber ein Ski-/Schneurlaub das meist genannte Reisemotiv. Mit 97% ist die Schneesicherheit für die Wahl eines Schigebietes das mit Abstand wichtigste Kriterium.¹⁰⁶ Umgekehrt würden bei einer Abfolge von mehreren schneearmen Wintern 51% der Ski-/Schneurlauber das Skifahren reduzieren, 10% sogar mit dem Skifahren aufhören.¹⁰⁷

Mit dem Anstieg der Klimaerwärmung sinkt auch die Anzahl der schneesicheren Schigebiete. Für Salzburg weist eine Untersuchung aus, dass von 39 Schigebieten im Jahr 2006 noch 90% (35) als schneesicher galten. Dieser Anteil sinkt bei einer Erwärmung um 2 Grad auf 62% (24), bei 4 Grad auf 23% (9).¹⁰⁸ Die Anpassung an die zunehmende Gefährdung der Schneesicherheit ist seit vielen Jahren im Gange. Sie erfolgt bisher fast ausschließlich durch hohe Investitionen in künstliche Beschneigung und die dafür notwendige Infrastruktur (Beschneigungsanlagen, Speicherteiche). Fast jährlich werden neue Rekorde bei Investitionen gemeldet, allein 2011 investiert die Salzburger Seilbahnwirtschaft ca. 100 Mio. Euro.¹⁰⁹ Der Zwang, die im Gang befindlichen Veränderungen der Natur durch Technik aufzuhalten, ist so groß, dass keine Alternativen denkbar scheinen. „Alternative Angebote zum Skilauf, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, wären ‚Utopie‘. (...) Es gebe keinen „Plan B“. Für Schnee und Skifahren existiere keine Entsprechung.“¹¹⁰ Wenn jedoch beim längeren Ausbleiben von natürlichem Schneefall nur mehr weiße Bänder inmitten einer grünen Landschaft ins Tal führen, ist der Erfolg der Investitionen in Frage gestellt. So wird bei Schneemangel in den Tälern in den Schigebieten das Ausbleiben von Tagesgästen beobachtet.¹¹¹ Der Freizeitforscher Peter Zellmann berichtet, dass in den letzten 15 Jahren die Zahl jener, die mit dem Ski-

¹⁰⁶ Fleischhacker V. et al., Auswirkungen des Klimawandels auf das künftige Reiseverhalten im österreichischen Tourismus. Am Beispiel einer repräsentativen Befragung der österreichischen Urlaubsreisenden. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, Wien 2009, S. 18 ff.

¹⁰⁷ Fleischhacker V. et al., ebda., Kurzfassung, S. 7.

¹⁰⁸ Arbesser, M. et al., Die ökonomische Bedeutung des Wintersports in Österreich. Studie von SportsEconAustria und IHS, Wien Juli 2008, S. 17.

¹⁰⁹ „Davon gehen 55 Mill. Euro in die Erneuerung von sieben Seilbahnen und Liften, 25 Mill. Euro in die Beschneigung und 20 Mill. Euro in die Infrastruktur – etwa Parkplätze, Pisten und Pistengeräte.“ Siehe Kaindl, A.: „Kritik an Umweltverfahren“, in: Salzburger Nachrichten 27.09.2011, Lokalteil Seite 11.

¹¹⁰ So der Freizeitforscher Peter Zellmann, in Bayer, H.: Die Zahl der ‚Ski-Aussteiger‘ nahm um fünfzig Prozent zu, in: Salzburger Nachrichten, 22.10.2011, Lokalteil, S. 2-3.

¹¹¹ Für den schneearmen Winter 2006/07 wird ein Einnahmen-Ausfall durch das Ausbleiben von Tagesgästen im Ausmaß von 100 Mio. Euro geschätzt. Siehe Breiling et al., Kurzfassung, S. 11.

fahren aufgehört haben, um 50 Prozent zugenommen hat.¹¹² Zusätzlich gerät der Schisport aus demografischen Gründen unter Druck: Weniger Jugendliche wachsen heran, davon fahren weniger Ski als früher.¹¹³

Von Ausnahmen abgesehen, findet eine öffentliche Diskussion möglicher Alternativstrategien nicht statt, „...weil der Tourismus als Schönwetterbranche erfolgreich die Marketing-Perspektive in den Vordergrund rückt.“¹¹⁴ Die engagierten Bemühungen von Bürgermeister Peter Brandauer in Werfenweng, die Touristen zu einer umweltfreundlichen Anreise zu gewinnen, sind zwar lokal und international erfolgreich, bleiben jedoch landesweit isoliert.¹¹⁵ Insofern ist Kurt Luger zuzustimmen, wenn er feststellt: „Bewusstsein unter beratungsresistenten Tourist:innen hinsichtlich ihrer sozialen, ökologischen, kulturellen wie auch ökonomischen Verantwortung zu schaffen, gehört zu den großen pädagogischen Aufgaben des 21. Jahrhunderts.“¹¹⁶ Diese Verantwortung könnte z. B. im Eingeständnis bestehen, dass nicht alle Schigebiete den kostenintensiven Wettlauf um Technisierung und Qualitätssteigerung mitmachen können und die Entwicklung eines „Plan B“ langfristig einfach notwendig ist.¹¹⁷

Während der Wintertourismus durch die Klimaerwärmung unter Druck gerät, könnte es positive Effekte auf den Sommertourismus geben. Durch angenehme Temperaturen in den Bergen, längere Schönwetterperioden und eine Verlängerung der Sommersaison gewinnt der Aufenthalt in der freien Natur an Attraktivität.

¹¹² Siehe Bayer, H.: Die Zahl der ‚Ski-Aussteiger‘ nahm um fünfzig Prozent zu, in: Salzburger Nachrichten, 22.10.2011, Lokalteil, S. 2-3.

¹¹³ Hier versucht das in Salzburg gegründete „Netzwerk Winter“ gegenzusteuern, indem z. B. die Teilnahme an Schulschikursen massiv beworben wird. Vgl. www.netzwerk-winter.at. Siehe auch Bayer, H.: Für den Schnee von morgen, in: Salzburger Nachrichten, 08.01.2011, S. 30.

¹¹⁴ Siehe Luger K., Schwitzender Planet – Kalte Betten. Tourismus im Zeitalter moralisierender Märkte und des Klimawandels. In: Egger, R./Herdin, Th. (Hg), Tourismus : Herausforderung : Zukunft, LIT-Verlag Wien/Berlin 2007, S. 127-141, hier S. 132.

¹¹⁵ Seine Initiative „Alpine Pearls“ hat in sechs Ländern 24 Mitglieder, in Salzburg ist außer Werfenweng nur Neukirchen am Großvenediger dabei. Siehe: Alpin-Tourismusperlen wachsen, in: Pongauer Nachrichten, 13.10.2011, S. 29 bzw. www.alpine-pearls.com.

¹¹⁶ Luger, K., Schwitzender Planet – Kalte Betten...S. 139.

¹¹⁷ Pointiert dazu Messner F., Skywalking in St. Event am Trend, in: Salzburger Nachrichten, 13.10.2011, S. 6. Aus wissenschaftlicher Sicht siehe Abegg, B./Elsasser, H., Wintertourismus im Klimastress. In: Egger, R./Herdin, Th. (Hg), Tourismus : Herausforderung : Zukunft, LIT-Verlag Wien/Berlin 2007, S. 219-230 sowie Starlinger, G., Wintertourismus im österreichischen Alpenraum – Entwicklungen, Trends und Zukunftsperspektiven unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. GRIN-Verlag München, 2008.

tät. Dazu kommt, dass es in traditionellen Urlaubsländern am Mittelmeer tendenziell heißer wird, auch Wassermangel wird dort zunehmend ein Problem.¹¹⁸ Zuwächse beim Sommertourismus können jedoch Rückgänge beim Wintertourismus nicht ausgleichen, da der Sommertourismus nur rund 40% der gesamten Nächtigungen ausmacht und zudem die Wertschöpfung pro Gast geringer ist.¹¹⁹

Die *Landwirtschaft* wird durch vermehrte extreme Wetterereignisse erhöhten Belastungen ausgesetzt sein. Längere Hitze- und Trockenperioden können zu einer Verringerung von Ernteerträgen führen. Vermehrtes Auftreten von Starkregen sowie Hagel kann ebenfalls zu größeren Ausfällen in der landwirtschaftlichen Produktion führen.

In Salzburg hat die Wasserkraft in der *Stromerzeugung* einen traditionell hohen Stellenwert. Besonders bei den Laufkraftwerken ist die Menge der erzeugbaren Energie davon abhängig, dass ständig genug Wasser in den Flüssen verfügbar ist. Durch geringere Gletscherspenden im Sommer und längere Trockenperioden einerseits sowie zunehmende Starkregen andererseits wird es hier Veränderungen des Abflussgeschehens und der Geschiebeabgabe und damit zu Veränderungen der Verfügbarkeit von Wasserkraft kommen.¹²⁰

Folgen für die öffentlichen Haushalte

Die Häufung von Extremwetterereignissen wird die öffentlichen Haushalte durch das Ansteigen der Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden stärker als bisher belasten. Die notwendigen Anpassungen der Belastbarkeit von Schutzbauwerken, die Erweiterung von Retentionsräumen etc. verursachen ebenfalls steigende Kosten. Katastrophenfonds, Budgets für die Reparatur von Straßen und

¹¹⁸ Siehe Starlinger, V., Wintertourismus im österreichischen Alpenraum..., S. 89 f.

¹¹⁹ Einen Hinweis auf die mögliche Höhe der Verluste gibt eine Studie für das Berner Oberland, in der Einnahmenausfällen aus dem Wintertourismus von 150 Mio. CHF vermehrte Einnahmen im Sommertourismus von 80 Mio. CHF gegenüberstehen. Siehe Abegg, B., Tourismus im Klimawandel. CIPRA, Compact 08/2011, S. 20.

¹²⁰ Was Speicherkraftwerke betrifft, siehe StartClim2007. Auswirkung von Klimaänderungen auf das Abflussverhalten von vergletscherten Einzugsgebieten im Hinblick auf Speicherkraftwerke. Abschwächend zum Einfluss des Rückzugs der Gletscher auf die Verfügbarkeit von Wasserkraft siehe Reinhard Böhm von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), in: Sonnenstrahlung setzt Gletschern zu, in Salzburger Nachrichten, 27.08.2011, S. 21.

Wegen im alpinen Raum, für die Wildbachverbauung etc. werden höher dotiert werden müssen.

Dazu können noch steigende Kosten im Gesundheitswesen kommen, verursacht durch Hitzewellen oder zugezogene krankmachende Pflanzenarten.

Von der Klimaerwärmung negativ betroffene Bereiche der Salzburger Wirtschaft werden verstärkt nach öffentlichen Förderungen und Stützungsmaßnahmen rufen. Hier ist vor allem die gesamte betriebliche Wertschöpfungskette im Wintertourismus zu nennen, welche durch ihre große wirtschaftliche Bedeutung eine starke Lobby bildet.¹²¹

4.4 Handlungsoptionen des politischen Systems

Diese Entwicklung wird den Druck auf die Salzburger Landespolitik in zweierlei Hinsicht erhöhen. Erstens besteht als „Täter“ die rechtliche und moralische Verpflichtung, den Salzburger Anteil an Treibhausgas-Emissionen auf ein verträgliches Maß zu reduzieren¹²², wengleich dieser Anteil quantitativ betrachtet zu klein ist, um den internationalen Trend in Richtung weitere Erwärmung abschwächen zu können. Deshalb besteht zweitens als „Opfer“ die Notwendigkeit, Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, um die negativen Auswirkungen der nicht mehr verhinderbaren Erwärmung möglichst gering zu halten.¹²³ Die regionale Anpassungsstrategie des politisch-administrativen Systems ist eingebettet in ein Strategiebündel auf internationaler, EU- und nationaler Ebene¹²⁴ und konzentriert

¹²¹ So fließen bereits heute öffentliche Mittel z. B. in die Unterstützung der Modernisierung von kleinen und niedrig gelegenen Schigebieten.

¹²² Einen Überblick dazu gibt Ritter, M., Klimapolitik im Bundesland Salzburg, in: Salzburger Jahrbuch für Politik 2010, Salzburg 2010, S. 144-158. Für den Bereich Raumwärme siehe Mild, E., Salzburger Raumwärmepolitik. Macht und Ohnmacht regionaler Energie- und Klimaschutzpolitik, in: Salzburger Jahrbuch für Politik 2010, Salzburg 2010, S. 159-178.

¹²³ „Als Anpassung bezeichnet man Maßnahmen, mit denen natürliche und menschliche Systeme (z.B. Tourismus, Landwirtschaft) gewappnet werden, um die Folgen des Klimawandels möglichst unbeschadet zu überstehen.“ Vgl. www.klimawandelanpassung.at/apps/glossar, Download 14.09.2011

¹²⁴ Erwähnt seien hier nur ein Grünbuch (2007) und ein Weißbuch (2009) der EU, Vereinbarungen im Rahmen der Alpenkonvention, das seit 2003 laufende Projekt StartClim der Universität für Bodenkultur Wien und der 2011 in Gang befindliche Prozess zur Erarbeitung einer österreichischen Anpassungsstrategie.

sich bisher auf Projekte aus dem Bereich der Wasserwirtschaft und der Raumordnung.¹²⁵

Ein Projekt aus dem Jahr 2001 befasste sich mit den möglichen Auswirkungen der Klimaänderung auf den Wintertourismus in Salzburg. Im 2006 vorgestellten „Strategieplan Tourismus“ des Landes Salzburg kommt der Risikofaktor Klimaerwärmung und mögliche Antworten darauf nicht explizit vor.¹²⁶ Gerade in diesem für Salzburg so wichtigen Bereich steht die Bewusstseinsbildung erst am Anfang. Unter der Prämisse, dass nur ein klimaverträglicher Tourismus langfristig Zukunft hat, stellen sich die Fragen: „Wer macht den Anfang und lanciert das erste Plus-Energie-Skigebiet? Wer den ersten solar betriebenen Tourismusort? Die erste klimaneutrale Destination?“¹²⁷ Und wie kann erreicht werden, dass solche Pioniere nicht isoliert bleiben, sondern zum Standard werden?

4.5 Wohin bewegt sich Salzburg bis 2030?

Wie wahrscheinlich ist es, dass die Investitionsströme und Förderungen geplant und langfristig in den Umbau unseres Wirtschaftssystems in Richtung Zukunftsfähigkeit gelenkt werden? Wie wahrscheinlich ist es, dass den Salzburger Unternehmen klare und berechenbare Entscheidungsgrundlagen vorliegen werden, um eine faire Chance zur Umsetzung notwendiger Strukturanpassungen zu haben?¹²⁸

¹²⁵ Im Projekt CLISP soll z. B. in den Modellregionen Pongau und Pinzgau die Raumplanung als Schlüsselkompetenz für die Anpassung an den Klimawandel entwickelt werden. Details dazu siehe www.clisp.eu bzw. www.salzburg.gv.at/ro_projekt_clisp, Download am 15.09.2011. Im Projekt WINALP wird speziell die Situation des Waldes in den Nordalpen untersucht. Siehe www.hswt.de/fh/fakultaet/wf/projekte/winalp.html.

¹²⁶ Der zuständige Politiker LH-Stellv. Haslauer fasst in seinem Vorwort den Focus des Strategieplans kurz und bündig zusammen: „Wir haben ein Ziel und das heißt Wachstum.“ Der kurz darauf folgende Anspruch „Die Risiken, die sehen wir, wir setzen aber rechtzeitig Maßnahmen, um sie zu vermeiden“, wird für den Bereich Klimawandel derzeit vor allem durch Investitionen in die Aufrechterhaltung des Status quo, Stichwort Beschneigungsanlagen, eingelöst. Siehe „Strategieplan Tourismus Salzburg“, Land Salzburg o. J. (2006), S. 4.

¹²⁷ CIPRA International (Hg), Tourismus im Klimawandel. COMPACT Nr. 08/2011 (Verfasser Bruno Abegg), S. 25.

¹²⁸ Mit der Anpassungsfähigkeit von Tourismus-Unternehmen an den Klimawandel befasst sich z. B. Sebastian Helgenberger, Doktorand der BOKU Wien. Siehe z. B. „The capacity of locally embedded tourism operators to respond to climate variability and long-term change. First results from a qualitative case study on organizational learning in the Austrian winter tourism sector. Paper Brighton, 05.06.2009.“

Wie weit kann eine regionale Politik diese faire Chance unter den derzeitigen internationalen Rahmenbedingungen überhaupt bieten?

Die Reformkapazität und Innovationsfähigkeit der Salzburger Landespolitik ist – aus verschiedenen Gründen – eng begrenzt. Nimmt man die Ergebnisse der letzten zwanzig Jahre Klimaschutzpolitik im Bereich der Emissionsreduktion von Treibhausgasen als Maßstab, so sind deutlich messbare Erfolge auf einige Teilbereiche und Nischen beschränkt. Gesamt gesehen, konnte keine Trendwende erreicht werden, es ist nur gelungen, den Anstieg der Emissionen einzubremsen. Der Zug fährt – noch immer – in die falsche Richtung.¹²⁹ Die beachtlichen Erfolge der Salzburger Umweltpolitik der 80er- und 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts¹³⁰ konnten in der Klimaschutzpolitik nicht fortgesetzt werden. In den Kernbereichen Raumordnung, Wohnbausanierung und Verkehr wurden in den letzten 20 Jahren keine wesentlichen Reformschritte gesetzt. Allerdings sind durchschlagende Erfolge in diesen Bereichen auch schwieriger zu erzielen und berühren Kernbereiche unseres Wirtschaftssystems. Der Druck, die verfügbaren Finanzmittel in traditionellen Bahnen zu investieren, ist weiterhin enorm groß. Die Bedienung von Partikularinteressen, die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen unabhängig ihrer langfristigen Zukunftsfähigkeit, ist täglich geübte Praxis, erzwungen von mächtigen Lobbys und eingebettet in vielfältige Abhängigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Gesetzt die Annahme, dass keine dramatischen Entwicklungen, wie z. B. hohe Preissteigerungen bei Energieträgern oder wichtigen Rohstoffen grundlegende Reformen erzwingen, werden auch in Zukunft reaktive Politikmuster vorherrschen. Maßnahmenkataloge werden nicht oder nur zum geringen Teil umgesetzt werden, Vorzeigeprojekte werden zwar prämiert, jedoch gesellschaftlich isoliert bleiben und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen.

¹²⁹ Rückgänge an Energieverbrauch und Emissionen von Treibhausgasen in den letzten Jahren waren Folgen der geringeren Wirtschaftsleistung in der Wirtschaftskrise 2008/09 bzw. die Folgen von klimatisch wärmeren Wintern. LR Sepp Eisl drückt das prägnant so aus: „Wir haben uns von Salzburg auf den Weg nach München gemacht – und stehen aber derzeit in Amstetten.“ Siehe Eisl, S., Energiestrategie für Österreich, in: energy 3/06, S. 8.

¹³⁰ Z. B. Verringerung des Schwefeldioxidgehalts der Luft, Verbesserung der Wasserqualität der Flüsse und Seen, Beruhigung der Abfallproblematik.

Die Nichterfüllung der selbst gesteckten Ziele wird durch die Landespolitik nach dem Motto „Wir haben schon viel getan, aber es bleibt noch viel zu tun“ verharmlost.

Der Grundsatz, dass Zukunft gestaltbar ist, hat Gültigkeit. Die Fähigkeit zur aktiven Wahrnehmung weichenstellender Gestaltungsmöglichkeiten in Richtung Zukunftsfähigkeit wird jedoch auch weiter schwach ausgeprägt sein. Insofern ist die Furcht des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung berechtigt, „...dass wir eines baldigen Tages von der Phase der Verharmlosung des Klimaproblems direkt in die Phase des Entsetzens übergehen.“¹³¹

¹³¹ Siehe <http://www.zeit.de/2009/14/DOS-Schellnhuber>, Download 11.11.2011.

5. Gesundheit bis zum Jahr 2030

(Autorin: Silvia Traunwieser)

5.1. Definition Gesundheit

Die geläufigste Definition von Gesundheit wurde durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO)¹³² festgelegt und umschreibt Gesundheit als einen „Zustand vollkommen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als das Fehlen von Krankheit und Gebrechen“¹³³. Die Begriffsklärung von Gesundheit kann und darf somit nicht nur auf die Abwesenheit von Krankheit und Gebre-

¹³² <http://www.who.int/suggestions/faq/en/index.html>.

¹³³ „Health is a state of complete physical, mental and social wellbeing and not merely the absence of disease or infirmity.“

chen fokussiert sein, der Gegenstandsbereich ist von einem weiten Verständnis getragen; so hat beispielsweise der Bereich der Fortpflanzung (Invitrofertilisation, Verhütung, Abtreibung, Leihmutterchaft) nicht unmittelbar mit Krankheit zu tun.¹³⁴

Wie *Schöne-Seifert* richtigerweise anführen, sind die Begriffe der Krankheit und Gesundheit nicht eindeutig festgelegt bzw. abhängig vom kulturellen Verständnis, der Zeit und dem jeweiligen Moralverständnis.¹³⁵

Gekoppelt an das abrufbare Gesundheitswissen und Gesundverhalten sowie die sozialen Rahmenbedingungen und kulturellen Wertsetzungen werden Gesundheit wie auch Krankheit definiert¹³⁶ und insofern als relevant für die Ausgestaltung des einzelnen staatlichen Gesundheitssystems bzw. den damit zusammenhängenden (Allokations-)Problemen¹³⁷ erachtet. Was als Krankheitsbild angesehen wird, welche Leistungen entsprechend dem Versicherungssystem als Empfänger zur Verfügung stehen, stellen systemimmanente Verteilungsfragen dar.

Die menschliche Gesundheit ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren biologischer, psychischer, ökologischer und sozialer Natur abhängig. Genetische Anlagen, natürliche und soziale Umweltbedingungen wie auch Verhaltensfaktoren sind ausschlaggebend.¹³⁸ Das Individuum beschäftigt sich mit diversen Fragestellungen erst, wenn es sich krank fühlt. Der Wert der Gesundheit erfährt in dem Moment Bedeutung bzw. wird von Wert, wenn dieser knapp wird: solange wir gesund sind, wird diesem Zustand keine Bedeutung beigemessen bzw. dieser als selbstverständlich angesehen. Ähnlich verhält sich das Gesundheitssystem, das primär am kranken Menschen ausgerichtet ist.

¹³⁴ Schöne-Seifert, B., Medizinethik, in: *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung*, hg. v. J. Nida-Rümelin, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2005, 691 f. Näheres zum Begriffspaar Gesundheit – Krankheit siehe bei Wallner, J., *Ethik im Gesundheitssystem*, Wien: Facultas Verlag, 2004, 54 ff sowie Pöltner, G., *Grundkurs Medizin–Ethik*, Wien: Facultas Verlag, 2002, 75 ff.

¹³⁵ Schöne-Seifert, B., Medizinethik, in: *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung*, hg. v. J. Nida-Rümelin, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2005, 691.

¹³⁶ Schmidt, B., Der kleine Unterschied, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 27.

¹³⁷ Wallner, J., *Ethik im Gesundheitssystem*, Wien: Facultas Verlag, 2004, 54.

¹³⁸ Kuntz, B., Bildung und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 314.

Der Fokus im österreichischen Gesundheitswesen ist auf die individuelle Reparaturmedizin und nicht auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung wie auch Erhaltung der Gesundheit hin orientiert.¹³⁹ Laut OECD wurden in Österreich im Jahr 2009 im Bereich der Gesundheitskosten 56,8% für kurative Versorgung und Behandlung bzw. 0,2% für Prävention und Public Health Services ausgegeben.¹⁴⁰ Ein Paradigmenwechsel der kurativen Medizin hin zu einer zielgruppenspezifischen Gesundheitsförderung ist in den nächsten Jahren unausweichlich.¹⁴¹

5.2. Ursachen für den Paradigmenwechsel

Überalterung

Laut Statistik Austria sind derzeit 23% der Bevölkerung in Österreich im Alter von 60 und mehr Jahren, und es verschiebt sich zukünftig die Altersstruktur noch deutlicher hin zu älteren Menschen. Mittelfristig bis 2020 werden es rund 26% sein, langfristig ab ca. 2030 sogar mehr als 30%, die über 60 Lebensjahre aufweisen. Die Absolutzahl der über 80-jährigen Menschen steigt bis 2030 von derzeit 400.000 auf 630.000 an.¹⁴²

Für das Bundesland Salzburg bedeutet dies, dass die Bevölkerung in Zukunft wachsen wird. Derzeit leben 529.000 Personen im Bundesland, im Jahr 2030 werden es mit 556.000 um 5%, 2050 schließlich mit 567.000 um 7% mehr sein als derzeit. Die anfänglich noch positive Geburtenbilanz sowie die internationale Zuwanderung bewirken dieses Wachstum. Ab Mitte der 2030er-Jahre dürfte Salzburg mehr Einwohner als Kärnten zählen und somit zum bevölkerungsmäßig sechstgrößten Bundesland aufgestiegen sein.¹⁴³

¹³⁹ Masterplan Gesundheit – Einladung zum Dialog, 2010, 2, 6.

¹⁴⁰ http://www.hauptverband.at/mediaDB/730577_Masterplan%20Gesundheit_Langfassung.pdf.

¹⁴¹ OECD Health Data 2011, http://stats.oecd.org/index.aspx?DataSetCode=HEALTH_STAT.

¹⁴² Bereits 1986 hat sich die WHO mit der Gesundheitsförderung auseinandergesetzt, besser bekannt unter der Ottawa Charta, bzw war dieses Dokument Ausgangspunkt für eine Vielzahl an Projekten; http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf.

¹⁴³ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html.

¹⁴³ Aktuelle Zahlen zur Überalterung der Menschen in Salzburg siehe ÖBIG Forschungs- und Planungsgesellschaft mbH, Salzburger Gesundheitsbericht 2007, Salzburg, 2008, 5ff; <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Salzbürger-Gesundheitsbericht-2007.html>.

Bezogen auf das Bundesland Salzburg ergibt sich – ähnlich wie für Österreich gesamt – ein Bild, das die Altersstruktur hin zu immer mehr älteren Menschen verschiebt: die unter 15-Jährigen sinken weiter ab, die erwerbsfähige Bevölkerung (15 – 60 Jahre) nimmt ebenfalls leicht ab, dafür steigt die Zahl der über 60-Jährigen um 10% bis zum Jahr 2030:¹⁴⁴

Jahr	Bevölkerungsstruktur für Salzburg 2010-2075						
	Insgesamt	Unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre	Unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre
	absolut				in %		
2009	529.314	83.049	331.365	114.900	15,7	62,6	21,7
2010	530.418	81.898	331.247	117.273	15,4	62,5	22,1
2011	531.689	80.886	331.411	119.392	15,2	62,3	22,5
2012	533.214	80.041	331.692	121.481	15,0	62,2	22,8
2013	534.885	79.384	331.801	123.700	14,8	62,0	23,1
2014	536.579	78.898	331.738	125.943	14,7	61,8	23,5
2015	538.308	78.561	331.508	128.239	14,6	61,6	23,8
2020	545.600	77.626	325.397	142.577	14,2	59,6	26,1
2025	551.214	77.503	313.514	160.197	14,1	56,9	29,1
2030	556.021	77.305	302.732	175.984	13,9	54,4	31,7
2035	559.727	76.461	299.056	184.210	13,7	53,4	32,9
2040	562.736	75.350	298.284	189.102	13,4	53,0	33,6
2045	565.185	74.525	296.145	194.515	13,2	52,4	34,4
2050	566.797	74.355	294.633	197.809	13,1	52,0	34,9
2075	560.600	74.692	293.966	191.942	13,3	52,4	34,2

Quelle: STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2010. Erstellt am 29. Oktober 2010¹⁴⁵.

Chronische Erkrankungen

¹⁴⁴http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027328.html.

¹⁴⁵http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027328.html

Mit der steigenden Lebenserwartung bzw. der Überalterung der österreichischen Bevölkerung und der gleichzeitig verbesserten medizinischen Versorgung ist die Zunahme chronischer Krankheiten per se vorhersehbar. Ein erhöhter Bedarf an Medikamenten bzw. Behandlungen, vor allem auch bedingt durch die im Alter charakteristischerweise auftretende Multimorbidität, belasten vermehrt das Gesundheitssystem.¹⁴⁶

Laut Statistik Austria gaben bei der „österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007“ mehr als ein Drittel der über 15-Jährigen an, eine chronische Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem zu haben (davon 1,2 Mio. Männer, 1,4 Mio. Frauen). Unter chronischen Krankheiten werden u. a. Wirbelsäulenbeschwerden, Allergien, Bluthochdruck, Migräne, Arthrose, Diabetes mellitus, Depressionen¹⁴⁷ oder beispielsweise Osteoporose verstanden. Die chronischen Krankheiten bzw. Gesundheitsprobleme nehmen bei Frauen stärker als bei Männern zu. Während nur jeder sechste 15- bis 29-Jährige ein dauerhaftes gesundheitliches Problem hat (125.000 Männer, 140.000 Frauen), sind es bei den über 75-Jährigen etwa zwei Drittel der Bevölkerung (140.000 Männer, 300.000 Frauen).¹⁴⁸

Mit der Zunahme des Alters steigt die Wahrscheinlichkeit, unter Wirbelsäulenbeschwerden zu leiden; fast jeder zweite 45- bis 59-Jährige ist davon betroffen. Arthrose, Arthritis und Gelenksrheumatismus sind ebenfalls alters- wie auch geschlechtsbedingte chronische Erkrankungsbilder. Junge Menschen sind davon kaum tangiert, hingegen ist jeder Fünfte bei den 45- bis 59-Jährigen betroffen. Geschlechtsbedingt sind diese Erkrankungen insofern, als mehr Frauen als Männer darunter leiden, so sind z. B. bei den 60- bis 74-Jährigen 40% Frauen und 26%

¹⁴⁶ Siehe diesbezüglich auch Health in the European Union, Special Eurobarometer 272e, 2007, 7ff; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_272e_en.pdf; hinsichtlich der Schwierigkeit der Abgrenzung zwischen normalem und krankhaftem Altern, der charakteristischen Multimorbidität im Alter und anderen Faktoren siehe Dräger, D./Blüher, S., Lebenswelt und Gesundheit älterer Menschen, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 525ff.

¹⁴⁷ Siehe auch die Studie zu Mental Health, Special Eurobarometer 345, 2010, 55ff, bei der vorwiegend Frauen, alleinlebende Personen, Arbeitslose, Personen mit finanziellen Schwierigkeiten oder beispielsweise aus unteren Schichten Antidepressiva während der letzten 12 Monate einnahmen.

¹⁴⁸ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/publdetail?id=4&listid=4&detail=457, 18ff.

Männer vom Krankheitsbild erfasst. Es sind vor allem auch Frauen in höherem Alter, die an Osteoporose erkranken - jede vierte Frau mit über 60 Jahren weist diese Beeinträchtigung des Bewegungsapparates auf. Diabetes mellitus hingegen ist geschlechtsunspezifisch, jedoch auch altersgebunden und hat gravierende Auswirkungen auf Herz-Kreislauferkrankungen bzw. kann Erblindung, Dialyse, Transplantation oder Amputation von Gliedmaßen zur Folge haben. 6% der Österreicher bejahten die Frage, jemals Diabetes (Zuckerkrankheit) gehabt zu haben.¹⁴⁹ Zwischen 300.000 bis 315.000 Diabetiker sind in Österreich bekannt, die Dunkelziffer ist dabei nicht mit eingerechnet. Das Diabetesrisiko ist von einem Ost-West-Gefälle gekennzeichnet, Wien, Niederösterreich und Burgenland sind besonders stark betroffen. Auf dem Land sind mehr Frauen, in der Stadt mehr Männer mit Diabetes anzutreffen. Bis zum Jahr 2050 wird es in Österreich eine Steigerung der Diabetesfälle um 47% geben.¹⁵⁰

Die Zunahme chronischer Erkrankungen hat jedoch nicht nur Auswirkungen im Gesundheitsbereich, auch der Arbeitsmarkt ist und wird davon betroffen sein. So werden ab dem Jahr 2020 die Gruppe der 45- bis 65-Jährigen den größten Anteil der Erwerbsbevölkerung darstellen, gekennzeichnet durch gesundheitliche Einschränkungen, die mit zunehmendem Alter steigen.¹⁵¹ Laut einer Studie des AMS resultieren 20% – 30% der Krankheiten aus den Arbeitsbedingungen, vorwiegend Muskel- und Skeletterkrankungen, psychische Erkrankungen, Krebserkrankungen oder beispielsweise behindernden Unfallfolgen.¹⁵² Neben Arbeitsausfällen älterer Arbeitnehmer wird die schwere Vermittelbarkeit chronisch Kranker den Arbeits-

¹⁴⁹ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/publdetail?id=4&listid=4&detail=457, 20.

¹⁵⁰ http://www.oedg.org/pdf/Diabetesbericht_1.pdf; Österreichische Ärztezeitung Nr. 18/25.9.2004; Diabetes mellitus als gesundheitspolitische Herausforderung, Gesundheit Österreich GmbH, Wien: 2005, <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Diabetes-mellitus-als-gesundheitspolitische-Herausforderung-2005.html>.

¹⁵¹ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html; http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html.

¹⁵² Egger-Subotitsch, A., *Wer früh hilft, hilft doppelt!*, Wien: Communicatio, 2010, 2; ähnlich Ergebnisse im Fehlzeitreport 2012, http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=700448&dstdid=29.

markt prägen.¹⁵³ Eine Konkurrenz der Unternehmen um junge Mitarbeiter in Kombination mit einer alternden Belegschaft verschärft den Arbeitsmarkt und wird Sozialsysteme zusätzlich belasten.¹⁵⁴ Eine Förderung der Gesundheit, ausgedehnt auf die gesamte Lebensspanne (in Übereinstimmung des Gesundheitssystems mit dem Gesundheitsmanagement in Unternehmen), wird von zentraler Wichtigkeit sein.¹⁵⁵

Psychische Erkrankungen

Psychiatrische Erkrankungen, die einen klaren Aufwärtstrend aufweisen, werden immer häufiger behandelt. Physische Probleme, die vermehrt als psychische Probleme erkannt und diagnostiziert werden (Allergien, Magenschmerzen, Kreislaufprobleme), belassen Menschen nicht nur länger im Krankenstand, sondern sind bei Männern die zweithäufigste und bei Frauen die häufigste Ursache für Invaliditätspensionen. Psychische Belastungen und Erkrankungen (Stress, Depressionen, Angstzustände) belasten jedoch nicht nur die Arbeitswelt, sondern resultieren teilweise aus der Arbeitswelt und den jeweiligen Arbeitsbedingungen.¹⁵⁶ Berufstätigkeit kann Sinnstiftung, Stabilisation, soziale Kontakte und vieles mehr bieten, gleichzeitig kann der Arbeitsplatz (Mit)Verursacher von Krankheiten sein (Burn-out, Stress). Die Ursachen und der Anstieg für psychische Erkrankungen sind vielfältig, ebenso das mögliche Krankheitsbild (depressive Störungen, Angststörungen, Psychosen, Essstörungen, Suchterkrankungen bis hin zur Demenz). Gesellschaftliche Entwicklungen, Individualisierung, Vereinsamung, Beschleunigung, zunehmender Leistungsorientierung, prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit werden angeführt, können jedoch aufgrund der Komplexität der Problemlage in Ursache-Wirkungsstudien nicht eindeutig zugewiesen werden. Veränderungen in der Ar-

¹⁵³ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html;

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/erwerbsprognosen/index.html.

¹⁵⁴ Richenhagen, G., Demografischer Wandel in der Arbeitswelt: Ein internationaler Vergleich im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 367ff.

¹⁵⁵ Kommission der EG, Weissbuch Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2012, 2007, KOM (2007) 630, http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_de.pdf.

¹⁵⁶ Fehlzeitenreport 2012, 50f, http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=700448&dstdid=29.

beitswelt, in Familien- und Gemeinschaftsstrukturen, im Lebens- und Arbeitstempo und in sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können auch gesundheitliche Folgen für den Einzelnen haben. Feststellbar ist, dass alle Bevölkerungs-, Bildungs- und Altersschichten betroffen sind, obwohl das Risiko ein größeres ist, wenn ein niedriger sozialer Status vorliegt. Als vulnerable Gruppen zählen Personen mit niedrigem Einkommen, geringer Bildung oder starken Belastungen im familiär-persönlichen Bereich (Arbeitslose, Erwerbstätige in prekären Arbeitsverhältnissen, Mindestsicherungsbezieherinnen, Migrantinnen mit niedrigem wirtschaftlichen Status, Jugendliche ohne Schulabschluss, pflegende Angehörige, chronisch Kranke oder beispielsweise Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten in der Schule).¹⁵⁷

Der hohen Wachstumsproblematik bei psychischen Erkrankungen ist sich auch der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bewusst. Krankenstände wegen psychischer Diagnosen steigen doppelt so stark an wie jene mit körperlichen Ursachen – ein Trend, der sich auch im hohen Anteil psychisch bedingter Frühpensionen niederschlägt (jeder dritte Neuzugang). Psychische Erkrankungen erhöhen das Risiko frühzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben. Mit der „Strategie psychische Gesundheit“ soll ein Augenmerk auf Prävention, Früherkennung und zielsichere Intervention gesetzt werden. Der Fokus ist ein breiter, ausgerichtet nicht nur auf Agenden der Krankenversicherung, sondern in allen relevanten Lebensbereichen vom Kindergarten über die Arbeitswelt bis zur Altenbetreuung. Gesundheitsprävention ist dort anzusetzen, wo sich die betroffene (ua psychisch erkrankte) Person die meiste Zeit aufhält: in der Schule, am Arbeitsplatz, im Seniorenwohnheim, uvam.¹⁵⁸

Internetsucht

Im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen ist noch auf Suchtverhalten und Suchtprävention hinzuweisen. Neben den bereits bekannten legalen/illegalen Formen (Alkohol, Drogen, Nikotin, Medikamente) kommen durch technische Möglichkeiten neue Varianten hervor, wie zum Beispiel Online-Spielsucht oder Abhängigkeit von sozialen Medien (Internetsucht). Sucht allgemein als Krankheit oder als Folge bzw Begleiterscheinung einer anderen Krankheit, die es primär zu

¹⁵⁷

http://www.hauptverband.at/mediaDB/948929_StratPsychGes_2012.pdf.

¹⁵⁸

http://www.hauptverband.at/portal27/portal/hvbportal/channel_content/cmsWindow?pubid=648931&action=2&p_menuid=58215&p_tabid=1.

behandeln gilt,¹⁵⁹ ist aus der Perspektive des Gesundheitswesens von deren Prävention und finanzieller Bedeckung auf die typischen Suchtarten begrenzt. Abhängigkeitssyndrome (alltagssprachlich „Sucht“) beschreiben eine Gruppe von kognitiven und körperlichen Phänomenen, die aus dem unkontrollierbaren Verlangen nach bestimmten Substanzen oder Verhaltensweisen erwachsen.¹⁶⁰ Diese unkontrollierbaren Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Internet (Onlinespielsucht, Abhängigkeit von sozialen Medien, Online Shopping) sind neue Formen eines Abhängigkeitssyndroms, einer Krankheit, die es anzuerkennen und zu verhindern gilt. Allerdings ist die Datenlage zu unterschiedlichen online Risiken für Österreich relativ schwach ausgeprägt (EU Kids Online)¹⁶¹. Wie Seyer richtig anführt, macht das Internet nicht automatisch süchtig, doch können gefährdete Personen eine süchtige Verhaltensstörung im Gebrauch des Mediums Internet entwickeln. Als Merkmale der Internetsucht werden die Einengung des Verhaltensraums (Nutzung des Internets über längere Zeitspannen und größte Teile des Tagesbudgets hinweg), Kontrollverlust (Versuche, die Nutzung des Internets zu reduzieren, scheitern oder werden nicht angestrebt), Toleranzentwicklung (die Verhaltensdosis zur Erreichung der angestrebten positiven Stimmungslage muss gesteigert werden), Entzugserscheinungen (Beeinträchtigungen psychischer Natur wie Unruhe, Nervosität, Unzufriedenheit, Gereiztheit, Aggressivität) und negative soziale Konsequenzen im Bereich Familie, Freunde oder Arbeit angesehen.¹⁶² Weiters kann soziale Ängstlichkeit, Gehemmtheit bzw. Schüchternheit als prädisponierender Faktor für die Entwicklung einer Internetabhängigkeit fungieren. Ein enger Zusammenhang zwischen der Nutzungsdauer des Internets und der sozialen Gehemmtheit konnte festgestellt werden. Eine weitere Korrelation lässt sich aus einer weniger guten Beziehung zu den Eltern und einem erhöhten Internetkonsum ableiten.¹⁶³ Der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Medienkonsum, Bewegungsmangel und Übergewicht lässt Rückschlüsse auf Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit, aber auch auf den Schlaf und schulische Leistungsfähig-

¹⁵⁹ Benzinger, H., *Zum Verständnis von Abhängigkeiten aus psychodramatischer Sicht*, Zeitschrift für Psychodrama und Soziometrie, 2013 (11), 6.

¹⁶⁰ Spreckelmeyer, K. N./Gründer, G., *Abhängigkeitserkrankungen*, Funktionelle MRT in Psychiatrie und Neurologie, Verlag Springer, 2013, 742.

¹⁶¹ Paus-Hasebrink, I./Ortner, C., *Online Risiken und -Chancen für Kinder und Jugendliche: Österreich im europäischen Vergleich*, <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17370/eukidsonlineabschlussbericht.pdf>, 41ff.

¹⁶² Seyer, S., *Das Internet – wieder eine neue Sucht?*, Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik, 2004, 11-13.

¹⁶³ Wöfling, K. et al, *Glücksspiel- und Internetsucht*, Der Nervenarzt 9, 2009, 1030f.

keit zu.¹⁶⁴ Das Freizeitverhalten, sitzende Aktivitäten im Alltag im Zusammenhang mit Mediennutzung haben Auswirkungen auf den Energieverbrauch, der Einfluss körperlicher Aktivitäten auf die Gesundheit wird im nächsten Kapitel besprochen.

Bewegungsmangel und Übergewicht

Neben Alter, Geschlecht, genetischer Disposition und Umwelt ist auch das individuelle Verhalten (Bewegung, Ernährung) von Bedeutung für die Gesundheit. Bedingt durch den Bewegungsmangel westlicher Gesellschaften haben chronische Erkrankungen epidemische Ausmaße angenommen („Epidemie der körperlichen Inaktivität“).¹⁶⁵ Die Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg 2014“ zeigt auf, dass aus medizinischer Sicht das notwendige Maß an Bewegung in der Regel durch Sport im Rahmen des Freizeitverhaltens oder körperlich aktive Verhaltensweisen im Beruf geleistet werden kann. Da im Rahmen der Erwerbsarbeit innerhalb der EU nur noch 20% intensiv körperlich tätig sind, müsste Bewegung/Sport vorwiegend in der Freizeit betrieben werden.¹⁶⁶ Entsprechend dem Gesundheitsbericht Österreich 2009 gaben 16% an, dass Fernsehen, Lesen oder andere häusliche Aktivitäten ihre körperlichen Betätigungen der letzten 12 Monate am besten beschreiben. Hingegen betreiben 8% der Österreicher mehr als einmal pro Woche intensives Training oder Leistungssport. Regionale Unterschiede sind allerdings insofern nachzuweisen, als 13% der Bevölkerung in Salzburg, 9% jeweils in Oberösterreich und Vorarlberg intensiv Sport betreiben, hingegen Wien (19%), Burgenland (18%), Niederösterreich (18%) und Vorarlberg (20%) gering körperlich aktiv sind.¹⁶⁷

Konkret ist das Sportverhalten in Salzburg dadurch gekennzeichnet, dass ein Drittel (33,6%) überhaupt keinen Sport betreibt, zwei Drittel der Erwachsenen generell jedoch sportaktiv sind. Die Bezirke Salzburg und Lungau weisen hohe Sportaktivitäten auf (um die 70%), hingegen fällt der Flachgau mit 61,6% am niedrigsten aus. Geschlechtsspezifische oder bildungsbezogene Differenzierungen sind – ausgenommen weibliche Jugendliche – nicht nennenswert, allerdings fällt das Alter

¹⁶⁴ Lehmkuhl, G./Frölich, J., Neue Medien und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche, Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, 2013 (41), 83f.

¹⁶⁵ http://www.salk.at/80_1624.html.

¹⁶⁶ Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg

2014“http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d62/Freizeit_undBreitensportin_Salzburg.pdf.

¹⁶⁷ http://www.goeg.at/cxdata/media/download/berichte/GBOe_09.pdf.

ins Gewicht. Sportaktivitäten sind bei den jungen Erwachsenen im Alter von 19 bis 26 Jahren mit 60,7% relativ niedrig, als Sorgenkinder werden die 15- bis 18-jährigen Mädchen bezeichnet, fehlender Antrieb ist einer der Hauptgründe für sportliche Inaktivität. Die 51- bis 65-Jährigen betreiben am häufigsten Sport, allerdings müssen diese meist verletzungsbedingt oder durch körperliche Beeinträchtigungen vom Sport Abstand nehmen. Berufliche oder familiäre Verpflichtungen als weiterer möglicher Hinderungsgrund und Sportbarriere sind in den persönlichen Voraussetzungen begründet, die aus Sicht der Autoren mit Initiativen zur Kinderbetreuung im Rahmen von Sportangeboten ausgeglichen werden können. Körperliche Einschränkungen durch Übergewicht oder beispielsweise Rückenprobleme als Grund für das Unterlassen von Sport könne mit zusätzlicher Aufklärungsarbeit und dementsprechend angepassten Angeboten im sportlichen Sektor die Lebensqualität der Einzelnen verbessern und körperliche Probleme reduzieren helfen. Gesundheit, Spaß und Fitness sind die dominierenden Sportmotive.¹⁶⁸

Mangelnde Bewegung, falsche Ernährungsgewohnheiten und ein reduzierter Energieverbrauch korrelieren mit Übergewicht. Zum Zeitpunkt der Gesundheitsbefragung 2006/2007 war jede zweite Person in Österreich übergewichtig. Männer sind deutlich mehr davon betroffen als Frauen, diese geschlechtsspezifische Ausprägung ist mit dem Alter im Bereich von 45 bis 85 Jahren steigend.¹⁶⁹ Salzburg entspricht dabei dem Trend wie in Österreich und anderen westlichen Industrienationen, insofern der Anteil an adipösen Personen steigt.¹⁷⁰ In der Altersgruppe der 15- bis 44-Jährigen ist bereits jede vierte Person in Salzburg übergewichtig. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil an übergewichtigen Personen. Bei den 45- bis 64-Jährigen sind bereits 16,4% adipös.¹⁷¹

¹⁶⁸ Studie „Zukunft : Freizeit : Sport – Salzburg

2014“, http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d62/Freizeit__undBreitensportin_Salzburg.pdf.

¹⁶⁹ Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007,

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/gesundheit/publdetail?id=4&listid=4&detail=457.

¹⁷⁰ Hinsichtlich der Steigerung an Adipositas in Verbindung mit einer Kostensteigerung im Zusammenhang mit Diabetes Typ 2 Fällen, Herz-Kreislaufkrankungen und Arthritis in den USA bzw. GB bis 2030 siehe Dietz, W. H., *Reversing the Tide of Obesity*, The Lancet, Vol 378, 2011, 744.

¹⁷¹ Im Gegenzug ist jedoch auch anzuführen, dass in Salzburg gleichzeitig 5,2% der 15- bis 44-Jährigen stark untergewichtig sind. Salzburger Gesundheitsbericht 2007, Salzburg, 2008, 34ff; <http://www.goeg.at/de/BerichtDetail/Salzbürger-Gesundheitsbericht-2007.html>.

5.3. Wohin bewegt sich das Bundesland Salzburg bis 2030?

Weg vom krank sein – hin zum gesund bleiben

Einerseits können der demografische Wandel und damit die Überalterung der Bevölkerung, gleichzeitig aber auch die Zunahme von chronischen Krankheiten, Bewegungsmangel und Übergewicht als einflussgebende Faktoren in Bezug auf zukünftige Erkrankungsmuster angeführt werden. Die zunehmend eingeschränkte Finanzierbarkeit von Gesundheitsleistungen, damit verbunden vermehrte Belastungen des Gesundheitssystems bzw. veränderte Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt bzw. in Unternehmen verschärfen die Situation.

Es wird nicht nur im Bundesland Salzburg, sondern im gesamten österreichischen Bundesgebiet verstärkt zu einer Fokussierung und zum Ausbau des Präventionsgedankens und der Vorsorgemöglichkeiten kommen. Systembedingt sind Veränderungen des Gesundheitssystems mit einer Zentrierung auf Vorsorge notwendig, um Kostensteigerung durch die Überalterung, der Zunahme chronischer und vor allem auch psychischer Krankheiten eindämmen zu können. Unterstützt werden kann die Umstellung des Gesundheitssystems auf Gesundheitsförderung und Prävention durch das Schaffen externer Anreize wie z. B. auf Unternehmensebene (Boni für gesunde Mitarbeiter, Betriebssportmöglichkeiten, gesunde Ernährung in Kantinen, betriebliche Vorsorgeuntersuchungen, Impfkampagnen, physio- und vor allem auch psychotherapeutische Maßnahmen, ergonomische Arbeitsplätze, u. a. m.) bzw. bei Versicherungen (Prämienreduktion für Nichtraucher, Sportler, Normalgewichtige) aber auch durch eigenverantwortliches Handeln.

Prävention will nichts schaffen, sie will verhindern. Gleichzeitig ist damit eine Sorge um etwas gemeint, das noch nicht geschehen ist und auch nicht geschehen soll – aber könnte. Die Genese von Wissen ist eine notwendige Bedingung für Prävention, um die Zukunft nicht als Bedrohung, sondern als Gestaltungsspielraum wahrnehmen zu können.¹⁷² Das Land Salzburg wird noch viel mehr gefordert sein, in Gesundheitsförderung durch Bildung zu investieren.¹⁷³ Zielgruppenspezifische Aufklärungskampagnen, Suchtprävention, Projekte mit möglichst vielen

¹⁷² Leanza, M., Die Gegenwart zukünftiger Erkrankungen, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 245, 255.

¹⁷³ Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System*, Wien: Orac, 2009, 66ff.

Akteuren (Eltern, Schüler, Lehrer) in Kindergärten und Schulen bzw. neue Unterrichtsfächer wie beispielsweise Gesundheitswissenschaft müssen unterstützt, Turnstunden aus- und nicht abgebaut, schulische Freiräume mit Sport-, Natur- und Erlebnisprogrammen bereichert werden, um bereits bei Jugendlichen ein Bewusstsein hinsichtlich Gesundheitsverhalten und Prävention zu schaffen.¹⁷⁴ Um Ungleichheiten von Gesundheit bedingt durch Alter, Geschlecht, sozialer Lage, Bildung oder Migration in der Bevölkerung zu reduzieren („Präventionsdilemma“), bedarf es einer auf Zielgruppen spezifisch ausgerichteten Gesundheitsförderung.¹⁷⁵

Einer verstärkten Gesundheitsförderung bedarf es im Rahmen der Suchtprävention bei exzessiver Mediennutzung. Internetsucht in ihren unterschiedlichen Ausprägungen ist als Krankheit im österreichischen Gesundheitssystem anzuerkennen, wird jedoch in den nächsten Jahren mehr an Bedeutung gewinnen. Motive für ein derartiges Suchtverhalten können in der Kompensation realweltlicher, sozialer Defizite, dem Mangel an sozialen Kontakten bzw Stressbewältigung durch Computerspiele, soziale Netzwerke & Co gesehen werden. Familien, Lehrer und Schulen sind gefordert, Suchtverhalten als solches wahrzunehmen, doch bedarf es gleichzeitig einer Sensibilisierung z. B. in Form von Medienkompetenz in Schulen, Aufklärungskampagnen durch die Bundesländer und österreichweit einer psychologischen Betreuung, Unterstützung wie auch Prävention bei internetbedingten Abhängigkeitssyndromen. Die digitale Droge Internet ist für Österreich statistisch wie auch faktisch noch nicht wirklich (an)erkannt und wahrgenommen worden, umso mehr gilt es, diesen Problembereich aufzugreifen und Präventionsmöglichkeiten anzubieten.

¹⁷⁴ Interessant auch der Zusammenhang von Bildung und Gesundheit, mehr dazu bei Kuntz, B., Bildung und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 314ff, 322; Richter, M. et al, Kinder und Jugendliche: Die Gesundheit der heranwachsenden Generation, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 493ff; Hartung, S., Gesundheitsförderung und Prävention in Settings: Elternarbeit in Kitas, Schule und Familienhilfe, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 599ff.

¹⁷⁵ Mehr zur zielgruppenorientierten Gesundheitsförderung bei Faltermaier, T./Wihofszky, P., Gesundheitsförderung und Prävention im Kontext von Public Health, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 263ff; Razum, O. et al, Migration und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 556ff; Lampert, T., Armut und Gesundheit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 575ff.

Maßnahmen am Arbeitsmarkt zur Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, positive Anreize für längeres Arbeiten und die Reduzierung von Frühpensionen durch psychologische Betreuung werden ebenfalls von zentraler Bedeutung sein.¹⁷⁶ Das Gesundheitsmanagement in Betrieben weist eine sehr hohe Vielfalt auf und wird innerhalb der nächsten Jahre einen Aufschwung erleben: Arbeitsschutzmaßnahmen, Bewegung und Sport, arbeitsplatznahe Physiotherapie, psychologische Hilfestellung, Ernährung, Stressbewältigung, Nikotin- bzw. Alkoholverzicht oder beispielsweise Disability Management, um nur einige Formen zu nennen.¹⁷⁷ Der Fehlzeitenreport 2012 führt in eben diesem Sinne an, dass nicht die Frage zu stellen sei, ob betriebliche Gesundheitsförderung in einer gesundheitsökonomischen Perspektive sinnvoll ist, sondern wie betriebliche Gesundheitsförderung gestaltet werden müsste.¹⁷⁸

Weg vom Patienten als Passivempfänger hin zum aktiv Eigenverantwortlichen als Förderer der Gesundheit

Nicht nur die Politik und Wirtschaft bzw. die jeweiligen Systeme, sondern jeder Einzelne wird unter Druck geraten, eigenverantwortlich zu handeln.¹⁷⁹ Auf individueller Ebene ist durch persönliches Engagement (gesunde Ernährung, Bewegung, wenig bis kein Alkohol, nicht rauchen) ein aktiver Lebensstil einzuschlagen, um chronische Erkrankungen vorweg zu vermeiden bzw. Nachteile auszugleichen wie auch zu reduzieren. Der Arzt fungiert dabei als Lebensberater in Gesundheitsfragen (Lebensstilmedizin), der unterstützend medizinische Informationen für eine sinnvolle Lebensgestaltung zur Verfügung stellt. Gesundheitsparameter dienen als Richtwert, die es anzustreben gilt. *Schmidt-Semisch/Paul* sprechen sogar von einer

¹⁷⁶ Richenhagen, G., Demografischer Wandel in der Arbeitswelt: Ein internationaler Vergleich im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 373, 379ff; Drupp, M., Betriebliches Gesundheitsmanagement durch die GKV – Erfahrungen und Ausblick, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 387ff.

¹⁷⁷ Slesina, W./Bohley, S., Gesundheitsförderung und Prävention in Settings: BGM, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 622; Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System*, Wien: Orac, 2009, 73ff.

¹⁷⁸ Fehlzeitenreport 2012, V,

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=700448&dstdid=29

¹⁷⁹ Rümmele, M./Feiertag, A., *Zukunft Gesundheit*, Wien: Orac Verlag, 2009, 12ff.

individuellen Pflicht zur Gesundheit im Verhältnis zu den knappen Ressourcen der Gemeinschaft.¹⁸⁰ Fehlende Bereitschaft zur Aktivität und Selbstsorge gelte nicht nur als unwirtschaftliches, sondern auch als asoziales und unmoralisches Verhalten.¹⁸¹ Der Weg vom paternalistisch umsorgten Patienten hin zum eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Gesunden/Patienten, unterstützt durch den Arzt als Gesundheitskoordinator, wird in den nächsten Jahren ein zentrales Thema werden.

Der individuelle Vorsorgegedanke kann durch die Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen beispielsweise in Form von prädiktiven Gentests¹⁸², Präimplantationsdiagnostik (PID), der Hortung von Eizellen, Blut, Nabelschnurblut, Gewebe zum Eigengebrauch in Bio- und Gewebebanken unterstützt werden, bedarf jedoch ärztlicher Beratung und Unterstützung. Medizinische Dienstleistungen werden zukünftig eine gewichtige Rolle einnehmen, und der Gesundheitssektor als Arbeitgeber dementsprechend ausgeweitet werden.¹⁸³ Diverse Gesundheitsleistungen werden nicht zur Gänze der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, zu differenzieren ist dabei zwischen möglichen, jedoch privat finanzierten Leistungen im Verhältnis zu Leistungen aus dem Gesundheitssystem bzw. gesetzlich nicht möglichen Leistungen, die in der Grenzregion Salzburg einen Gesundheitstourismus ins grenznahe Ausland begünstigen werden (Einzeltourismus, PID-Tourismus, Sterbetourismus).

Transparentes, einheitlich geregeltes Gesundheitswesen für gleiche Leistungen in allen Bundesländern

Bedingt durch die Kompetenzzersplitterung (Art 10 B-VG Gesundheits- und Sozialversicherungswesen, Art 12 B-VG bundesländerweite Krankenanstaltengesetze, Art 15a B-VG Vereinbarungen mit den Ländern) im Bereich Gesundheit, der Un-

¹⁸⁰ Siehe auch Greiner, W., Gesundheitsökonomie: Über die rationale Allokation knapper Ressourcen im Versorgungsalltag, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 329ff, 331ff.

¹⁸¹ Kritisch in Bezug auf die Eigenverantwortung Schmidt-Semisch, H./Paul, B., Risiko Gesundheit. Eine Einführung, in: *Risiko Gesundheit*, hg. v. B. Paul/H. Schmidt-Semisch, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, 13, 26ff.

¹⁸² Kollek, R./Lemke, T., *Der medizinische Blick in die Zukunft*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2008, 307ff.

¹⁸³ Kommission der EG, Weissbuch Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2012, 2007, KOM (2007) 630, http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_de.pdf.

übersichtlichkeit der Finanzgebarung bzw. aufgrund der unterschiedlich ausgestalteten Leistungen in den jeweiligen Bundesländern ist weder eine bundeseinheitliche Bedarfplanung, Steuerung und Qualitätssicherung noch eine transparente Finanzierung möglich. Eine Umstrukturierung ist aus allokatoren Gründen auch zum Wohle des Patienten (mehr Patienten- und Bedarfsorientierung, weniger Einrichtungsorientierung)¹⁸⁴ unausweichlich und wird die Kompetenzen der einzelnen Bundesländer auf den Bund in Form einheitlicher Rahmenplanung für den gesamten Raum Österreich übertragen.¹⁸⁵

Ausbau der geriatrischen Abteilungen, Palliativstationen und Hospize

Mit der Zunahme von älteren Menschen ist neben der Erhaltung der Alltagskompetenz im Sinne einer selbständigen Lebensführung¹⁸⁶, der Begleitung und Unterstützung von älteren Menschen in Alltagsfragen, dem Ausbau der Langzeitpflege, psychologischer Betreuung und geriatrischer Abteilungen auch die Sterbebegleitung (im Sinne von Pflege, Betreuung und Behandlung von Symptomen von Sterbenden)¹⁸⁷ notwendig und bedarf – bedingt durch eine verstärkte Nachfrage – vor allem im ländlichen Raum einer Aufstockung von geriatrischen Abteilungen, Palliativstationen bzw. Hospizen im Bundesland Salzburg.¹⁸⁸ Laut Aussage der Geriatrischen Ambulanz der Christian-Doppler-Klinik Salzburg kommt es in den nächsten 35 Jahren im Raum Salzburg zu einer Verdopplung der Zahl der über 60-Jährigen, die über 85-Jährigen verdreifachen sich sogar. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt von etwa 6.000 Personen auf ca 13.00 bis 15.000 an.¹⁸⁹

In der Neuauflage der österreichweiten Studie zum Image des Pflegeberufes (SeneCura) wird ausgeführt, dass die Pflege durch Angehörige abnimmt und dementsprechend mehr professionelle Pflegekräfte in Zukunft gebraucht werden, ein Wachstumsbereich, der den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren prägen wird.

¹⁸⁴ Der Spiegel, *Vorsicht, Medizin*, Nr. 33, 15.8.2011, 116ff.

¹⁸⁵ Schelling, H.-J., Masterplan Gesundheit. Einladung zum Dialog, http://www.hauptverband.at/mediaDB/730577_Masterplan%20Gesundheit_Langfassung.pdf.

¹⁸⁶ Dräger, D./Blüher, S., Lebenswelt und Gesundheit älterer Menschen, in: *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit*, hg. v. T. Schott/C. Hornberg, Wiesbaden: VS Verlag, 2011, 534ff.

¹⁸⁷ Siegmann-Würth, L., *Ethik in der Palliative Care*, Bern: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2011, 26f.

¹⁸⁸ Es existieren beispielsweise im Bundesland Salzburg die Palliativstation der Salzburger Landeskrankenanstalten (Medizin III/Onkologie), Krankenhaus Hallein, Tageshospiz Salzburg, Hospiz Initiative Tennengau, Palliativ & Hospiz mobil, Helga Treichl-Hospiz.

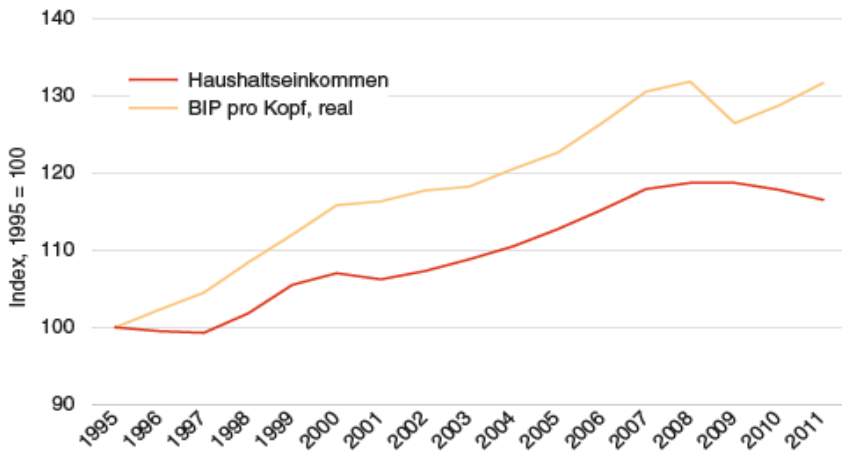
¹⁸⁹ <http://www.salk.at/1702.html>.

Bereits heute fallen auf die stationäre Altenpflege in Österreich rund 17.000 Vollzeitbeschäftigte. Damit gehören Österreichs Pflegeheime zu den größten Arbeitgebern des Landes. Bis 2020 werden entsprechend dieser Studie bis zu 50.000 Pflegekräfte mehr gebraucht.¹⁹⁰

Hinzu kommt eine verstärkte Unterstützung bei psychischen Erkrankungen. Davon betroffen ist vor allem jene Personengruppe, die älter als 60 Jahre und psychisch krank ist. Psychische Leiden treten in dieser Altersgruppe oft begleitend zu chronischen Erkrankungen oder Schmerzen auf, Vereinsamung ist in diesem Zusammenhang ein weiterer möglicher und wichtiger Faktor. Studien zeigen, dass psychisch stabile Menschen besser mit Krankheit, Schmerz und Alter umgehen können. Für das Gesundheits- und Sozialsystem liegt eine große Herausforderung darin, Präventionsmodelle zu entwickeln, die ältere Menschen dabei unterstützen, psychisch stabil zu bleiben, die Alltagssituationen und -abläufe erleichtern bzw. Vereinsamungen reduzieren.

Im Zusammenhang mit der Zunahme älterer, kranker und pflegebedürftiger Menschen wird auch die politisch-brisante Debatte um aktiv-direkte Sterbehilfe (medizinisch assistierter Suizid, Tötung auf Verlangen) in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen werden. Diesbezügliche rechtliche Änderungen der aktiv direkten Sterbehilfe (hier vor allem historisch bedingt die Variante des medizinisch assistierten Suizids) betreffen jedoch nicht nur das Bundesland Salzburg, sondern müssen auf einer rechtlichen Ebene österreichweit einheitlich geregelt und ausgestaltet werden.

¹⁹⁰ [http://www.senecura.at/news/presseinformationen/news-detail/?no_cache=1&tx_news_pi1\[controller\]=News&tx_news_pi1\[action\]=detail&tx_news_pi1\[news\]=1263&cHash=bebe395ebbadce2071fec6f2d373d37](http://www.senecura.at/news/presseinformationen/news-detail/?no_cache=1&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&tx_news_pi1[news]=1263&cHash=bebe395ebbadce2071fec6f2d373d37)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat. Erstellt am 1.10.2012

Abbildung 6.1: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf, Quelle: Statistik Austria, Wie geht's Österreich?

6. Un/Gleich in Salzburg

(Autorin: Waltraud Winkler-Rieder) Soziale Ungleichheit nimmt in Salzburg zu. Wohnen ist vor allem im Zentralraum zu teuer, die Lebenshaltungskosten und Einkommenszuwächse in Salzburg gehen immer weniger konform, ein Teil der Salzburger Jugendlichen kann nicht im Bildungssystem gehalten werden, es folgt in Salzburg eine noch stärkere Abgrenzung zwischen den sozialen Schichten.

„Der langfristige reale Anstieg des Indikators ist eingeschränkt positiv zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 1995, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) stärker entwickelten als die Einkommen der priva-

ten Haushalte. Kurzfristig zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Seit 2009 sind die Einkommen trotz steigenden BIP rückläufig und daher eher negativ zu bewerten.“ (zit. Statistik Austria, Wie geht’s Österreich? Kap. Materieller Wohlstand, Begleittext¹⁹¹)

6.1 Einführung

Die Schere zwischen Arm und Reich geht spürbar auseinander, ein Gemeinplatz der inzwischen von Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen, sozial- und wirtschaftsideologischen Ansichten und Meinungen als zutreffend bestätigt wird. Daran ändern auch empirische Belege, nach denen Österreich zu den Vorzeigeländern gehört und aufgrund der Maßzahlen auch so dargestellt werden kann, wenig. Selbst Menschen, die missbräuchliches Verhalten der sozialstaatlichen Angebote als die Ursache sehen, zeigen in dieser Diskussion eine gewisse Offenheit und die Einsicht, dass Gesellschaften mit einem hohen Maß an Gleichheit erwiesen besser dastehen. Der Wunsch vieler Menschen dazu ist, ganzheitliche Lösungsansätze zu finden, die für alle ein besseres Leben ermöglichen.

Im folgenden Artikel wird in aller Kürze beschrieben:

Aktuelle Definitionen und Indikatoren: Basis ist die gängige theoretische Literatur. Gefragt wird, was unter dem Titelbegriff „Ungleichheit“ zu verstehen bzw. gemeint ist.

Im Anschluss werden einige ausgewählte messbare Größen, die mit dem Thema verbunden werden können, dargestellt.

Schließlich wird, soweit eine Ableitung aus den zugänglichen Daten möglich ist, auf die spezielle Situation in Salzburg eingegangen.

In Folge werden die Schlussfolgerungen daraus gezogen.

Aufgrund des Rahmens kann hier nur eine Darstellung von Hard Facts vorgenommen werden. Das Thema würde eine weit umfassendere systemische Betrachtung verdienen, das heißt in Wirklichkeit einfordern. Eine Abschätzung der vielen Folgewirkungen (ich denke dabei beispielsweise an psychische, gesundheitliche, gemeinschaftliche), die diese Entwicklung auch beinhalten kann und wird, ist hier nicht enthalten. Diese Effekte werden zwar rudimentär immer wieder in Dis-

¹⁹¹

www.statistik.at/web_de/statistiken/wie_gehts_oesterreich/materieller_wohlstand/index.html?gid=2_5

kussionen angesprochen, es liegen meines Wissens aber noch keine greifbaren Untersuchungen dazu vor. Allerdings könnte dazu aus anderen Forschungsbereichen sicherlich Wissen transferiert bzw. auf Vorliegendem aufgebaut werden.

6.2 Definition und Indikatoren

Josef Stiglitz zeigt die Situation in den USA auf: „Die Reichen werden reicher ... die Armen werden ärmer ... die Mittelschicht wird ausgehöhlt.“¹⁹² Ungleichheit bezieht sich darin vor allem auf die Einkunftsdisparitäten. Das leuchtet ein. Genau hier sind auch die derzeitigen Grenzen der Bewertungs- und Messgrößen die die Wissenschaft und Politik für eine Analyse und Handlungsorientierungen braucht. Eine bekannte Diskussion aus der Armutsforschung. Die Komplexität des Begriffes umfasst aber natürlich wesentlich mehr als die ökonomische Begründung im Sinne der materiellen Bedeckung der menschlichen Bedürfnisse. Die Wahrnehmung der immateriellen Partizipation muss hier ebenso greifen. Es gilt daher, über die ökonomischen Komponenten hinaus, politische, ökologische und kulturelle Faktoren mit in die Diskussion und Bewertung von „Wohlstand“ mit einzubeziehen.

Eine Reihe von Indikatoren werden von der Weltbank für ein „Inequality ranking“¹⁹³ herangezogen: Lebenserwartung, Teenager-Schwangerschaften, Fettleibigkeit, Kindersterblichkeit, Kriminalitäts-Mordraten, Gefängnisinsassen, Armutsrate, Schwierigkeiten mit Einkommen, Wahlbeteiligung, globaler Friedensindex, gegenseitiges Vertrauen.

Derzeit wird für eine Definition und einen Vergleich von Einkommensungleichheit meist der sogenannte Gini index verwendet: „This index measures the degree of inequality in the distribution of family income in a country. The index is calculated from the Lorenz curve, in which cumulative family income is plotted against the number of families arranged from the poorest to the richest. The index is the ratio of

- (a) the area between a country's Lorenz curve and the 45 degree helping line to
- (b) the entire triangular area under the 45 degree line.

¹⁹² Stiglitz, J., *Der Preis der Ungleichheit Wie Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, Siedler Verlag, München 2012, 36.

¹⁹³ Buggler, R., *Ungleichheit in Salzburg*, Vortrag auf der Folgekonferenz zur 5. Regionalen Sbg. Armutskonferenz, Arbeiterkammer Salzburg 5. Dezember 2012.

The more nearly equal a country's income distribution, the closer its Lorenz curve to the 45 degree line and the lower its Gini index, e.g., a Scandinavian country with an index of 25. The more unequal a country's income distribution, the farther its Lorenz curve from the 45 degree line and the higher its Gini index, e.g., a Sub-Saharan country with an index of 50. If income were distributed with perfect equality, the Lorenz curve would coincide with the 45 degree line and the index would be zero; if income were distributed with perfect inequality, the Lorenz curve would coincide with the horizontal axis and the right vertical axis and the index would be 100¹⁹⁴.

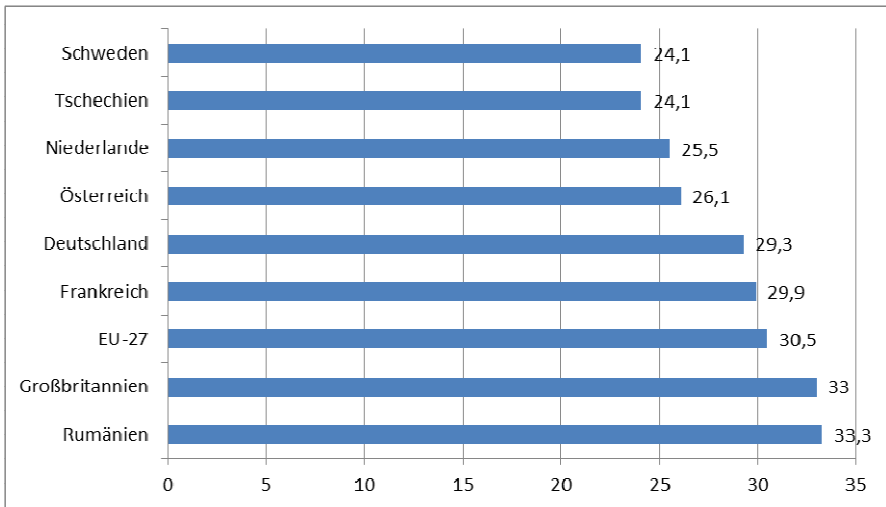


Tabelle 6.1: Gini-Koeffizient 2010 im Vergleich (%), Quelle: Eurostat-EU-SILC

Eurostat weist für die Eu-27 einen relativ konstanten Gini index mit 30,5 (2010) aus, für Österreich wird ein Gini index von 26,1 (2010), 26 (2007) gegenüber 31 (1995)¹⁹⁵ geführt. Unter anderem wird in der Begründung für die gleichere Verteilung darauf hingewiesen, dass in Österreich die monetären Sozialleistungen überdurchschnittliche Bedeutung haben.

¹⁹⁴ The World Factbook, *Distribution of family income - Gini index*, <https://www.cia.gov/library/publications/.../rankorder/2172rank.html>.

¹⁹⁵ *bmask, Sozialpolitische Indikatoren Österreich im internationalen Vergleich*, bmask.gv.at, Abt. V/4, 5. www.bmask.gv.at/.../sozialpolitik_im_internationalen_vergleich_-_0...

Diese Datendarstellungen sind auf den ersten Blick erfreulich, weisen auf hohe Wertschöpfung und Einkommensgleichheit hin. Dennoch gibt es eine Reihe von kritischen Hinweisen, die die subjektiv gefühlte, vor allem mittlerweile tendenziös schleichend spürbare Ungleichheit in vielen Bereichen und Schichten in der Bevölkerung auch faktisch erklären. Tageszeitungen und Medien berichten häufiger über die „Zeit der Verlierer“, den „Angriff auf den Mittelstand“ und haben mit dem Aufzeigen aktueller Beispiele keine Not. Zukunftsängste werden durch die mediale Berichterstattung und persönliche Erfahrung zusätzlich geschürt. Aggression und persönlich gefühlte Krisenbedrohung gehen Hand in Hand, die Gefahr sich zu verschulden, empfinden beispielsweise mehr als 30 % der ÖsterreicherInnen¹⁹⁶ unmittelbar. Hohe Erwartungen einerseits und mangelnde Anerkennung andererseits führen zu Vertrauensverlust und damit zu allgemeiner Unsicherheit.

6.3 Ungleichheit in Salzburg

Auch in Salzburg mehren sich lokale (Medien)Berichte mit Inhalten zum Thema Ungleichheit. Trotz Arbeit ist es vielen Familien nicht mehr oder nur sehr schwer möglich, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Im Hintergrund kursiert zunehmend die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Dem Wunsch, etwa Wohnungseigentum anzuschaffen, kann kaum mehr nachgekommen werden. Wie erwähnt, sind eine Reihe anderer Kriterien wie der Zugang zu Bildung und politischer Beteiligung wichtig, um Gleich- oder Ungleichheit zu bemessen. Aufgrund der vorliegenden Datenlage werden im Folgenden die Zahlen und Fakten für Salzburg anhand der verfügbaren Statistiken zu

- Lohnunterschieden / Einkommen
- Wohnungskosten
- Leben
- Bildung

dargestellt und kurz analysiert.

Dabei wird vor allem die Lage der unselbstständigen Bevölkerung betrachtet, das heißt aber nicht, dass die vielen selbstständig arbeitenden Menschen in Salzburg weniger betroffen sind. Alleine die Tatsache, dass die Anzahl der EP-

¹⁹⁶ Vgl. Buggler (Fn 3), 37.

UnternehmerInnen stark ansteigt - wenn dadurch Fähigkeiten erweitert und Lebensstandard erhöht werden können - ist erfreulich. Hierzu sind aber viele Jahre Aufbauarbeit oftmals mit geringen Einkünften verbunden. Zeitgleich ist diese Gruppe mit wenigen sozialen Absicherungsmöglichkeiten ausgestattet. Das Risiko für diese Gruppe von Selbständigen in punkto Ungleichheit ist daher ebenso entsprechend hoch einzuschätzen. Hier fehlt allerdings noch weitgehend entsprechendes Analysedatenmaterial.

Beginnen wir mit dem Vergleich nach dem aktuellen Gini index, der vom Land Tirol berechnet wurde und einen Vergleich mit den österreichischen Bundesländern ausweist. Der GINI Koeffizient zeigt Salzburg erfreulicherweise an dritter Stelle nach den Bundesländern Wien und Vorarlberg.

Äquivalisiertes Einkommen in den Bundesländern	S80/S20	GINI Koeffizient
Wien	4,81	30,8
Vorarlberg	4,08	29,0
Salzburg	3,81	27,2
Österreich	3,73	26,1
Steiermark	3,62	25,0
Tirol	3,40	24,7
Niederösterreich	3,44	24,3
Kärnten	3,59	24,2
Burgenland	3,41	23,8
Oberösterreich	3,28	23,2

Tabelle 6.2: GINI Koeffizient nach Bundesländern, Buggler, (FN 3) Quelle: Land Tirol, Auswertung der Stat. Abteilung¹⁹⁷

Im nächsten Kapitel vertiefen wir die Situation in Salzburg: dazu werden Vergleiche bei Löhnen und Gehältern, bei den Wohnungs- und Lebenshaltungskosten sowie im Bildungsbereich herangezogen.

Lohn- und Gehaltsunterschiede

Die Verteilung der Löhne ist ein Grund für materielle Ungleichheit. Ein anderer sind ungleich lange Arbeitszeiten. Lohnhöhe und Arbeitszeit bestimmen weitge-

¹⁹⁷ Vgl. Buggler (FN 3) 13

hend die Höhe des Einkommens. In früheren Zeiten konnte (ohne große Fehler) aus ungleich verteilten Löhnen auf ungleich verteilte Arbeitseinkommen geschlossen werden. Das hat sich geändert. Nicht alle ArbeitnehmerInnen arbeiten in Vollzeit. Die Löhne haben noch ein leichtes Übergewicht, das Niveau der Ungleichheiten der Arbeitseinkommen zu erklären.

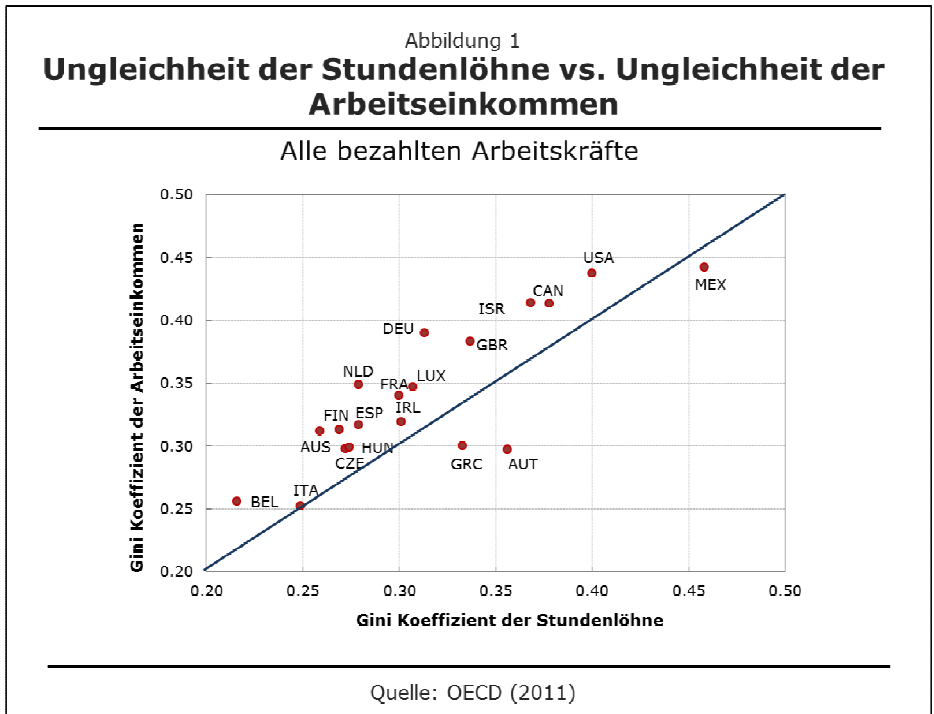


Abbildung 6.2: Ungleichheit der Arbeitseinkommen versus Ungleichheit der Stundenlöhne, Quelle: OECD

Die Arbeitszeiten haben aber stark aufgeholt. Für die Erklärung der Ungleichheit ist der „Mengeneffekt“ mit dem „Preiseffekt“ schon gleichauf. Nach Lohnsteuerstatistik und WIFO-Berechnungen in bezug auf die lohnpflichtigen Einkommen¹⁹⁸ zeigt der Gini index, dass die Verteilung ungleicher wird (für 1976: 0,349 für 2010: 0,452).

¹⁹⁸ Vgl. Buggler (Fn 3), 7

2011 waren in Salzburg 253.000 Beschäftigte gemeldet, die Beschäftigung stieg um 2,9 %, die Versicherungstage sind um 2,5 % gesunken. Die vom Hauptverband der österreichischen Versicherungsträger veröffentlichten Statistiken zeigen, bezogen auf das Bundesland Salzburg, aufgrund der zuletzt verfügbaren Einkommensvergleiche¹⁹⁹ für ArbeitnehmerInnen aber eindeutig Reallohnverluste. Das Bundesland Salzburg nimmt dabei unter den Bundesländern Platz 7 ein, das monatliche Mediaeinkommen (Brutto inkl. Sonderzahlungen) betrug 2011 in Salzburg 1.847 Euro (nur in Tirol waren die Beschäftigteneinkommen mit 1.826 Euro und im Burgenland mit 1.631 Euro niedriger). Die Salzburger ArbeitnehmerInnen verdienen damit um 4,53 % weniger als der Durchschnitt der österreichischen ArbeitnehmerInnen, der Abstand hat sich gegenüber 2010 (Salzburg war damals vor Kärnten an 6. Stelle) vergrößert. Positiv: die Fraueneinkommen (Euro 1.489) sind im Vergleich höher, d. h. näher am Österreichmediaeinkommen.

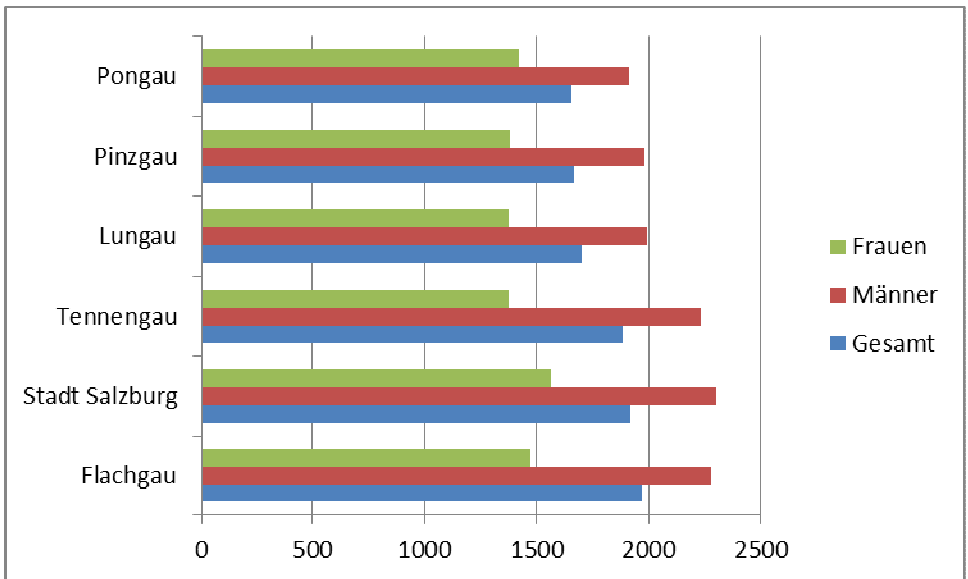


Tabelle 6.3: Bruttomediaeinkommen in Salzburg nach Bezirken 2011 (Jahresvierzehntel in Euro),
Quelle: Preisig (Fn 9) 19.

¹⁹⁹ Preisig, F., *Einkommen 2011 der Arbeiter und Angestellten in Salzburg*, Analyse statistischer Daten aus der Sozialversicherung, Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg, September 2012

Die geografische Verteilung der Einkommen in Salzburg ist sehr unterschiedlich. Der Flachgau führt das Ranking (mit Euro 1.970) an, das Schlusslicht macht der Pongau (Euro 1.653). Der Grund hierfür ist in der Branchenstruktur zu finden. Der hohe Dienstleistungsanteil, der sich vor allem auf den Tourismusbereich (Saisonarbeit) und die Bauwirtschaft konzentriert, zeigt im Süden Salzburgs entsprechende Auswirkungen. Insgesamt hat sich der Abstand zwischen den einzelnen Landes-teilen allerdings verringert. Der Lungau hat aufgeholt, dies ist mit einem Zuwachs der Produktionsbeschäftigten (über neue Betriebsansiedelungen) zu erklären.

Die ökonomische Situation hat markante Auswirkungen auf das politische Interesse von Menschen. Eine aktuelle Untersuchung über politische Teilhabe²⁰⁰ hat diese These vertieft. Für Salzburg zeigt sich, dass Stadtteile mit ökonomisch starker Bevölkerung z. B. eine wesentliche höhere Wahlbeteiligung aufweisen als beispielsweise der Stadtteil Elisabeth-Vorstadt, wo wirtschaftlich schwächere Einwohner/Innen beheimatet sind. Oder: In agrarisch geprägten kleineren Orten ist die Wahlbeteiligung höher als in größeren Orten (Beispiel Landtagswahlen 2009: Lungau – 84,5 %, Stadt Salzburg 60,1 %).

Wohnungskosten

Was Salzburg aber besonders auszeichnet, sind die generellen Kosten für Wohnen. Hier kam es 2010 auf 2011 nochmals zu massiven Steigerungen. In der Stadt Salzburg beispielsweise sind Mietsteigerungen in einem Jahr von bis zu 7,1 % auszumachen. Die Kosten für Wohnungskauf erhöhten sich auf bis zu 12,7 %. In den letzten fünf Jahren stiegen die Wohnungspreise um 27,5 %²⁰¹.

²⁰⁰ Depner-Berger, E./Stefan Wally, *Politische Teilhabe, JBZ - arbeitspapier 20*.

²⁰¹ Preisig, (Fn 9), 27

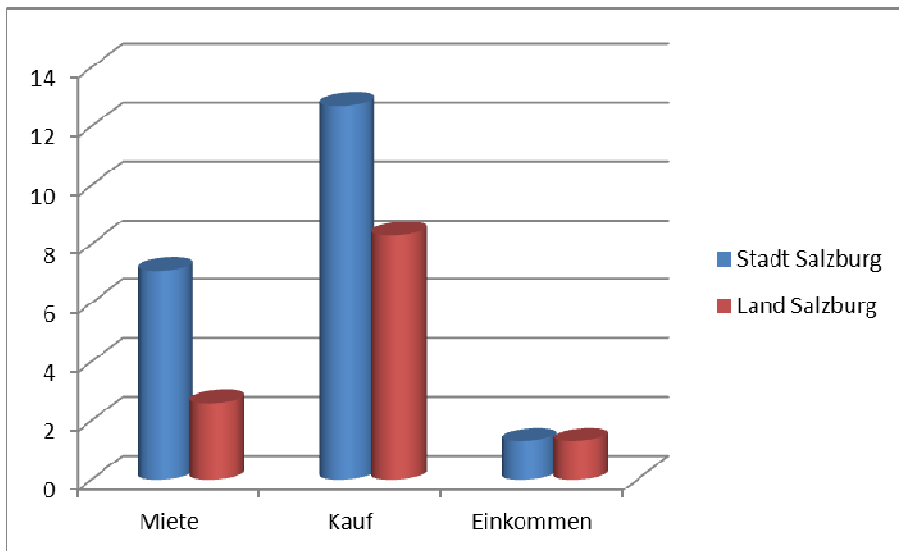


Tabelle 6.4: Verteuerung für Wohnraum in Salzburg 2010-2011 in %, Quelle: Preisig (Fn 9) 26.

Damit wird die viel zitierte „Schere“ zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommenslage weiter geöffnet. Dies muss als deutliches und belegbares Faktum für die von vielen Menschen geäußerte Bedrohung gesehen werden. Derartige Entwicklungen zeigen auf, dass selbst mit großzügigeren Lohn- und Gehaltsabschlüssen nicht mehr adäquat reagiert werden kann: sprich selbst mit höherem Einkommen können Frauen und Männer sich Salzburg nicht mehr leisten. Immer mehr Menschen erleben hautnah, was es bedeutet, am Alltagsleben nicht mehr teilnehmen zu können. „Armut ist nicht ein zu vernachlässigendes Nebenprodukt des Wirtschaftswachstums, sondern der Testfall und Prüfstein für eine humane und gerechte Wirtschaft - ...“²⁰²

Leben

Die realen Einkommensverluste von ArbeitnehmerInnen in Salzburg wurden dargestellt. Thematisch gegenüber zu stellen sind nunmehr die allgemeinen Preissteigerungen, die 2011 besonders stark ausgefallen sind. 3,3 % betrug die durch-

²⁰² Mydral, G., *Asiatisches Drama. Eine Untersuchung über die Armut der Nationen*, Frankfurt am Main, 1980, 28.

schnittliche Inflationsrate nach den Berechnungen der Statistik Austria; es war damit eine der höchsten Steigerungen seit 1990. Die markantesten Zuwächse (jeweils rund + 5 %²⁰³) betrafen vor allem Verkehr, Nahrung und Energie. Das sind grundsätzliche Lebensbereiche mit Gütern des täglichen Bedarfs für alle Bevölkerungsschichten. Die Folgen dieser Entwicklung treffen die unteren Einkommensbereiche aber wesentlich stärker. Zwischenzeitlich geben 25 % der Haushalte an, dass sie unerwartete Ausgaben nicht tätigen könnten, 4 % können die Wohnung nicht angemessen warm halten (nach Erhebungen der Statistik Austria zur finanziellen Deprivation aus 2010). Nicht nur Wohnungsankauf oder Miete sind in Salzburg außerordentlich und für viele Menschen trotz Erwerbsarbeit nicht mehr leistbar. Die neuen Berechnungen der Statistik Austria²⁰⁴ zeigen diese Entwicklungen im Vergleich dramatisch auf: der durchschnittliche Wohnungsaufwand ist in Salzburg an der Spitze im Österreichvergleich angekommen. Zum Ausgleich werden Menschen über die ergänzende Wohnbedarfshilfe unterstützt²⁰⁵, die Zahl der unterstützten Personen ist 2011 um 1,7 % gestiegen.

Ergebnisse im Überblick: Gegen Entgelt benützte Wohnungen mit Betriebskostenangabe nach Bundesland (Zeitreihe)										
Jahr, Quartal	Österreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Gegen Entgelt benützte Wohnungen mit Betriebskostenangabe (in 1.000)										
2009	1852,8	19,6	918	209,4	245,9	12,8	214,8	134,9	64,3	759,4
2010	1889,6	19,9	94,4	211,3	251,3	13,5	223,1	141,8	66,3	768,0
2011	1896,6	21,2	97,3	217,2	243,7	16,3	222,0	142,0	67,9	769,1
3. Quartal 2011	1891,5	21,4	97,2	217,9	244,0	16,8	220,8	139,1	68,3	765,9
4. Quartal 2011	1901,0	21,4	97,9	222,8	242,8	16,8	221,2	140,0	68,6	769,5
1. Quartal 2012	1920,7	20,8	102,2	228,2	248,2	17,6	220,6	139,2	70,0	774,1
2. Quartal 2012	1922,6	20,6	101,7	227,4	249,3	20,1	221,9	140,3	68,9	772,4
3. Quartal 2012	1938,2	21,1	101,6	227,2	255,7	21,6	216,6	147,2	70,5	774,8
Durchschnittlicher Wohnungsaufwand pro Wohnung (€)										
2009	389	359	351	360	392	421	375	407	449	391
2010	399	356	357	377	399	427	377	413	443	408
2011	411	378	378	395	407	437	377	421	443	423
3. Quartal 2011	411	383	380	396	402	441	373	425	446	424
4. Quartal 2011	420	391	388	401	412	446	384	429	443	437
1. Quartal 2012	422	379	375	394	410	455	387	434	461	441
2. Quartal 2012	426	377	379	399	406	462	392	432	464	446
3. Quartal 2012	424	384	380	396	415	445	394	428	454	444

Tabelle 6.5: Statistik Austria, Wohnungsaufwand im Überblick 2009-2012

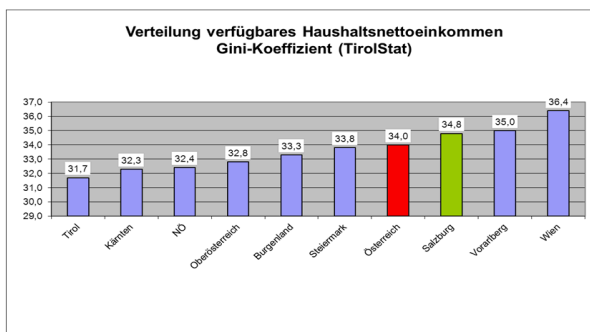
²⁰³ Treibstoffe wurden 2011 sogar um 18 % teurer!

²⁰⁴ STATISTIK AUSTRIA, *Betriebskosten*, 14.12.2012,

www.statistik.at/web_de/...und.../wohnungsaufwand/.../index.html

²⁰⁵ Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 18. Jänner 2011 über die ergänzende Wohnbedarfshilfe gemäß dem Salzburger Mindestsicherungsgesetz (Mindestsicherungsverordnung-Wohnbedarfshilfe – MSV-W)_LGBl Nr 45/2012.

Der Sozialbericht 2011 zeigt unter dem Kapitel „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ die Folgen: 21 Personen (pro 1000 EW) erhielten Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Es zeigt sich ein starkes Stadt-Land-Gefälle (spiegelt die soziodemografischen Faktoren wider): die Stadt Salzburg war Spitzenreiterin mit 47 unterstützten Personen, der Lungau mit 5 hatte die geringste Anzahl von Personen die Unterstützung erhielten²⁰⁶. Gegenüber den Vorjahren (2009, 2010) ist die Anzahl relativ konstant geblieben. Allerdings: Im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten ist die Anzahl der Mindestbezieher/Innen in Salzburg mehr als doppelt so hoch,²⁰⁷ und dies wird auf die hohen Wohnungspreise zurückgeführt. Dem gegenüber steht: Das verfügbare Einkommen netto pro Haushalt in Salzburg ist eines der höchsten in Österreich. TirolStat berechnet den Gini-Koeffizient für Salzburg mit 34,8, der Durchschnitt in Österreich beträgt 34,0. Nur VorarlbergerInnen (35) und WienerInnen (36,4) haben ein höheres verfügbares Haushaltseinkommen²⁰⁸. Insbesondere Finanz- und Sachvermögende partizipieren derzeit an der Vermögensverteilung, auch Salzburg hat 5200 Millionäre (ca. 1 % der Bevölkerung) die über mindestens einer Million Euro Finanzvermögen verfügen.



Salzburger Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Folgekonferenz 05. Dezember 2012

Abbildung 8.3: Gini Koeffizient, Haushaltsnettoeinkommen, Quelle: Buggler (FN 3) 14

²⁰⁶ Statistik Austria, Unterstützte Personen pro 1000 Einwohner 2011: Stadt Salzburg (47), Hallein (14), Sbg.-Umgebung (11), St. Johann/Pongau (9), Tamsweg (5), Zell/See (12)

²⁰⁷ In Linz Stadt waren es 2011 - 8 und in Graz waren es - 17 unterstützte Personen (pro 1000 EW),

Quelle: Sozialbericht Salzburg 2011 31 www.salzburg.gv.at/themen/gs/soziales/.../sozialberichte.htm

²⁰⁸ Buggler, (Fn 3) 14.

Bildung

Der Anteil an gebildeten und weiterbildungshungrigen SalzburgerInnen ist hoch. 19 % verfügen über einen Universitäts- oder Hochschulabschluss. Salzburg hat über 20.000 Studierende, ist Standort von 3 Universitäten bzw. einer Pädagogischen Akademie. In der Stadt Salzburg ist die Abdeckung mit Kindergartenplätzen zu 96 % erfüllt. Die Weiterbildungseinrichtungen können aufgrund der TeilnehmerInnenzahlen Spitzenwerte nachweisen und liegen im Österreichvergleich mit Wien gleichauf an erster Stelle²⁰⁹.

In Österreich gibt es aber ca. 75.000 Jugendliche, die keine anerkannte Ausbildung haben, in keinem (Ausbildungs-)Training oder in Beschäftigung sind. 6,9 % oder 4047 Jugendliche (16 bis 24 Jahre) davon werden in der Statistik Salzburg zugeordnet.

Zusätzlich werden 2012 ca. 9.900 jugendliche Personen mit akutem Qualifizierungsbedarf geortet. Dies lässt darauf schließen, dass sich auch hier die „Scherre“ weiter öffnet. Insbesondere Jugendliche mit Grundschulabschluss sind in geringfügigen oder in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu finden. Eine Situation der Schwäche, die aufgrund von Abhängigkeit und Erniedrigung, Ohnmacht und gesellschaftliche Verachtung folgen lässt. Eine tickende Zeitbombe.

6.4 Schlussfolgerungen

Für die Bereiche Einkommen, Wohnen, Lebenskosten und Bildung wurde mit dieser Darstellung versucht, gestraffte Einblicke zu Salzburg zu bieten, um so einen Überblick zum aktuellen Stand von Ungleichheit - bezogen auf materielle Faktoren - zu geben.

Als zentrale Aussage kann zusammengefasst werden: Aufgrund der Entwicklung, die auch mit Fakten und Zahlen zu belegen ist, nimmt die Abgrenzung zwischen den sozialen Schichten zu. Die ökonomische Situation zeigt Auswirkungen auf die politische Teilhabe: Menschen mit geringerem Einkommen sind weniger an politischer Partizipation interessiert.

²⁰⁹ Wissensstadt Salzburg, *Analyse der Angebote und Strukturen*, Dezember 2012.

Zudem lassen sich markante Tendenzen ausmachen:

Die Risikogruppe aus Menschen die nicht mehr am Alltagsleben teilnehmen können wird sich in Salzburg vergrößern:

1. weil die Einkommen immer stärker auseinander klaffen: das verfügbare Einkommen der Salzburger/Innen ist eines der höchsten (an 3. Stelle) Österreichs. Zeitgleich verdienen Arbeitnehmer/Innen weniger als der durchschnittliche Österreicher; Salzburg nimmt unter den neun Bundesländern in der Statistik Platz 7 ein.

2. weil der hohe Dienstleistungsanteil in der Branchenstruktur (v. a. Tourismus, Bau und Handel) niedrigere Löhne und Gehälter zur Folge hat und eine starke Produktionswirtschaft im Bundesland Salzburg fehlt. Das bewirkt, dass in Salzburg die durchschnittlichen Löhne um 4,5 % niedriger sind als in anderen Bundesländern.

3. weil die Einkommen real sinken: die neuen Statistiken zeigen eindeutig Reallohnverluste für Arbeitnehmer/Innen auf. Die Einkommen am BIP sind rückläufig.

4. weil die Preissteigerungen auch für Güter des täglichen Bedarfs zunehmen: die Kosten des täglichen Bedarfs sind überdurchschnittlich (2011 um 5 %) gewachsen (v.a. Treibstoffe, Energie, Nahrung, Verkehr). Diese Erhöhungen betreffen Bezieher kleinerer Einkommen stärker.

5. weil die Wohnungskosten in Salzburg überdimensional hoch sind: in Salzburg ist der Wohnungsaufwand österreichweit am höchsten. Diese prekäre Situation muss über die Sozialpolitik abgefedert werden. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird zusätzlich mit der ergänzenden Wohnbedarfshilfe, die anfallende Mieten und Betriebskosten abdeckt, aufgestockt.

6. weil trotz hoher Bildungsquote viele Jugendliche in Salzburg über keinen Abschluss verfügen und auch für keine andere Ausbildung zugänglich sind: diese Menschen fehlen als Fachkräfte (später) im Arbeitsprozess, sie sind aber auch Teil jener Gruppe die überdurchschnittliche Distanz zur Politik aufbauen.

Absehbare Folgen können sein:

- In den Verliererschichten werden sich Druck und Stress verstärken

- Die Unsicherheit und damit die Unzufriedenheit wächst
- Die Aggression und damit Bedrohung durch entsprechendes Verhalten für die Allgemeinheit steigt
- Vereinsamung nimmt zu
- Soziale und politische Auseinandersetzungen steigen
- Das Interesse für politische und gesellschaftliche Partizipation ist nicht mehr vorhanden, die Ablehnung der offiziellen Institutionen wächst
- Aufgrund der demografischen Entwicklung fehlen für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Wirtschaftslebens immer mehr Fachkräfte.

7. Zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft

(Autor: Jakob Reichenberger)

7.1 Einleitung

Unsere heutigen Lebenswelten wachsen zunehmend zusammen, gleichzeitig differenzieren sie sich immer weiter aus. Ein Widerspruch? Zu erklären ist diese These mit dem Phänomen der „Globalisierung“, das auch in ländlichen Regionen bereits unaufhaltsam Einzug gehalten hat. Die Ursachen für „Globalisierungsphänomene“ sind vielfältig. Hauptantriebsfelder sind sicherlich die zunehmende Mobilität der Menschen und die Möglichkeit des Austausches von Ideen und kulturellen Gütern über räumliche, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg. Ideen und Informationen verbreiten sich mit enormer Geschwindigkeit über die gesamte Erdoberfläche und werden so zu Inspirationsquellen und „Geburtshelferinnen“ von neuen Identitätskonstruktionen und neuen (Sub-)Kulturen. Aufgrund dieser Entwicklungen ist davon auszugehen, dass die kulturelle Vielfalt im Bundesland Salzburg auch weiterhin zunimmt. Menschen, die nach Salzburg zuziehen, bringen eigene kulturelle Prägungen mit, die durch die lokalen kulturellen Prägungen wieder neue Formen von Kultur hervorbringen.

7.2. Theoretische Überlegungen – 3 Anmerkungen

Um die These der Zunahme kultureller Vielfalt nachvollziehen zu können, braucht es zumindest drei theoretische Vorüberlegungen. Diese sollen im nächsten Schritt

dargelegt werden. Es braucht (i) ein Verständnis darüber, wie sich Identität konstituiert, (ii) eine Analyse dessen, was unter ‚Kultur‘ verstanden werden kann und (iii) eine Beschreibung unserer heutigen Zeit, in der die Möglichkeiten, die vor einigen Jahrzehnten noch nicht gegeben waren und die unsere Zeit ganz wesentlich prägen, hervorgehoben werden.

Identität

Die Frage nach der Identität von Menschen ist deshalb so wichtig, weil in ihr individuelle wie kollektive Antwortversuche zusammentreffen. „Wer oder was bin ich?“, ist die Frage, die hier gestellt wird. Der/die Einzelne versucht diese Frage zu beantworten und nimmt dabei Bezug auf das ihn/sie prägende soziale Umfeld.

„Im normalen Leben verstehen wir uns als Mitglieder einer Vielzahl von Gruppen, denen allen wir angehören. Staatsangehörigkeit, Wohnort, geografische Herkunft, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, politische Ansichten, Beruf, Arbeit, Essgewohnheiten, sportliche Interessen, Musikgeschmack, soziale Engagements usw. – das alles macht uns zu Mitgliedern einer Vielzahl von Gruppen. Jedes dieser Kollektive, denen ein Mensch gleichzeitig angehört, verleiht ihm eine bestimmte Identität. Keine seiner Identitäten darf als seine einzige Identität oder Zugehörigkeitskategorie verstanden werden.“²¹⁰

Diese Zeilen Amartya Sens beschreiben ziemlich genau das Unterscheidende unserer heutigen Zeit. Wir leben in einer Zeit der Möglichkeiten, die es dem Individuum ermöglichen Entscheidungen zu treffen und somit, abhängig von ganz unterschiedlichen Gruppen und Gemeinschaften – das ist das Neue – die eigene Identität zu bestimmen. Hinter all diesen Gemeinschaften, denen ein Mensch angehören kann, können ganz unterschiedliche Kulturen stehen. Bezeichnend ist die Freiheit der Menschen, diese Gruppen weitgehend selbst zu wählen und die Möglichkeit Gruppenzugehörigkeiten auch wieder zu beenden: In vielen Fällen werden diese Gruppenidentitäten für einen befristeten Zeitraum gewählt und ermöglichen eine Fortschreibung des eigenen Identitätsverständnisses.²¹¹

In vielen Gedankengebäuden wird Identität noch ausschließlich mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, vielleicht sogar mit der Zugehörigkeit zu einer

²¹⁰ Sen, A., *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*, München: C.H.Beck, 2007, 20.

²¹¹ Vgl. dazu auch Reichenberger, J., *Fundamentalismus verstehen. Religiöser Fundamentalismus im gesellschaftlichen Spannungsfeld*, Saarbrücken: VDM, 2009, 40-61.

Nation beschrieben. Dahinter wird dann eine einheitliche Kultur vermutet, die die „Software“ der jeweiligen Menschen darstelle. Die Verbindung von Nationalität mit Ethnizität und Kultur hat in der jüngeren Geschichte schon sehr viel Leid und menschenverachtende Praktiken hervorgebracht und ist heute kaum mehr zu verantworten.²¹² Sie relativiert sich selbst, wirft man einen Blick auf den Kulturbegriff.

Kultur

Ohne hier eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff bieten zu wollen, kann Kultur zum einen als Gegenbegriff zur Natur gesehen werden. Kultur ist ein Vorgang, indem der Mensch aktiv gestaltet. Zum anderen ist Kultur der Rahmen, innerhalb dessen sich das menschliche Leben abspielt. In seiner praktischen Dimension gibt dieser Rahmen ein spezifisches Deutungs- und Orientierungswissen, Werthaltungen, sowie spezifische Rituale und Handlungsanleitungen vor. Dass ein Mensch einer Kultur angehört, zeigt sich, indem er diese Handlungsanleitungen befolgt und die entsprechenden Rituale vollzieht.²¹³ Im Gegensatz zu einem von Johann Gottfried Herder geprägten Kulturbegriff, der eine Kultur immer mit einem bestimmten Volk in Zusammenhang bringt, begegnet man heute einer Vielzahl an unterschiedlichen Kulturen, nicht nur innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch „innerhalb“ eines Individuums. Kulturen beeinflussen sich gegenseitig, sie durchdringen einander, indem neue Elemente aus einer anderen Kultur aufgenommen werden. Dadurch entstehen neue Kulturen.²¹⁴ Man spricht in diesem Zusammenhang von „Transkulturalität“ und „hybriden Kulturen“.

Gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Globalisierung

Die Ermöglichung von Transkulturalität und hybriden Kulturen liegt in den großen Errungenschaften der Moderne. Der Fortschritt in Naturwissenschaft und Technik führt zu Gesellschaftsformen, die sich immer weiter spezialisieren und ausdiffe-

²¹² Vgl. Gracia, J., Die ethnisch definierte Nation hat ausgedient – aber nicht die Ethnizität, in: Stemmler, S., *Multikultur 2.0. Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung/1170), Göttingen: Wallstein, 2011, 83-93.

²¹³ Vgl. Hansen K.P., *Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung* (UTB/ 1846), Tübingen (u.a.): UTB, 2003, 11-16.

²¹⁴ Vgl. Welsch, W., Auf dem Weg zu transkulturellen Gesellschaften, in: Allolio-Näcke, L., (u.a.) (Hg.), *Differenzen anders denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz*, Frankfurt a.M.: Campus, 2005, 314-341.

renzieren. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen werden oft mit dem Begriff „Globalisierung“ beschrieben. Wir leben in einer Welt, die kleiner geworden ist. Mithilfe modernster Techniken wissen wir von Ereignissen, die am anderen Ende der Welt passieren, innerhalb von Sekunden. Die Mobilität von Personen und Gütern ist gestiegen. Distanzen von tausenden Kilometern stellen kaum noch Barrieren dar. Ständig sind wir mit neuen Ideen, Lebensweisen und Kulturformen konfrontiert, die, losgelöst von ihrem Herkunftsort, plötzlich auch in neuen Kontexten verfügbar und lebbar werden.

7.3. Indikatoren der kulturellen Vielfalt

Messbare Indikatoren für eine Zunahme von kultureller Vielfalt gibt es viele. Ein leicht verständliches Beispiel für Transkulturalität ist die Esskultur. Ein Blick in die Speisekarten der örtlichen Restaurants gibt hier Auskunft.

Ganz unabhängig von den Inhabern/den Inhaberinnen des jeweiligen Restaurants, können wir aus Gerichten von ganz unterschiedlichen „Kulturkreisen“ wählen. Das ungarische Gulasch neben der italienischen Pizza scheint uns bereits so vertraut, dass die Herkunftsbezeichnung eher irritiert.

Ähnlich wie in der Esskultur beobachten wir auch in anderen Lebensbereichen kulturelle Neukompositionen. Menschen sind immer Botschafter von Kulturen. Wenn sie sich für einen längeren Zeitraum an einem Ort niederlassen, prägen sie diesen Ort durch ihre Lebensgewohnheiten mit. Insofern scheint es interessant, einen statistischen Blick auf das „Wanderverhalten“ der Menschen zu werfen.

Staatsangehörigkeit

Mit Stichtag 01. Jänner 2012 waren ca. 970.000 Einwohner/innen Österreichs (11,5% der Gesamtbevölkerung) ausländischer Herkunft, d. h. ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Von den 534.122 in Salzburg lebenden Personen haben 70.682 Personen (13,2%) keine österreichische Staatsbürgerschaft. Der größte Teil der Salzburger Einwohner ohne österreichische Staatsbürgerschaft kommt aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (35,1%), gefolgt von Bürger/innen aus EU Staaten (Beitritt vor 2004: 30,2%; Beitritt 2004 und 2007: 10,9%; BürgerInnen mit türkischer Staatsbürgerschaft: 9,6%). Die Clusterung dieser Nationalitäten verdeckt, dass die personenmäßig größte Gruppe der Einwohner/innen Salzburgs ohne österreichische Staatsbürgerschaft aus Deutschland kommt. 16.054 Deutsche lebten am 01. Jänner 2012 in Salzburg. Bedeutsam ist, dass die

Zahl der in Salzburg lebenden Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft seit 2006 kontinuierlich ansteigt und auch prozentuell von 11,8% (2006) auf 13,2% (2012) der Gesamteinwohner anwuchs.²¹⁵



Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Migrationshintergrund

Die Staatsangehörigkeit als Merkmal ist veränderbar. Werden bestimmte Kriterien erfüllt, kann eine Staatsangehörigkeit wechseln. Insofern ist der Geburtsort von Personen ein möglicher Indikator, um Vermutungen über die kulturelle Prägung von Personen anzustellen. Allerdings sagt der Geburtsort noch nichts über die Verweildauer im jeweiligen Land aus. Der in der Integrationsdebatte sicherlich kritisch zu betrachtende Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“²¹⁶ gibt

²¹⁵ Quelle: Statistik Austria, *Statistik des Bevölkerungsstandes*. Vgl. auch: Statistik Austria, *Migration und Integration. Zahlen.Daten.Indikatoren.2012*, Wien, 2012, 22.106.

²¹⁶ Die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ fasst Menschen zu Gruppen zusammen, die oft nicht viel gemeinsam haben. Die Frage, ab welchem Zeitpunkt diese Zuschreibung von außen, als „Mensch mit Migrationshintergrund“, seine Bedeutung verliert und man ausschließlich als Öster-

Aufschluss darüber, ob jemand selber bzw. ihre/seine Eltern im Ausland geboren sind. 2011 lebten in Österreich 1,569 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (18,9% der Gesamtbevölkerung). Von der Bevölkerung Salzburgs sind 69.200 Personen nicht in Österreich geboren. 26.900 Personen haben Eltern mit ausländischem Geburtsort. 18,3% der Salzburger Bevölkerung weist somit einen sogenannten „Migrationshintergrund“ auf.²¹⁷

Zuzug aus dem Ausland

Ein wichtiger Indikator für die hier angestellten Überlegungen ist die Zahl der internationalen Zuzüge nach Österreich und speziell nach Salzburg. Im Jahr 2011 verzeichnet Österreich 130.208 internationale Zuzüge. Ein Anstieg von 14% im Vergleich zum Vorjahr (2010: 114.398). Darunter waren 15.272 „Rückkehrer/innen“, Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die im Ausland gelebt haben und wieder nach Österreich gezogen sind. Auch in Salzburg nimmt die Zahl der Zuzüge aus anderen Staaten beständig zu. So stieg die Zahl der internationalen Zuzüge von 2010 auf 2011 um über 14% auf 8.549.

Internationale Zuzüge²¹⁸

Jahr	Österreich	Salzburg
1996	69.930	4.876
2001	111.219	8.520
2006	98.535	6.526
2010	114.398	7.445
2011	130.208	8.549

Aufenthaltsdauer

reicherin oder Österreicher bezeichnet wird, wird gegenwärtig stark diskutiert. Es wird befürchtet, dass durch die Bezeichnung „Mensch mit Migrationshintergrund“ eine Stigmatisierung von Menschen einhergeht (z.B. Menschen, die in Österreich geboren wurden, über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen, deren Eltern aber nach Österreich zugewandert sind.). Vgl. dazu Abuzahra, A., *Kulturelle Identität in einer multikulturellen Gesellschaft*, Wien: Passagen, 2012, 43 ff.

²¹⁷ Quelle: Statistik Austria, *Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2001*. Vgl. Statistik Austria, *Migration und Integration. Zahlen.Daten.Indikatoren.2012*, Wien, 2012, 22.

²¹⁸ Quelle: Statistik Austria, *Internationale Zu- und Wegzüge der Bundesländer 1996-2011*.

Von den in den Jahren 2002 bis 2006 nach Österreich zugewanderten Personen ausländischer Herkunft haben 46% das Land innerhalb von fünf Jahren wieder verlassen. 54% sind mindestens fünf Jahre in Österreich geblieben.²¹⁹

Gründe

Die Gründe für die Zuwanderung sind vielfältig: Zum einen kann von einem *Bedarf in der Zuwanderungsgesellschaft* gesprochen werden. Ein Bedarf wird hier hauptsächlich über das Fortbestehen von wirtschaftlichen Strukturen beschrieben. D. h. eine Gesellschaft weist Indikatoren auf, die das künftige Funktionieren der Gesellschaft ohne Zuzug in Frage stellen. Indikatoren wie Geburtenrückgang, Mangel an Facharbeiter/innen, Überalterung der Gesellschaft (Sicherung der Pensions- und Sozialsysteme) legen einen Bedarf und ein vitales Eigeninteresse einer Gesellschaft an Zuzug nahe. Belegbar sind alle diese Einschätzungen: Die Geburtenbilanz (Lebendgeborene minus Gestorbene) fiel 2011 positiv aus. 78.019 Kinder kamen zur Welt, 76.479 Menschen sind verstorben. Die Geburtenbilanz umgelegt auf Menschen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft ergibt einen Überhang an Sterbefällen bei Österreicher/innen von 7.591 und einen Geburtenüberschuss von 9.221 Personen bei Nicht-Österreicher/innen.²²⁰

Zum anderen können bestimmte Bedingungen Menschen dazu veranlassen, das eigene Land zu verlassen und in ein anderes Land zu ziehen: ökonomische und soziale Gründe spielen dabei eine Rolle (Arbeit, Familienzusammenführung, Verfolgung und Unterdrückung, Kriege, Katastrophen, etc.).

Dieses Paper bietet nicht den Raum, um politische Steuerungselemente genauer zu analysieren, die Zuzug ermöglichen, legale Aufenthaltstitel vergeben bzw. das Asylwesen regeln. Vielmehr ist die Ausgangsprämisse die, dass durch die Mobilität von Menschen und Ideen auch Kulturen aufeinandertreffen. Zahlen, die das zum Ausdruck bringen sind die eben angeführten.

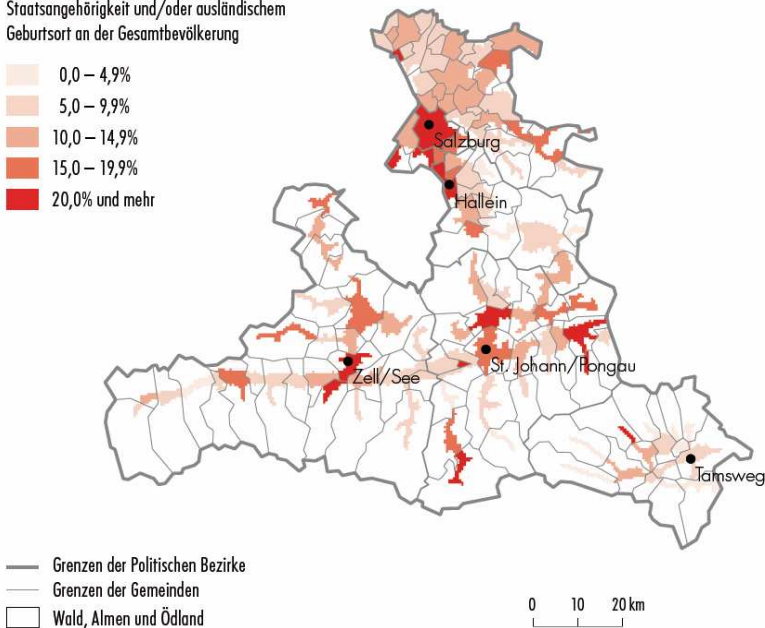
²¹⁹ Vgl. Statistik Austria, *Migration und Integration. Zahlen.Daten.Indikatoren.2012*, Wien, 2012, 22.

²²⁰ Vgl. Statistik Austria, *Migration und Integration. Zahlen.Daten.Indikatoren.2012*, Wien, 2012, 30.

7.4. Auswirkungen auf Salzburg

Neben den kaum messbaren Ideentransfers über Medien,²²¹ ist die Herkunft von Menschen und deren Mobilität (Zuwanderung) ein messbarer Indikator für das Entstehen von kulturproduktivem Humus. Erfahrungen und Daten geben darüber Auskunft, dass in den kommenden Jahren keine Stagnation innerhalb der Indikatoren für kulturellen Austausch zu erwarten ist. Im Gegenteil: Österreich ist ein Land, das auf Zuwanderung angewiesen ist. Im Gegensatz dazu gibt es viele (Krisen-)Regionen der Welt, wo Menschen, um zu überleben, auf Auswanderung angewiesen sind. Das wird auch in Salzburg verstärkt spürbar werden. In Regionen mit Ballungszentren und wirtschaftlicher Infrastruktur (Arbeitsplätze) wird der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit und/oder ausländischem Geburtsort weiter zunehmen.

Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit und/oder ausländischem Geburtsort an der Gesamtbevölkerung



²²¹ Mögliche Indikatoren wären eventuell der Vernetzungsgrad innerhalb von Social-Media-Netzwerken.

Grafik: Bevölkerung ausländischer Herkunft am 1.1.2012 in den Gemeinden Salzburgs²²²

Kulturelle Prägungen werden auch weiterhin stark individualisiert. Das Auswahl- und Bastelmoment, das im Bereich der Religionen bereits seit geraumer Zeit bekannt ist, ist auch im Bereich der Kulturen immer häufiger anzutreffen. Menschen sind mit vielen Möglichkeiten der Lebensgestaltung konfrontiert. Aus diesen real (persönlicher Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen) und virtuell (Bekanntheit von anderen Kulturen über mediale Einflüsse) vermittelten Einflüssen konstruieren sie sich ihre eigene Identität mit ihrer eigenen Kultur. Die Koppelung von Kultur und Nationalität oder von Kultur und Ethnie wird zunehmend aufgelöst. Kultur wird immer stärker an Milieuzugehörigkeiten (Wertorientierungen, Alltags-einstellungen und monetäre Hintergründe) gebunden. Daraus entwickeln sich neue Kulturen, die das Gesellschaftsbild stark differenzieren. Eine junge österreichische, ganz selbstverständlich kopftuchtragende Muslimin, die sich in örtlichen Vereinen engagiert, wird künftig nicht mehr beispielhaft einen gelungenen Integrationsprozess veranschaulichen. Vielmehr wird die Gesellschaft, v. a. in kulturellen Ballungszentren, von sich aus pluralitätstolerant. Wenngleich der Weg dahin Zeit beansprucht, gilt es doch, nicht weg zu diskutierende Ängste vor dem Fremden in der Bevölkerung abzubauen. Das gelingt nicht durch politische Sonntagsreden, sondern nur durch positive Erfahrungen. Kulturelle Vielfalt ist eine notwendige, nicht aufzuhaltende Begleiterscheinung in einer globalisierten Welt. Die Vermittlung zwischen den Kulturen und der Übergang zu transkulturellen Formen kann nur gelingen, wenn Erfahrungsräume geschaffen werden, in denen positive Annäherungen ermöglicht werden und Ängste abgebaut werden können. Darin steckt auch ein vitales Demokratieinteresse: Eine Gesellschaft wird von Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft zusammengehalten. Geht dieses Vertrauen verloren, zerfällt die Gesellschaft. Niemand fühlt sich einer Gesellschaft verpflichtet, von der er/sie nichts erhofft. Darin liegt ein enormer Auftrag für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es gilt Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, die wachsende kulturelle Vielfalt im Land produktiv aufzugreifen. Integration, im Sinne einer wertschätzenden Aufnahme der kulturellen Vielfalt, und ein Commitment aller Beteiligten für die Gesamtgesellschaft, müssen weiter ausgebaut werden.

²²² Quelle: Statistik Austria, Migration und Integration. Zahlen.Daten.Indikatoren.2012, Wien, 2012, 106.

Politisch ist dies nur möglich, wenn einerseits die Probleme, die im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen auftreten, ernst genommen werden. Andererseits darf darauf nicht mit einem Populismus der Feindbilder und populistischem Stimmenfang reagiert werden. Letzteres führt zu einer Radikalisierung und Abwehrhaltungen auf beiden Seiten: Fremdkulturphobie einerseits und Parallelgesellschaften andererseits.

Dialog und Integration bleiben Herausforderung und Chance für die Zukunft. Gelingen kann Integration nur, wenn sie gesamtgesellschaftlich umgesetzt wird.

8. Die Alterung der Gesellschaft wird zu Verteilungskämpfen führen.

(Autor: Stefan Wally) Es wird in Salzburg bis 2030 immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger geben. Gleichzeitig wird die Zahl der Jüngeren nicht steigen. Diese beiden Entwicklungen werden vielfältige Auswirkungen haben. Eine dieser Auswirkungen ist eine relevante Mehrbelastung der öffentlichen Finanzen im Land Salzburg. In diesem Kapitel wird versucht, die Auswirkungen abzuschätzen. Eine detaillierte Modellierung für Österreich entsteht zur Zeit im Finanzministerium und kann dezentral nicht geleistet werden.

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen jungen und älteren Salzburgerinnen und Salzburgern ist nur der Ausgangspunkt bei der Bestimmung der Kostenentwicklung für die öffentlichen Hände. Eine Vielzahl von Faktoren ist zu berücksichtigen, um ein wahrscheinliches Szenario zu skizzieren.

Beispielsweise könnte die sinkende Anzahl an jungen Menschen bestimmte Ausgaben für Betreuung und Ausbildung reduzieren. Eine sinkende Anzahl von Personen im berufstätigen Alter könnte niedrigere Arbeitslosigkeit bedeuten. Steigende Produktivität könnte die Finanzierung der Kosten im Alter erleichtern. Medizinische Fortschritte könnten die Kosten der Altenbetreuung erhöhen, wenn bislang nicht behandelbare Gebrechen heilbar werden. Medizinische Fortschritte könnten aber auch Kosten reduzieren, wenn effizientere Behandlungsmethoden entwickelt werden. Das sind nur einige wenige mögliche Entwicklungen, die große Bedeutung haben, wenn man ein realistisches Szenario (auch für Salzburg) entwickeln will.

8.1 Das Modell des Ageing Reports

Die wichtigste wissenschaftliche Untersuchung dieser Zusammenhänge liegt mit dem „Ageing Report 2012“²²³ vor. Man unterteilt in diesem Modell die Ausgaben der öffentlichen Hand in Ausgaben die streng altersbezogen („strictly age related“) sind und andere indirekt bedeutende, wie vor allem die Arbeitslosengelder.

Altersbezogene Kosten sind die Gesundheitskosten, die Pflege, die Bildung und die Pensionen. Die Gesundheits- und Pflegekosten sowie die Bildungsausgaben hängen direkt von demografischen Faktoren, aber auch von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung ab. Die Pensionskosten werden neben den demografischen Entwicklungen sehr stark von der Entwicklung der Zinsen bzw. der Inflation bestimmt. Die Kosten für Arbeitslosigkeit hängen andererseits von demografischen und ökonomischen Faktoren ab.

Es ist zu erkennen, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Hauptdeterminante vieler Faktoren ist. Auch sie hängt von Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung ab. Sinkt oder steigt die Zahl der Arbeitskräfte, so hat dies eine markante Folgen. Daneben sind noch die Anzahl der angebotenen Arbeitsplätze und die Produktivitätsentwicklung zu berücksichtigen.

²²³ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012*, in: *European Economy 2/2012*, Brüssel 2012.

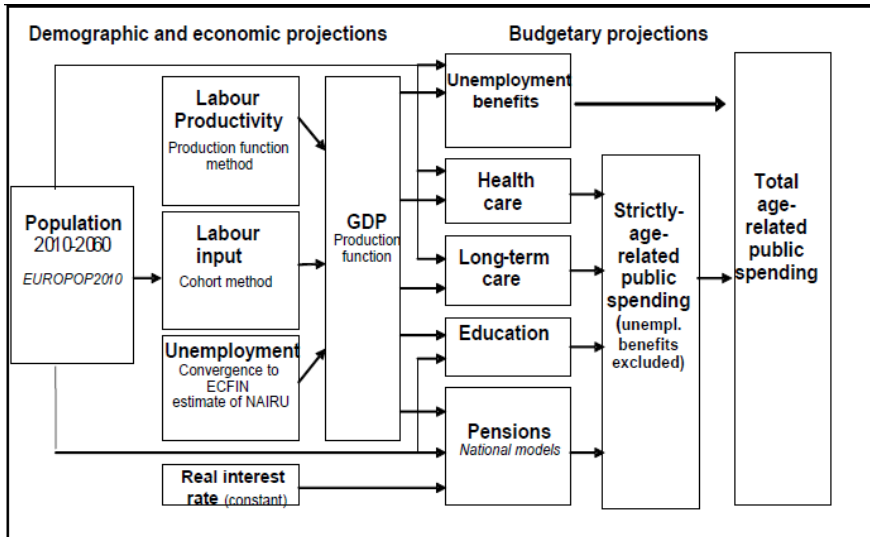


Abb.: Das Modell des Ageing Reports 2012

Kritik an der Methode

Die hier entwickelte Prognose für Salzburg basiert auf den Annahmen des EU Ageing Reports. Dieses Modell ist nicht allumfassend, Kritiker attestieren den AutorInnen jedoch, Grundlagen für weitere Forschungen gelegt zu haben.²²⁴

Die wichtigsten Einschränkungen, die sich aber nach Durchsicht der Debatte über die Methodik ergeben, sind aber offenzulegen.

- Die Vorhersagekraft der Demografie wird in der Regel überschätzt. Der Diskurs über das Bevölkerungswachstum hat sich seit Thomas Malthus als wenig treffsicher herausgestellt. Weder das Überbevölkerungsszenario war treffend, noch wurde der Baby-Boom der Nachkriegsjahre, noch der „Baby-Bust“ ab Anfang der 1970er-Jahre richtig prognostiziert.
- Der Ageing-Report arbeitet an vielen Stellen mit der Konvergenz-Hypothese. Das bedeutet, dass sich Verhaltensweisen in Europa anglei-

²²⁴ Keuschnigg, Chr., *EU Ageing Report 2012, Comments*, Vortrag beim Forum Finanz, 2012.

chen. Konkret unterstellt der Report damit implizit einen Rückgang der Frühpensionierungen in Österreich und einen deutlichen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Diese Faktoren können aber politisch und kulturell stark beeinflusst werden.

- Schließlich sind Migrationsbewegungen schwer zu erfassen, da sie auch im Zusammenhang mit politischen Krisen stehen, deren Voraussage das Modell natürlich überfordert.
- Weiters werden weitgehend stabile Steigerungsraten bei der Produktivität angenommen, was in der Fachliteratur im Falle einer durchschnittlich alternden Arbeitnehmerschaft in Frage gestellt wird.²²⁵
- Johannes Höller von der Österreichischen Nationalbank sieht in Zusammenhang mit der höheren Lebenserwartung im Bericht Grund für die Annahme, dass die Höhe der Steigerungen überschätzt wird; er nennt als Beispiel die Annahme, dass die steigende Lebenserwartung sich weniger deutlich in höheren Gesundheitskosten niederschlagen muss.²²⁶

8.2. Das Szenario für Österreich bis 2030

Wichtig für die hier diskutierten Entwicklungen sind nicht zuletzt die Geburtenraten, die bis 2030 erwartet werden. Österreich hielt 2010 bei 1,39 Kinder pro Frau, bis 2030 erwartet man, dass dieser Wert geringfügig auf 1,46 steigen wird. Die Steigerung wird damit erklärt, dass sich die europäischen Staaten in den kommenden Jahrzehnten ähnlicher werden (Konvergenz-These). Für Österreich bedeutet dies höhere Fruchtbarkeitsraten. Jedenfalls wird man auch 2030 deutlich unter der natürlichen „Ersatzrate“ von 2,1 bleiben.²²⁷

Die Lebenserwartung der Österreicherinnen und Österreicher wird weiter steigen. Zum Zeitpunkt der Geburt hält man 2010 bei 80 Jahren, 2030 werden es 83 Jahre

²²⁵ Kramer, H., *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*, Wien 2009.

²²⁶ Höller, J., *Ageing Report 2012: Comment on Health-Care And Long-Term-Care, Expenditure Projections*. Vortrag beim Forum Finanz am 3. Juni 2012.

²²⁷ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 24.

sein. Ist man im jeweiligen Jahr bereits 65, so erwarteten die Betroffenen im Jahr 2010 19 weitere Lebensjahre, 2030 kann man sich auf weitere 21 Jahre einstellen.

2010 wanderten um 19.100 mehr Menschen nach Österreich ein als aus. Diese Netto-Immigration wird auf bis zum Jahr 2030 auf 35.600 steigen, so der Ageing Report.

Diese drei Faktoren führen dazu, dass in Österreich mit einer Zunahme der Bevölkerung auf 8,9 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner des Landes zu rechnen ist. 2010 waren es noch 8,4 Millionen. Der Anteil der Kinder wird in diesen 20 Jahren von 14,8 auf 13,8 Prozent sinken, der Anteil der Über80-Jährigen von 4,8 auf 7,0 Prozent steigen.²²⁸

Altersstruktur in Österreich nach Ageing Report 2012		
	2010	2030
0 – 14 Jahre alt	14,8%	13,8%
15 – 64 Jahre alt	67,6%	61,8%
65 Jahre und älter	17,6%	24,4%
80 Jahre und älter	4,8%	7,0%

Diese Daten legen nahe, dass die Personen, die nicht am Arbeitsmarkt präsent sind, einen steigenden Anteil an der Bevölkerung ausmachen werden. Zu berücksichtigen ist aber, dass es auch gegenläufige Trends geben kann. Es wird davon ausgegangen, dass die Anzahl der Frauen, die einem Beruf nachgehen, weiter steigen wird, und dass sich weniger Personen zwischen 55 und 64 aus dem Berufsleben zurückziehen. Für Österreich rechnet man damit, dass 2030 76 Prozent der Frauen zwischen 20 und 64 arbeiten werden, 2010 waren es 72 Prozent. Von 43 auf 52 Prozent soll in Österreich die Beschäftigungsquote der 55 bis 64jährigen steigen.

Diese Trends werden allerdings nicht ausreichen, um die Zahl der Erwerbstätigen konstant zu halten. Die Anzahl der Beschäftigten wird in Österreich sinken. Das hat auch erfreuliche Effekte. Die geringer werdende Anzahl der angebotenen Arbeits-

²²⁸ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 435.

kräfte macht es leichter, einen Arbeitsplatz zu finden. Arbeitslosigkeit soll strukturell (nicht konjunkturell) zurückgehen.

2030 dürfte es in Österreich rund 2,9 Millionen Pensionisten geben (2010: 2,2 Mio.) Die Kosten für die Pensionen dürften von 14,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 16,7 Prozent steigen. Diese Kosten abzufangen, könnte die Aufgabe der projizierten 3,8 Millionen Beitragszahler sein. Hilfreich ist steigende Produktivität, diese wird mit etwa 1,5 Prozent pro Jahr veranschlagt. Das ermöglicht Wirtschaftswachstum, ohne zusätzliche Beschäftigung. Die Annahmen, die den Kalkulationen zugrunde liegen, gehen auch von einem durchschnittlichen realen Wachstum pro Kopf von 1,3 Prozent pro Jahr aus.

Im Gesundheitsbereich werden die Auswirkungen der Alterung unter verschiedenen Annahmen durchgespielt, dabei ist in jedem Fall von Mehrkosten von 1,0 bis 1,4 Prozent des BIP bis 2030 auszugehen. In einem Referenz-Szenario ist ein Zuwachs der Kosten für die Gesundheitsversorgung aufgrund der Alterung von 7,4 auf 8,4 Prozent des BIP zu sehen. Berücksichtigt man andere treibende Faktoren, wie den technischen Fortschritt, können die Kosten auf 8,8 Prozent ansteigen (Risiko-Szenario).

In der Langzeitpflege wird ein Zuwachs der Kosten von 1,6 auf 2,1 bis 2,3 Prozent des BIP errechnet. Der Grund liegt in der steigenden Zahl der Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und Gebrechen aufgrund der höheren Zahl der Über-80-Jährigen. Beim höheren Wert geht man davon aus, dass von der zusätzlichen Lebenserwartung nur die Hälfte in guter Gesundheit erlebt wird.

Der Aiging Report 2012 rechnet diesen Kostenfaktoren sinkende Ausgaben bei der Ausbildung und bei der Finanzierung von Arbeitslosigkeit gegen. In Österreich erwartet man 2030 um 100.000 SchülerInnen und StudentInnen weniger als 2010. Übersetzt man dies in Einsparungen oder nominalen Stillstand, sinkt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP um 0,5 Prozent. Die Verknappung bei den Arbeitskräften wird auch die Kosten für Arbeitslosengeld senken, das macht in Österreich aber lediglich 0,1 Prozent des BIP aus.

8.3. Vergleich zwischen den Auswirkungen auf Österreich und auf die Europäische Union

Auf der Grundlage des Modells des Ageing Reports wurden die Kosten der demografischen Veränderungen in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten errechnet. Im Ergebnis ist in der Europäischen Union damit zu rechnen, dass man 2060 um 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) mehr für altersbezogene Ausgaben der öffentlichen Hand vorsehen muss. 1,5 Prozent wären für Pensionen, dieselbe Summe für Gesundheitskosten und 1,1 Prozent des BIP für die Pflege vorzusehen. Dem gegenüber rechnet der Report mit Einsparungen von 0,4 Prozent des BIP durch geringere Summen für Arbeitslosengeld und Ausbildung und kommt schlussendlich auf 3,7 Prozent des BIPs, die zugunsten altersbezogener Kosten verschoben werden müssen. Bei dieser Kalkulation spricht man vom Referenz-Szenario.

In einem Risiko-Szenario werden vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich kostentreibende Faktoren berücksichtigt: Dies sind vor allem technische Fortschritte und eine Konvergenz der Lebensstandards in Europa.²²⁹ Wendet man dieses Szenario an, sind in der Europäischen Union Kosten von nicht 3,7, sondern 4,5 Prozent des BIP vorzusehen.

Österreich wird nach diesen Kalkulationen mit einer leicht überdurchschnittlichen Belastung zu rechnen haben. Statt 4,5 Prozent des BIP in der EU zeichnet sich in Österreich ab, dass bis 2060 zusätzlich 6,0 Prozent des BIP vorgesehen werden müssen, wenn man das Risiko-Szenario in Anschlag bringt. Nach dem Referenz-Szenario wären es 4,4 statt 3,7 Prozent des BIP.²³⁰

	Zusätzlicher Anteil des BIP, der für altersbezogene Ausgaben vorgesehen werden muss (2010 – 2060)	
	Referenz-Szenario	Risiko-Szenario
EU	3,7%	4,5%
Österreich	4,4%	6,0%

²²⁹ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 185.

²³⁰ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 36.

Für den vorliegenden Artikel ist es von Bedeutung, diese Projektionen für unser Bezugsjahr 2030 zu errechnen. Nach eigenen Berechnungen ergibt sich dabei unerfreulicher Weise, dass der größere Teil der Kostensteigerungen in Österreich bereits in den kommenden Jahrzehnten eintreten werden. Der Anpassungsdruck in Österreich ist als besonders hoch, da die Veränderungen schnell eintreten. Die schönere Seite der Medaille ist, dass ab 2030 eine Entspannung der Situation eintreten könnte. Ab 2030 werden die Kostensteigerungen vor allem auf den medizinischen und pflegerischen Fortschritt zurückzuführen sein. Vereinfacht gesagt: Bis 2030 ist vor allem die Quantität der demografischen Veränderung zu bewältigen, ab 2030 vor allem die Qualität.

	Zusätzlicher Anteil des BIP, der für altersbezogene Ausgaben in Österreich vorgesehen werden muss ²³¹	
	Referenz-Szenario	Risiko-Szenario
2010 - 2060	4,4%	6,0%
2010 - 2030	3,5%	4,1%

In den Szenarien für Österreich teilen sich die kostentreibenden Faktoren bis 2030 wie folgt auf: Die Kosten für Pensionen steigen um 2,6 Prozent des BIP, die Kosten für Gesundheit um 1,0 bis 1,4 Prozent (Referenz oder Risiko-Szenario), für Pflege um 0,5 bis 0,7 Prozent. Es sinken die Kosten für Bildung um 0,5 Prozent sowie für Arbeitslosigkeit um 0,1 Prozent.

Dieses Gesamtergebnis gilt in der Literatur – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – als durchschnittlich. Österreich befindet sich laut Ageing Report dabei in einer Gruppe mit Deutschland, Tschechien, Spanien, Ungarn, Finnland und anderen.²³²

Auch frühere Untersuchungen kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Der Internationale Währungsfonds arbeitete mit Prognosen der Bundesregierung, die 2002 Ausgabensteigerungen aufgrund der Alterung von fünf bis sechs Prozent des BIP sahen: „Without corrective measures, total age related spending (pensions, health, and long-term care) would rise by 5-6 percentage points of GDP, according to the government’s estimates. Under slightly less optimistic assumptions, age-related

²³¹ European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 435-437.

²³² European Commission, *The 2012 Ageing Report 2012 ...*, S. 35.

spending could rise 9-10 percentage points of GDP, making not only the pension system but the finances of the public sector as a whole unsustainable.“²³³

Das WIFO legte ein Studie für das Sozialministerium vor, das die Kostensteigerungen für die Pflege von 2006 bis 2030 kalkulierte. Das Mittelszenario wies eine Steigerung des Anteils der Pflegekosten am realen BIP von 1,13 auf 1,96 Prozent aus.²³⁴

Die OECD stuft die finanziellen Auswirkungen der Alterung für Österreich als unterdurchschnittlich ein, diese Aussicht sei allerdings a) mit Unsicherheitsfaktoren versehen und b) verschlechtere sich.²³⁵

Das Finanzministerium entwickelt zurzeit eine Methode zur langfristigen Prognose der Öffentlichen Finanzen. Die Modellierung des „Delta-Budgets“ ist bereits weit fortgeschritten, Daten nach dem Modell liegen aber noch nicht vor.²³⁶

8.4. Sind die Annahmen auf Salzburg übertragbar?

Sind die Annahmen für Österreich auch logische Annahmen für Salzburg? Diese Frage ist weniger wichtig als man annahmen möchte. Der Grund dafür ist, dass die Kosten der Alterung vor allem bei der Republik Österreich anfallen werden und nicht regional. Die Salzburgerinnen und Salzburger werden von den Reaktionen der Bundespolitik als Bürger betroffen sein: Denn auch die Pensionshöhe der Salzburgerinnen und Salzburger wird durch Bundesregelungen bestimmt, die Beiträge der Salzburgerinnen und Salzburger zu den Sicherungssystemen werden von den Entscheidungen „in Wien“ abhängen usw. Sogar die Einnahmen der Gemeinden und des Landes hängen von der gesamtösterreichischen Entwicklung ab, besteht doch keine Länderkompetenz, sich über eigene Steuern zu finanzieren.

In eingeschränktem Ausmaß ist die regionale Struktur aber sehr wohl relevant. Schnellerer demografischer Wandel in Salzburg²³⁷ hätte vor allem in der Entwick-

²³³ ÖNB (Hrsg.), *IMF Article IV und FSAP. Austria-2002 Article IV Consultation*, Wien, 14. Mai 2002.

²³⁴ BmSk (Hrsg.), *Finanzierung der Pflege*, Studie des WIFO, Wien 2008, S. 51.

²³⁵ OECD (Hrsg.), *OECD Wirtschaftsberichte Österreich, Gesamtbeurteilung und Empfehlungen*, Paris 2011, S. 16.

²³⁶ Schiman, S. und Orischnig, T.: *Coping with Potential Impacts of Ageing on Public Finances in Austria. Assumption Report*. BMF-Working Paper 1/2012.

lung der Pflegeinfrastruktur und in der Abgangsdeckung für die eigenen Spitäler deutliche Effekte, die von der lokalen und regionalen Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen abhängen.

Die Lebenserwartung der SalzburgInnen liegt bei Männern um neun, bei Frauen um 12 Monate über dem österreichischen Durchschnitt. Die Fruchtbarkeitsrate ist weitgehend ident. Die Faktoren geben für Salzburg ein ähnliches Bild wie für Österreich insgesamt.

Altersstruktur in Österreich nach AR 2012 und in Salzburg nach Statistik Austria				
	Österreich		Salzburg	
	2010	2030	2010	2030
0 – 14 Jahre alt	14,8%	13,8%	15,5%	13,9%
15 – 64 Jahre alt	67,6%	61,8%	68,3%	61,3%
65 Jahre und älter	17,6%	24,4%	16,2%	24,8%
80 Jahre und älter	4,8%	7,0%	4,3%	7,4%

Die Erwerbsquote bei den Frauen ist nur geringfügig höher als im österreichischen Schnitt, bei den 55- bis 64-Jährigen liegt sie ebenfalls leicht höher als im nationalen Schnitt. Die Arbeitslosenrate ist besonders gering.²³⁸

Mit diesem kurzen Abgleich sollte gezeigt werden, dass die Übertragung des durchschnittlichen österreichischen Szenarios auf Salzburg Sinn macht.

8.5. Kosten der Demografie für Salzburg

Welche Bedeutung hat dieses Szenario aber für das Land Salzburg? Diese Frage ist schrittweise zu beantworten. Vorweg genommen werden müssen aber Grundinformationen über die Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften in Österreich sowie über das Instrument des Finanzausgleichs.

²³⁷ Die beste Übersicht für Salzburg bei Raos, J., *Salzburg altert. Trends, Ursachen, Konsequenzen*. Salzburg 2006. Bzw.: Raos, J., *Statistisch fassbare Haupttrends für Salzburg*. Thesen für die JBZ-Montagsrunde vom 7. Mai 2012.

²³⁸ Statistik Austria, *Ausgewählte demographische Indikatoren des Jahres 2011 für die Bundesländer*, Wien 2013.

- a) Formale Annäherung an die Kosten über Hochrechnung der Budgetansätze

Zuerst zu den grundsätzlichen Summen, um die es geht²³⁹. Für öffentliche Pensionen wurden in der Republik Österreich jährlich knapp 40 Milliarden in Budgets eingesetzt. Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich in Österreich 2011 auf rund 21 Milliarden Euro. Für Pflege wurden 4,5 Milliarden ausgegeben, für Arbeitslosengeld gab man 2011 0,7 Milliarden aus.

Formal könnte Salzburg entspannt auf die weitere Entwicklung blicken. Die überwältigende Menge dieser Ausgaben fallen nicht bei Ländern und Gemeinden an.

Vor allem die deutlich steigenden Kosten in den Pensionsversicherungen würden zuerst den Bund treffen. Bei den Pensionen haben die Länder die Kosten der eigenen Beamten im Ruhestand zu leisten. Im Land Salzburg fallen (abgesehen von weitgehend über Transferzahlungen ersetzte Summe) jährlich netto rund 44 Millionen an Zahlungen für Beamte im Ruhestand an. Diese Summe kann vom Land Salzburg selbst gesteuert werden, wenn weniger Bedienstete pragmatisiert werden. Auch erhöhte Beitragszahlungen zu Pensionssystemen mit Finanzierungsproblemen treffen die Länder nicht im Ausmaß der Einwohner- sondern nur der Bedienstetenanzahl.

Für den Gesundheitsbereich sind rund 4 Milliarden Euro an Länder- und 0,5 Milliarden an Gemeindeausgaben vorhanden²⁴⁰, die nicht durch Transfers gedeckt sind. Länder und Gemeinden sind aber oft Träger von Krankenhäusern und haben die Defizite dieser zu decken. Da die Gesundheitsfinanzierungsinstrumente seit Jahren die Kosten der Krankenhäuser nicht decken, kommt es zu schnellen Abgangssteigerungen. Das ist auch für Salzburg sehr relevant. - Durch die Trägerschaft der Salzburger Landeskliniken (SALK) sowie durch Abgangsdeckungen bei anderen Spitälern entsteht beim Land der deutlichste Druck durch die demografischen Veränderung. Die Abgänge der SALK stiegen seit 2000 sehr stark, 2011 überschritten sie die 100 Millionen-Marke. Insgesamt beliefen sich die Netto-Ausgaben für Gesundheit 2010 auf 206 Millionen.

²³⁹ Vgl. dazu Steiner, H., *Entwicklung und Struktur der Sozialausgaben in Österreich*. BMSK. Wien 2011.

²⁴⁰ Statistik Austria, *Finanzierung der Sozialausgaben nach Sozialschutzsystemen*, Wien 2011.

Ausgaben für Gesundheit		
(In Mio.)	RA 2000	VA 2011
Betriebsabgangsdeckung des Landes Salzburg für die SALK bzw. die Salzburger Landeskliniken	15,9	92,2
Zahlungen an Gemeindekrankenhäuser	0	6,3
Zahlungen an andere Rechtsträger	0	17,2

Quelle: Land Salzburg Abteilung Finanzen: Auswertung der Abgangsdeckungen des Landes Salzburg für Krankenanstalten, Februar 2010.

Im Bereich der Pflege gibt es die Instrumente des Pflegegeldes auf der Ebene des Bundes und der Länder. Der neu eingeführte Pflegefonds änderte die zuletzt wirksame Dynamik. Davor waren die Pflegegelder unzureichend, um die Kosten der Pflege zu decken. Diese Fehlbeträge waren von den Ländern über die Sozialhilfe aufgefangen worden. Die Sozialhilfe wiederum war den Gemeinden in der Regel zu 50 Prozent weiterverrechnet worden. Im Bereich der Pflege entstehen für Salzburg Kosten vor allem in der sogenannten Geschlossenen Sozialhilfe. 92 Millionen Euro wendet das Land für die Unterbringung pflegebedürftiger Personen auf, die Hälfte wird durch Gemeinden ersetzt.²⁴¹ Insgesamt bleiben für Pflege- und pflegeähnliche Ausgaben Netto für das Land Kosten von rund 90 Millionen Euro (Budgetgruppe 41, Ausgaben minus Einnahmen).

Kalkuliert man auf der Basis dieser Zahlen mit den Veränderungen, die nach dem Modell des Ageing Reports 2012 angenommen werden, so ergeben sich Mehrkosten von 56 bis 119 Millionen Euro (zu heutigen Preisen) für das Land (Referenz bzw. Risikoszenario). In Anschlag wurden dabei die prozentuelle Steigerung der Kosten für Österreich bis 2030 im Pensions-, Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich gebracht.

²⁴¹ Land Salzburg, *Sozialbericht*, Salzburg 2012.

	RA 2010	Bei Steigerung Referenz-szenario	Bei Steigerung Risiko-szenario
Netto Ausgaben des Landes für Pensionen (Budgetgruppe 8)	44	52	52
Netto Ausgaben des Landes für Gesundheit (Budgetgruppen 51, 55, 56, 59)	206	233	244
Netto Ausgaben des Landes für Allgemeine Öffentliche Wohlfahrt (Budgetgruppe 41)	90	118	170
Netto Ausgaben des Landes für Bildung (Budgetgruppen 20 bis 25)	79	71	71
Gesamt	418	474	537
Veränderung 2030 zu 2010		+56	+119

Diese Zahlen werden aus zwei Gründen die Entwicklung nicht angemessen widerspiegeln: Erstens ist nicht die höhere Dynamik der Gesundheitsausgaben bei den Ländern eingerechnet. Zweitens ist angenommen, dass es zwischen den Gebietskörperschaften zu keiner politischen Auseinandersetzung darüber kommt, wie die Kosten verteilt werden. Deswegen wird hier ein zweites Szenario gerechnet.

b) Politische Annäherung über Pauschalrechnung

Ein zweiter Weg, die Auswirkung der Alterung auf Salzburg zu bestimmen, geht einen anderen Weg. Das theoretische Argument ist, dass die oben gezeigte ungleiche Belastung der Gebietskörperschaften zu politischem Druck führen wird, diese Kosten neu zu verteilen. Das kann formal durch Finanzausgleichsverhandlungen geschehen, aber auch weniger formal, durch unzureichende Erhöhungen von Ausgaben, die durch andere Körperschaften kompensiert werden müssen. Hier wird nun unabhängig von der aktuellen Verteilung der Aufgaben und Kostentragung angenommen, dass politische Vermittlungen dafür sorgen, dass die Belastungen gleichmäßig verteilt werden.

Wie bereits dargestellt, ist damit zu rechnen, dass im Jahr 2030 3,5 bis 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zusätzlich für altersbezogene Aufgaben aufgebracht werden müssen. Das entspricht (in aktuellen Werten) 10,0 bis 11,7 Milliarden Euro. Hier gehe ich davon aus, dass diese Kosten nicht durch Überwälzung an Private reduziert werden. Wenn es durch politischen Austausch dazu kommt, dass diese Belastungen gleichmäßig von den Körperschaften getragen werden, kann man errechnen, welcher Beitrag auf die Länder entfallen würde.

Die Länder ohne Wien haben einen Anteil von 15,4 Prozent der Budgetvolumina aller Gebietskörperschaften in Österreich. Salzburgs Budget umfasst gut 2,2 Milliarden Euro, die Gesamtsumme der Budgets der Gebietskörperschaften beläuft sich auf 192,4 Milliarden. Der Anteil des Landes Salzburg beträgt damit gut 1,1 Prozent.

Kommt es zu einer vermittelten durchschnittlichen Verteilung der Kosten der Alterung auf die Gebietskörperschaften ohne Belastung der Beitragszahler in den Sozialversicherungen, so hat das Land Salzburg mit einem Anteil von einem Prozent der Gesamtkosten zu rechnen. Der Prozentanteil Salzburg von diesen 10,0 bis 11,7 Milliarden Euro rund wären 110 bis 130 Millionen Euro.

8.6. Zusammenfassung und Konsequenzen

Auf der Grundlage der bisherigen Rechnungen kann folgendes festgehalten werden:

- Erstens wird es durch die demografischen Veränderungen zu einer höheren Belastung der öffentlichen Haushalte in Europa kommen.
- Österreich, und damit Salzburg, wird davon leicht überdurchschnittlich betroffen sein. Bis 2030 wird ein Bedarf von 3,5 bis 4,1 Prozent des BIP zusätzlich nötig sein, um diese Aufgaben zu bedienen.
- Das Land Salzburg als Gebietskörperschaft verfügt vor allem mit der Trägerschaft der Landeskrankenanstalten über einen sehr sensiblen Bereich, der auf diese Veränderung sehr schnell mit steigenden Kosten reagieren wird, die über die Abgangsdeckungen vom Land Salzburg zu tragen sind.

Kosten bei Pensionen sind unterdurchschnittlich relevant, in der Pflege durchschnittlich.

- Verwendet man die prognostizierten Kostensteigerungen des Ageing Reports und wendet sie auf die bestehende Ausgabenstruktur des Landes an, sind Kosten von 56 bis 119 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr zu erwarten. Nimmt man hingegen an, dass eine ungleiche Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften durch politische Verhandlungen und Maßnahmen nivelliert wird, so dürfte diese Belastung bei 110 bis 130 Millionen Euro liegen.
- Für eine erste Abschätzung scheint es damit nach zwei Kalkulationen sinnvoll, von rund 100 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten auszugehen. Das ist bei einem Jahresbudget von 2000 Millionen bedeutsam.

Die steigenden Kosten für eine alternde Gesellschaft werden zu Verteilungsauseinandersetzungen führen. Die Stabilität der öffentlichen Finanzen wird unter der Annahme eines vorgegebenen Niveaus des Wirtschaftswachstums nur durch eine Erhöhung der Einnahmen oder relative Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen zu erreichen sein.

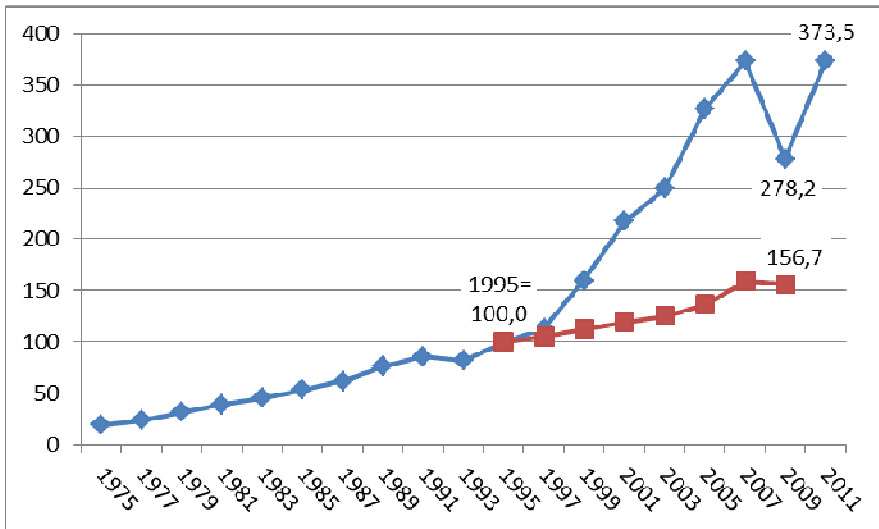
Einnahmenerhöhungen sind dabei den Ländern wie Salzburg nur in extrem eingeschränkter Form zu realisieren, da die Steuerhoheit in Österreich beim Bund liegt.

Selbst wenn man, was grundsätzlich ein richtiges Argument ist, die Vorgabe des Niveaus des Wirtschaftswachstums in Frage stellt: Die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes, selbst das regionale BIP zu verändern, sind eingeschränkt. Weder durch gesetzgeberische Maßnahmen (zu wenige Kompetenzen auf Landesebene), noch durch finanzielle Stimulierung (die disponiblen Ausgabenpotenziale, selbst bei Schuldenausweitung, sind zu gering, um einen regionalen Effekt zu erzielen) ist die regionale Wirtschaftsleistung kurzfristig und nicht auf Kosten von Nachbarregionen (was nur einen Verlagerungseffekt des Problems zur Folge hätte) in relevantem Ausmaß zu stimulieren.

Bleibt also nur die Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen, welche finanziellen Rahmenbedingungen der Bund als Verhandlungspartner im Finanzausgleich und als Entscheider über Steuereinnahmen und Sozialversicherungsstrukturen setzt.

Sind diese unzureichend, kommt es zur Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Ausgabenbereichen auf Landesebene.

Zu erwarten ist, dass die Prioritäten sowohl kulturell als auch institutionell bei der Erfüllung der Alterungskosten liegen werden. Die Gruppe der betroffenen Alten und der in dieser Branche Arbeitenden, stellt eine politisch kaum überstimmbare Gruppe dar.



Entwicklung der Bruttowertschöpfung (rote Linie) und des Exportwerts (blaue Linie) der Salzburger Wirtschaft, 1995 = 100. Quelle: Wirtschaftskammer Salzburg

9. Internationalisierung und ökonomische Globalisierung

(Autor: Walter Scherrer)

9.1. Überblick

In einer kleinen Volkswirtschaft ist die Sicherung und Steigerung des Volkseinkommens nur mit einer immer tiefer greifenden Spezialisierung möglich, die untrennbar mit einer immer tiefer greifenden Integration in die internationale Arbeitsteilung verbunden ist. Es überrascht daher nicht, dass unter den zwanzig ökonomisch am meisten globalisierten Ländern der Welt ausschließlich kleinere

und mittelgroße Industrieländer sind.²⁴² Auch in Salzburg spielt die Globalisierung des Wirtschaftens bereits jetzt für die Erhaltung des materiellen Wohlstands eine bedeutende Rolle. Globalisierung bedeutet gleichzeitig auch eine räumliche Diversifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen, wodurch die Abhängigkeit von einzelnen Märkten verringert und – auf der Exportseite – das zu erwartende langsamere Wachstum in traditionellen Märkten ausglich werden kann.

Eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung geht mit der internationalen Mobilität von Menschen und Kapital Hand in Hand: Auch in Salzburger Unternehmen gibt es Teams mit Mitgliedern unterschiedlicher Nationalität, Sprache, Kultur und Rasse; auch Salzburger Unternehmen investieren im Ausland (und das nicht nur in angrenzenden Staaten); auch die in Salzburg lebenden Menschen kaufen ausländische Güter, arbeiten in ausländischen Unternehmen und verbringen ihre Urlaube im Ausland (und das ebenfalls nicht nur in angrenzenden Ländern). Vieles spricht dafür, dass sich diese Tendenzen fortsetzen werden. Warum das so sein könnte, wird in der Folge zu beschreiben versucht.

Am Anfang dieses Beitrags steht eine kurze Bestandaufnahme: Anhand einiger Indikatoren wird das hohe Niveau und die Zunahme des Grads der Internationalisierung der Salzburger Wirtschaft aufgezeigt. Danach werden einige Voraussetzungen angeführt, die erfüllt sein müssen, damit die Internationalisierung weiter zunehmen kann. Darauf aufbauend werden Treiber der Internationalisierung identifiziert, nämlich der Wunsch nach Wirtschaftswachstum, der Wunsch nach Differenzierung und Diversifizierung sowie die damit in Verbindung stehenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Abschließend werden Faktoren diskutiert, die eine weitere Zunahme der Internationalisierung ermöglichen und unterstützen. Dazu zählen insbesondere die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Deregulierung und Liberalisierung verschiedener Wirtschaftsbereiche, das Bildungswesen und die Medien.

²⁴² Vgl. KOF Index of Globalization der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, <http://www.kof.ethz.ch/>). Österreich liegt im Länderranking in Bezug auf ökonomische Globalisierung auf Rang 14 unter 208 Ländern.

9.2. Die Tendenz zur Internationalisierung

Ein Blick auf die Waren-Exportstatistik der Salzburger Unternehmen, die jedes zweite Jahr von der Wirtschaftskammer Salzburg erstellt wird²⁴³, zeigt eine rasche und fast stetige Zunahme des Exportwerts der Salzburger Unternehmen. Einen leichten Rückgang der Exporte gab es in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, und im Jahr 2009 ließ die auf die Finanzmarktkrise folgende Rezession auch die Exporte der Salzburger Unternehmen einbrechen. Die Exporttätigkeit erholte sich danach aber wieder rasch, bereits 2011 lag der Exportwert wieder leicht über dem Niveau von vor der Krise. In den letzten beiden Jahrzehnten sind die Exporte wesentlich rascher gestiegen als die Wertschöpfung in der Salzburger Wirtschaft (vgl. Tabelle am Anfang des Abschnitts): Setzt man die Werte des Jahres 1995 gleich 100, so ist der Wert der Exporte bis 2011 auf 373 gestiegen; im Vergleich dazu ist die regionale Wertschöpfung bis zum Jahr 2009 auf 156,7 gestiegen.

Hinter diesen Zahlen, die die Exportentwicklung global beschreiben²⁴⁴, verbergen sich Strukturverschiebungen, die eine Tendenz zur Globalisierung aufzeigen: Während 1990 noch gut drei Viertel der Salzburger Exporte in die Länder der EU gingen, waren es zuletzt nur mehr knapp 63 Prozent. Der Anteil der Exporte, die in Länder außerhalb Europas geliefert wurden, nahm dagegen im gleichen Zeitraum von 12,6 Prozent auf 26 Prozent zu. Trotz des österreichischen Beitritts zur EU und zur Wirtschafts- und Währungsunion ist in diesem Zeitraum also die Verflechtung mit den Märkten außerhalb von Europa rasch gestiegen: Salzburger Unternehmen lieferten zuletzt Waren in 182 Länder.²⁴⁵

²⁴³ Vgl. Wirtschaftskammer Salzburg, *Salzburg in Zahlen. Wichtige Daten zu Wirtschaft und Bevölkerung*, Salzburg, Juni 2012; Wirtschaftskammer Salzburg, *Exporterhebung 2011* (http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=683124&dstid=1314); download am 29.1.2013; siehe auch: *Salzburger Wirtschaft* Nr. 26, 29.6.2012.

²⁴⁴ Einige Anmerkungen zu den in der Tabelle am Beginn des Abschnitts aufgezeigten Entwicklungen: Die Entwicklung der Exporterlöse der Salzburger Wirtschaft wurde in den letzten einhalb Jahrzehnten durch ein Unternehmen maßgeblich beeinflusst, das seinen Sitz im Bundesland hat und dessen Exporte daher dem Land Salzburg zugerechnet werden, obgleich die zugehörige Wertschöpfung zu einem großen Teil außerhalb des Bundeslandes entsteht (Red Bull). In die Exporterlöse fließen auch – je nach Jahr in unterschiedlichem Ausmaß – etwa zur Hälfte Exporte von Handelsunternehmen ein, in denen der auf Salzburg entfallende Wertschöpfungsanteil in der Regel wesentlich niedriger ist als in den Warenexporten von Produktionsunternehmen.

²⁴⁵ Für die Warenimporte liegen keine Daten auf Bundeslandebene vor; ebenso liegen keine Daten für die Direktinvestitionen auf Bundeslandebene vor. Die Daten für Österreich insgesamt zeigen

Eine ähnliche Diversifizierung prägt auch die Entwicklung in der ebenfalls stark „exportorientierten“ Salzburger Tourismuswirtschaft: Wenngleich die beiden traditionellen Herkunftsmärkte Österreich und Deutschland immer noch die wichtigsten sind, ist auch im Tourismus die Tendenz zur globalen Diversifizierung unübersehbar, wie die steigenden Nächtigungszahlen von Personen aus Russland, China und arabischen Ländern zeigen. Durch die breitere Streuung der Herkunftsmärkte nimmt die Abhängigkeit der Salzburger (Tourismus-) Wirtschaft von einzelnen Märkten und damit tendenziell auch die Störungsanfälligkeit der regionalen Wirtschaft ab.²⁴⁶ Zudem tätigen die Touristen aus diesen Ländern überdurchschnittlich hohe Ausgaben am Urlaubsort in Salzburg.

Auch der Arbeitsmarkt ist von einer Tendenz zur Internationalisierung erfasst. Über 12 Prozent der Erwerbstätigen sind ausländische Staatsbürger, und aus dem Blickwinkel der Internationalisierung des Lebens- und Erfahrungshintergrunds der in Salzburg Beschäftigten wären jedenfalls auch die in den letzten beiden Jahrzehnten eingebürgerten Personen hinzuzuzählen. Stark zugenommen hat in den letzten Jahren die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Deutschland, eine partielle Abschottung innerhalb der Europäischen Union besteht immer noch gegenüber Bulgarien und Rumänien – aber die Schaffung von Freizügigkeit ist auch hier nur mehr eine Frage der Zeit. Die Dynamik der Internationalisierung des Salzburger Arbeitsmarkts wird neben der demografischen und kulturellen Entwicklung (siehe dazu die Trends „Alterung“ und „kulturelle Vielfalt“) auch durch die Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen bestimmt: Durch die Ausweitung und Diversifizierung der außenwirtschaftlichen Verflechtung der Salzburger Unternehmen, sei es über den Außenhandel oder durch internationale Investitionen, werden zunehmend Arbeitskräfte benötigt, die neben den traditionellen technischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen auch über entsprechende Kenntnisse fremder Sprachen und Kulturen verfügen. Das ist nicht nur in großen Konzernunternehmen der Fall, sondern wird – nicht zuletzt wegen der Ausweitung des Export- und Importradius – auch in kleineren und mittleren Unternehmen immer wichtiger.

aber, dass auch in diesen Bereichen die internationale Verflechtung in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat.

²⁴⁶ Der Tourismussektor ist ebenso wie der Warenhandel keine Einbahnstraße: Auch SalzburgerInnen verbringen ihren Urlaub im Ausland und steuern dabei exotische Ziele an.

Die Internationalisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts steht – zumindest indirekt – in einer Wechselbeziehung mit der Internationalisierung des Bildungssektors. Sichtbarstes Zeichen ist hier der starke Anstieg des Anteils ausländischer Studierender an der Universität Salzburg²⁴⁷, der zu Beginn der 1990er-Jahre erst rund 7 Prozent betrug; gut ein Drittel der ausländischen Studierenden kam damals aus Deutschland, ein knappes Zehntel aus Italien (d. h. insbesondere aus Südtirol). Der Anteil ausländischer Studierender ist seither deutlich gestiegen – zuletzt kam fast ein Drittel der Studierenden an der Universität Salzburg aus dem Ausland. Doch bei diesem Internationalisierungsprozess handelt es sich eher nicht um eine Globalisierung, denn fast zwei Drittel der ausländischen Studierenden stammen aus Deutschland²⁴⁸.

9.3. Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Tendenz zur Internationalisierung

Vor einer Analyse der Triebkräfte einer möglichen weitergehenden Internationalisierung werden nun einige Voraussetzungen formuliert, deren Erfüllung für die Fortsetzung der Tendenz zur Internationalisierung wichtig ist. Aus unserer Sicht sind diese Voraussetzungen derzeit gegeben; bei einigen Voraussetzungen ist es allerdings schwierig abzuschätzen, inwieweit sie auch in einem Jahrzehnt oder zwei noch erfüllt sein werden.

Einkommenssteigerung ist weiterhin ein gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Die weitere Tendenz zur Internationalisierung wird entscheidend davon abhängen, ob Wirtschaftswachstum und die Sicherung von marktmäßig entlohnter Beschäftigung weiterhin gesellschaftlich gewünscht und damit Ziel der Wirtschaftspolitik in Salzburg und Österreich sind. Wenngleich davon ausgegangen wird, dass Einkommenssteigerung weiter ein wichtiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel sein wird, könnte sich zumindest bei einem Teil der Bevölkerung ein Wertewandel im täglichen wirtschaftlichen Handeln durchsetzen – und zwar im tatsäch-

²⁴⁷ Die Situation der Universität Mozarteum als der zweitgrößten, aber wesentlich kleineren Universität am Standort Salzburg ist eine spezielle: In zahlreichen Fächern kommen hier aufgrund des großen Spezialisierungsgrades die Studierenden traditionell aus einer Vielzahl von Ländern.

²⁴⁸ Vgl. Scherrer, W., Studierende und Studienabschlüsse an der Universität Salzburg: Ein Blick auf die ersten fünfzig Jahre, in: *Die Paris Lodron Universität Salzburg. Geschichte–Gegenwart–Zukunft*, hg. v. R. Reith, Salzburg: Müry Salzmann Verlag, 2012, 127–141.

lichen Handeln und nicht nur in Lippenbekenntnissen. Sollte sich etwa der Wunsch nach einer Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in der Bevölkerung verfestigen, sich bestehende Konsummuster tiefgreifend ändern oder sich beispielsweise virtuelle (Urlaubs-)Welten als zumindest teilweiser Ersatz für reale Lebenswelten durchsetzen, dann könnte das die Nachfrage nach internationalem Leistungsaustausch reduzieren.

Der freie Verkehr von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital ist weiterhin möglich. Denkbar wäre – zum Beispiel im Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen – aber auch eine Rückkehr des Protektionismus und Nationalismus; das ist selbst innerhalb der Europäischen Union nicht auszuschließen. Damit würde die Internationalisierung nicht nur eingebremst, sondern könnte sogar teilweise rückgängig gemacht werden! Das wäre übrigens kein einmaliger Vorgang in der Geschichte: So war etwa der Grad der ökonomischen Internationalisierung von Industrieländern vor dem Ersten Weltkrieg schon einmal so hoch wie dies erst wieder in den späten 1980er-Jahren der Fall war.

Die persönliche Sicherheit ist bei Reisen in die meisten Länder der Erde weiterhin gewährleistet. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass es anders kommt. Revolutionen, bürgerkriegsähnliche Zustände oder Ausländerhass könnten hier bremsend auf die Internationalisierung wirken.

Die Transportkosten bleiben weiterhin historisch niedrig, vielleicht sinken sie – zumindest in Relation zur Entwicklung der Kaufkraft – sogar weiter. Damit würde auch künftig ein Spielraum für die Veränderung und Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung gegeben sein. Auch Reisen wäre weiterhin für einen großen Teil der Bevölkerung in den Industriestaaten und für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung in Schwellenländern erschwinglich. Doch auch diese Voraussetzung für (weitere) Internationalisierung ist nicht gesichert, denn Transporte könnten sich wesentlich verteuern, sollten wichtige transportrelevante Energieträger knapp und dadurch teuer werden oder sollten Unternehmen bzw. Staaten mit großer Marktmacht Energiepreissteigerungen durchsetzen. Wirtschafts- bzw. umweltpolitische Maßnahmen mit dem Ziel, den Ressourcenverbrauch und die Emissionen im Transportsektor zu reduzieren, könnten ebenfalls zu Steigerungen von Transportkosten führen und so die Tendenz zur Globalisierung zumindest einbremsen.

9. 4. Treiber der Internationalisierung

Der grundsätzliche Wunsch nach Einkommenszuwachs oder gleichem Einkommen bei weniger (marktmäßig organisierter) Arbeit dürfte bei großen Teilen der Bevölkerung weiterhin bestehen. Das zeigt nicht zuletzt der zähe Verlauf von Kollektivvertragsverhandlungen, in denen es ja nicht nur um Lohnsteigerungen, sondern auch um die Vereinbarung von Arbeitszeiten und -bedingungen geht. Für die Erreichung dieser Ziele (mehr Einkommen, weniger Arbeit) ist die *Steigerung der (Arbeits-) Produktivität* von zentraler Bedeutung, die in letzter Konsequenz durch eine Vertiefung der Arbeitsteilung und durch den Einsatz neuer Technologien erreicht werden kann. Beides begünstigt tendenziell das Entstehen von neuen funktionalen und räumlichen Spezialisierungsmustern. Das setzt wiederum die Existenz und Belieferung eines ausreichend großen Marktes voraus, auf dem eine breite Palette spezialisierter Güter abgesetzt werden kann und die Unternehmen gleichzeitig Größenvorteile ausnützen, um die wirtschaftlich optimale Größe zu erreichen. Bei ausreichend starkem Wettbewerb (der wiederum auf großen Märkten wahrscheinlicher ist als auf kleinen) werden die Unternehmen die entstehenden Kostenvorteile an die Endverbraucher weitergeben, sodass der Nutzen aus der Produktivitätssteigerung letztlich auch die Konsumenten erreicht.

Die Schaffung „großer Märkte“ – was auf die Globalisierung des Wirtschaftens hinausläuft – ist somit kein Selbstzweck, sondern ein Vehikel zur Befriedigung des Wachstumswunsches. Das gilt auch für die Region Salzburg. Der bereits seit langem wirksame sektorale Strukturwandel, insbesondere die Tendenz zur Tertiärisierung der Wirtschaft, wird sich vermutlich fortsetzen und die Internationalisierung im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den unternehmensspezifischen Dienstleistungen, begünstigen. Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass gerade in einem kleinen Land – und damit einem kleinen Markt – wie Österreich die Integration in die *internationale* Arbeitsteilung unabdingbar ist, um das Einkommensniveau zu halten, denn der Heimmarkt ist zu klein, um den Unternehmen gleichzeitig die Spezialisierung und das Erreichen einer wirtschaftlich optimalen Betriebsgröße zu erlauben.

Ein weiterer Treiber der Internationalisierung wird der *Wunsch nach Diversifizierung* sein, der auf vielen Ebenen wirksam wird. Die Diversifizierung von Risiken, die durch die Ausweitung der Absatzmärkte im Warenexport und der Herkunftsmärkte im Tourismus-, „Export“ auf neue Weltregionen erreicht werden soll, wurde

bereits erwähnt. Eine Diversifizierung wird zudem erforderlich sein, weil in vielen traditionellen und geografisch nahe liegenden Absatzmärkten mit langsamem Wirtschaftswachstum zu rechnen ist (langfristig vor allem durch die demografische Entwicklung bedingt), während in entfernteren Weltregionen (Asien, Lateinamerika, eventuell Afrika) rascheres Wachstum zu erwarten ist. Die Diversifizierung wird schließlich nicht nur auf der Produktions-, sondern auch auf der Konsumseite wirksam: Die steigende Kaufkraft der Salzburger Bevölkerung (zumindest großer Teile davon) wird zu einer weiteren Diversifizierung der Konsumnachfrage führen. Damit steigt die Nachfrage einerseits nach kostengünstigen oder in neuen Varianten im Ausland hergestellten Konsumgütern, und andererseits nach solchen Gütern, die erkennbar im Ausland hergestellt wurden – dazu zählen auch „exotische“ Urlaubsdestinationen.

Die im Zuge der Spezialisierung unvermeidliche stärkere Einbindung in die internationale Arbeitsteilung erfordert und bewirkt eine stärkere Mobilität und damit auch eine stärkere *internationale Migration von Arbeitskräften*. Die demografische Entwicklung wird das Arbeitskräftepotenzial in Salzburg kleiner und im Durchschnitt älter werden lassen. Salzburg sollte grundsätzlich von Migration in beide Richtungen betroffen sein: Einerseits finden manche spezifisch Qualifizierte auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht in ausreichendem Maß eine adäquate Beschäftigung und sind damit faktisch zur Emigration gezwungen. Andererseits kann nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß für alle spezifischen und im Zuge der weiter voranschreitenden Arbeitsteilung immer spezifischer werdenden Jobs in der Region Salzburg ausgebildet werden. Lücken am Arbeitsmarkt könnten durch die Immigration von Arbeitskräften geschlossen werden; es wird sich aber erst zeigen, inwieweit dies – abgesehen von sozialen Grenzen der Migration – angesichts ähnlicher demografischer Entwicklungen zumindest in den derzeitigen Haupterkunftsländern der Zuwanderer möglich sein wird.

Die Internationalisierung wird die *Belegschaften in den Unternehmen* in mehrfacher Hinsicht erfassen. So ist zu erwarten, dass das Erfordernis nach zumindest temporären Auslandsaufenthalten von Mitarbeitern von Salzburger Unternehmen weiter zunehmen wird. Gemischte Teams mit Mitgliedern unterschiedlicher Nationalität, Sprache, Kultur, Rasse werden keine Einzelfälle mehr sein, Englisch als (zweite) Arbeitssprache sollte auch in Salzburger Unternehmen weiter an Bedeutung gewinnen. Damit ergeben sich in vielen Unternehmen sowohl für das Management als auch für die Mitarbeiter neue Herausforderungen.

Die Tendenz zur Internationalisierung des Arbeitsmarktes dürfte schließlich noch durch weitere Entwicklungen gestärkt werden: In den Arbeitsmarkt kommen neue Generationen von jungen Menschen, die durch eine größere Vielfalt von Sozialisierungsmustern geprägt sind als frühere Generationen. Viele junge Menschen verfügen bereits über Auslandserfahrungen; es ist zu erwarten, dass für viele von ihnen „internationale Mobilität“ positiv besetzt und selbstverständlich ist. Diese Generation – und wohl auch manche aus älteren Generationen – werden durch geplante (und auch ungeplante) Unterbrechungen des Erwerbslebens im Zuge des lebensbegleitenden Lernens die Möglichkeit ergreifen, sich mit dem Thema Internationalisierung aktiv auseinanderzusetzen, sei es durch Auslandspraktika, Sprach- oder anderweitig motivierte Auslandsaufenthalte.

9. 5. Faktoren, die die Internationalisierung begünstigen

Die Globalisierung der Wirtschaft und anderer Lebensbereiche wäre ohne die „neuen“ *Informations- und Kommunikationstechnologien* (die so neu nun gar nicht mehr sind) in diesem Umfang und in dieser Geschwindigkeit nicht möglich geworden. Internet und Mobiltelefonie, die Integration von Informations- und Kommunikationstechnologie in immer mehr Produktions- und Konsumvorgänge haben ein neues techno-ökonomisches Paradigma kreiert. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die Wirtschaft auf dieses neue Paradigma eingestellt, das durch Flexibilität, hohe Geschwindigkeit, Netzwerkbildung und Internationalisierung gekennzeichnet ist.²⁴⁹ Transaktionskosten wie die Suche nach Geschäftspartnern und die Anbahnung und Abwicklung von Geschäften wurden erheblich gesenkt, Geschäftsprozesse können über den gesamten Globus in Echtzeit nachverfolgt und gesteuert werden.

Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien wurde die Internationalisierung in manchen Bereichen erst möglich, in vielen Bereichen jedenfalls entscheidend erleichtert und vorangetrieben. Der Finanzsektor ist ein Paradebeispiel dafür: Durch Mausclick können einzelne Akteure (und nicht nur große Unternehmen und Banken) finanzmarktrelevante Informationen binnen Sekunden global einholen und in Sekundenbruchteilen beliebig hohe Geldsum-

²⁴⁹ Vgl. Perez, C., *Technological Revolutions and Financial Capital. The Dynamics of Bubbles and Golden Ages*, Cheltenham: Edward Elgar 2002.

men international transferieren. Der verstärkte Einsatz dieser Informations- und Kommunikationstechnologien wird auch die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnte bestimmen, denn die Anwendungsmöglichkeiten dieser Technologien sind offenkundig noch lange nicht erschöpft.

Mit der Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ging zunächst die Liberalisierung und Deregulierung vieler Branchen Hand in Hand. Es ist noch nicht klar abzusehen, inwieweit sich diese Tendenzen fortsetzen werden. Im Gegensatz zur Deregulierung könnte eine *Re-Regulierung* – also eine Anpassung des rechtlichen und institutionellen Rahmens an die Eigenschaften des neuen techno-ökonomischen Paradigmas – dazu führen, dass die Gesellschaft jene Produktions- und Konsummöglichkeiten, die durch den Einsatz von IKT möglich werden, noch besser nützt.²⁵⁰ Durch die Ausbreitung der neuen IKT haben sich schließlich auch das Spektrum der für den Einzelnen zugänglichen Informationen und die Möglichkeiten der Informationsverarbeitung ausgeweitet. Die Wirkungen der IKT in Bezug auf Internationalisierung sind aber nicht eindeutig, denn sie können sowohl ein Vehikel zur Verbreitung von Information als auch ein Instrument der Kampagnisierung sein. So erleichtern sie einerseits die Herausbildung einer weltoffenen Lebenseinstellung, andererseits können sie auch zur Abschottung genutzt werden.

Ein wichtiger Faktor, der die Möglichkeiten zur Internationalisierung erweitern kann, ist schließlich das Bildungssystem. Internationale Mobilität von Lehrenden, SchülerInnen und Studierenden fördert nicht nur den Erwerb von Fremdsprachen, sondern auch das Verstehen „fremder“ Kulturen und den Erwerb von sozialen Fertigkeiten im interkulturellen Umgang. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und der Kultur sollte die Reaktion auf die Internationalisierung des Arbeitsmarktes erleichtern. Hier scheint noch Potenzial vorhanden zu sein: So kamen in den letzten Jahren durchschnittlich rund 380 ausländische Studierende im Rahmen eines internationalen Mobilitätsprogramms an die Universität Salzburg, in die Gegenrichtung waren 290 Studierende pro Jahr international mobil²⁵¹. Angesichts von

²⁵⁰ Vgl. Scherrer, W., *Technology and Socio-economic Development in the long run: A "Long Wave"-Perspective*, in: *Handbook of Politics and Technology*, hg. v. U. Hilpert, Oxford: Routledge, erscheint 2013.

²⁵¹ Vgl. Scherrer W., *Studierende und Studienabschlüsse...*, Fußnote 5.

ungefähr 16.000 an der Universität Salzburg eingeschriebenen ordentlichen Studierenden ist das nicht gerade viel.